

PROTOKOLL

Begrüßung

Körber

Darf ich Sie alle zu unserem 25. Bergedorfer Gesprächskreis willkommen heißen. Mein besonderer Gruß gilt dem heutigen Referenten, Herrn Prof. Arndt, und dem in Bergedorf wiederholt bemühten und bewährten Diskussionsleiter, Herrn Prof. Becker. Beiden Herren sind wir zu besonderem Dank verpflichtet.

Was dieser Kreis in seiner jeweiligen Zusammensetzung versucht, ist aus 24 Protokollen deutlich geworden. Er besteht nicht in narzißtischen Gesprächen und unterliegt daher auch nicht der Versuchung einer künstlichen Harmonisierung. In unserem Gesprächskreis tritt die Gesellschaft so pluralistisch auf, wie sie sich von ihren verschiedenen Standpunkten her begreift. Es geht uns also nicht um Kompromisse, die die bestehenden Gegensätze verschleiern sollen, auch nicht um Ergebnisse, die zu bestimmten Resolutionen führen. Unser jeweiliges Gesprächsforum will die zur Lösung drängenden Fragen verdeutlichen und die verschiedenen Ebenen des behandelten Problems sichtbar machen und umreißen. Es wird hier der Versuch unternommen, von der Sache her zu diskutieren und die interessenengebundenen Standpunkte zu konfrontieren. In diesem Sinne kennt unser Kreis keine Sieger.

Unser heutiges Thema stellte sich bei der Überprüfung des Zustandes unserer bundesrepublikanischen und der ihr ähnlichen Gesellschaften. Die Gesellschaften gefährden sich aber, falls sie es zulassen, daß in der Breite der Kommunikation ungenügend und einseitig informiert und die kritische Orientierung reduziert wird. Damit wäre die Gewährleistung unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses in Frage gestellt.

Zur Meinungsbildung außerhalb unseres unmittelbaren persönlichen Erfahrungshorizontes sind wir auf "Erfahrungen aus zweiter Hand", also aus anderen Bereichen, angewiesen. Je mehr solche Erfahrungen vorliegen, um so besser, weil wir um die Unsicherheit des Zugriffs und die Schwierigkeiten bei der Meinungsbildung und bei der Erarbeitung der Entscheidungssicherheit in der Gesellschaft wissen.

In unserem Thema heute abend wird versucht, zwei an sich schwierige Probleme in gesellschaftlicher Abhängigkeit miteinander zu verknüpfen. Auch in anderen Gesellschaften beobachtet und kritisiert man Auswirkungen der Pressekonzentration. Dabei stellt sich die Frage, wie die Konzentration der Information die Gesellschaft formt und verformt.

Bei solchen Untersuchungen geht es sicher auch darum, die Natur und die Struktur der jeweils durchleuchteten Gesellschaft festzustellen und zu erfahren, wieviel in ihr Masse, wieviel Publikum und wieviel Öffentlichkeit ist. Wir haben in den letzten Jahren viel über eines der kompliziertesten Probleme, nämlich das der Meinungsbildung, gelernt. Ich denke dabei an die politische Propaganda und an die Arbeitssysteme der Werbewirtschaft. Durch die Sozialwissenschaften haben wir in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen so viel Material zur Verfügung, daß wir in der Beurteilung dieser Fragen sehr vorsichtig geworden sind. Gerade aus dem Sektor der Verhaltensforschung haben wir erfahren, wie scharf, aber auch wie unscharf Spekulationen über den Prozeß der Meinungsbildung sein können. Schließlich trägt die Gesellschaft selbst die Verantwortung für die Entwicklung der Meinungsbildung, also auch für die sogenannte öffentliche Meinung. Es handelt sich dabei eben nicht um verifizierbare Tatsachen, sondern um Einschätzungen des menschlichen und gesellschaftlichen Wertes, um Einschätzungen verschiedener möglicher Verhaltensformen und Verhaltensweisen, wie sie bei der Lösung anstehender gesellschaftlicher Probleme auftreten können. Die Lösung gesellschaftlicher Fragen hat in unserem System den ungestörten, vielwegigen Zugang zu Informationen zur Voraussetzung. "Konzentration" kann Ausdruck und Andeutung eines gestörten Verhältnisses von Freiheit und Macht sein.

Wenn wir unser Gespräch beginnen, sollten wir uns in den Grundlagen verstehen. Damit meine ich, es gibt, wie wir wissen, kein absolutes und grenzenlos gültiges Prinzip, es sei denn die Forderung nach der völligen Gegenwärtigkeit und Entschiedenheit der Staatsbürger in allen wichtigen Augenblicken ihrer Geschichte. Die Aufgabe der politischen Demokratie liegt doch vor allem darin, das

freie Spiel der verschiedenartigen Geister, der unterschiedlichen Überzeugungen und der differenzierten Meinungen zu garantieren. Dieses freie Spiel hat aber nur für denjenigen einen Sinn, der die Regeln dieses Spiels - und das heißt eben die Demokratie - bejaht.

Darf ich Sie nun, sehr geehrter Herr Arndt, bitten, mit Ihrem Referat zu beginnen.

Arndt

Meine sehr verehrten Herren!

Das Thema, über das ich heute zu sprechen habe, ist explosiv. Daher werde ich mich etwas professoral und gedämpft ausdrücken und die Probleme gleichsam mit Gancehandschuhen anfassen.

Die Frage: Bedroht die Pressekonzentration die freie Meinungsbildung? läßt sich nicht ohne eine Analyse der Ursachen dieser Pressekonzentration beantworten. Beginnen wir mit den technischen Ursachen, die zu einem Wachstum der optimalen Betriebsgröße führen. Beispielsweise wird die "Evening Post" von Lord Thomson bereits durch Photosatz im Rollenoffsetdruck bei elektronischer Überwachung mit 50.000 Exemplaren pro Stunde hergestellt. Ich weiß nicht, ob das schon den "Abschied von Gutenberg" bedeutet, wie es Herr Böddeker in seinem Buch vielleicht etwas stark formuliert hat, aber jedenfalls befinden wir uns im Augenblick an einer technischen Wende. Wir kommen zum vollautomatischen Zeitungssatz, zum Photosatz, der durch Computer gesteuert wird, und damit auch zur Fernübertragung ganzer Zeitungen mit Hilfe von "microbands". Allerdings ist die Auflagenhöhe allein nicht entscheidend, denn trotz einer Auflage von 1,2 Millionen arbeitet die "Sun" - früher "Daily Herald" - mit Defizit.

Sodann ist die Konzentration in der Presse sicherlich risikobedingt, wobei sich die Konzentration heute nicht nur auf Zeitungen und Zeitschriften Zeitungen können zeitweilig besser gehen als Zeitschriften und umgekehrt;-, sondern auch auf Reiseunternehmen, Buchverlage und ähnliches erstrecken kann. Lord Thomson hat über 100 Zeitungen in sechs Ländern, und ihm gehören etwa 140 Fachzeitschriften. Er besitzt mindestens je sechs Fernseh- und Radiosender. Andere Quellen berichten sogar von 28 Fernseh- und Rundfunksendern. Außerdem verfügt er über eine Reihe von Buchverlagen, Reiseunternehmen und 24 sonstige Firmen. Diese vom Risiko verursachte Konzentration können wir auch bei uns beobachten.

Ein dritter Ursachenkomplex ergibt sich aus steuerlichen Vorteilen, beispielsweise aus dem Wegfall der Umsatzsteuer bei vertikaler Konzentration. Eine in jüngster Zeit vollzogene Fusion von Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen mit Druckereien hat zu einer jährlichen Ersparnis von etwa 4 Millionen DM geführt. Oder denken Sie an die steuerlichen Präferenzen bei der Einkommensteuer, etwa die Berlin Präferenzen, wo man mit einem eigenen Kapitaleinsatz von vielleicht 20 Millionen DM eine Steuerersparnis von über 20 Millionen DM, vielleicht sogar von 30 Millionen DM erzielen kann. Auch diese Vorteile kommen nicht primär den kleinen, sondern den großen Verlagen zugute.

Dann gibt es, und das ist ein altes Thema, die marktbedingte Konzentration aus Gründen der Marktengpässe. Die lokalen Zeitungen haben ein örtliches Monopol, das früher eher noch gefährlicher war. In der Tat sind hier zwei unterschiedliche Tendenzen festzustellen. Einmal dehnen sich die örtlichen Monopolstellungen, die Zeitungen besitzen können, von Kleinstädten auf mittlere und große Städte aus, zum anderen - und dies ist nicht minder bedeutsam - werden diese Monopolstellungen durch die Konkurrenz von Rundfunk und Fernsehen abgeschwächt.

Weiterhin ist die machtbedingte Konzentration zu nennen. Damit kommen wir zum Problem spezifischer Abhängigkeiten, die auch ohne Kapitalbeteiligung auftreten und die verschiedensten Ursachen haben können. Es gibt eine Art unsichtbarer Ausdehnung von Imperien sowohl in der Politik wie in der Wirtschaft. Einmal können die Inserenten einen Druck gegen die Zeitung ausüben, weil sie große Aufträge geben und glauben, dafür auch etwas verlangen zu können. Auch Presseverlage haben derartige Möglichkeiten. Wahrscheinlich war das "Handelsblatt" nicht falsch informiert, als es schrieb, daß die Verlegung des "Spiegel" - Druckauftrages vom Auer-Druck weg für die Einstellung des Hamburger "Abendecho" eine entscheidende Rolle gespielt habe. Hier ist sicher keine Abhängigkeit ausgenutzt worden, aber das Beispiel zeigt, daß ein spezifischer Zusammenhang, der hätte ausgenutzt werden können, bestanden hat. Sobald ein Druckauftrag fortfällt, gehen auch Einnahmen verloren. Maximiert der Stärkere seinen Gewinn ohne Rücksicht auf Fairneß - was immer noch als Ausnahme gilt;- , so setzt er die ihm zugefallene Macht ein. Ich wiederhole, daß dies im Falle des "Spiegel" nicht geschehen ist.

Es gibt noch weitere Möglichkeiten dieser Art. Man kann zum Beispiel auch eine Machtposition durch Unterlassen erlangen. Wenn eine örtliche Ausgabe, ein Kopfblatt, keine örtlichen Anzeigen annimmt, bedeutet dies für die anderen Zeitungen eine permanente Drohung, weil deren Werbeeinnahmen und Auflagenzahlen schrumpfen, sobald das Kopfblatt örtliche Annoncen bringt. Ob diese Drohung akut wird, ist eine Frage der Gesinnung. Der Schwächere ist darauf angewiesen, daß der Stärkere sich fair verhält. Denn überall dort, wo das gesetzte Recht versagt, kann ausschließlich die Gesinnung des

Stärkeren einen Machtmißbrauch verhindern. Aus dieser Überlegung wird die Rolle erkennbar, welche die wirtschaftliche Macht spielen kann. Das Phänomen der Macht findet sich überall: in der Politik wie in der Wirtschaft und damit auch in der Presse.

Nach dieser kurzen und sicher nur oberflächlichen Übersicht komme ich zu dem zweiten Problem: der gegenwärtigen Lage der Pressekonzentration in der Bundesrepublik. Hier sind exakte Zahlen nur schwer zu ermitteln, zumal der Prozeß bereits gegenwärtig so schnell abläuft, daß Zahlen innerhalb eines Vierteljahres veralten. Von 1954 bis 1964 ist die Zahl der selbständigen Redaktionen beispielsweise von 225 auf 183 zurückgegangen. Wie viele mögen es heute noch sein? Herr Sänger schätzte sie jüngst auf 150. Ich würde sie für etwas höher halten, meine aber, daß sie erheblich unter 180 gesunken ist. In den letzten Monaten wurde zum Beispiel die "Abendpost" in Frankfurt mit der "Nachtausgabe" zusammengelegt. Der "Duisburger Generalanzeiger" ist eingegangen, und eine Reihe von Journalisten wurden in diesem Fall Hals über Kopf entlassen. In der letzten Zeit wurden zum Beispiel die "Herner Zeitung" und die "Wanne-Eickeler Zeitung" verkauft, der Berliner "Kurier" und das Hamburger "Abendecho" mußten ihr Erscheinen einstellen.

Sicherlich sind hierfür, wie ich schon einleitend andeutete, verschiedene Gesichtspunkte maßgeblich. Der Rückgang der Auflagen kann zum Beispiel durch die Konkurrenz von Zeitungen bedingt sein. Dann sind strukturelle Verschiebungen in den Einnahmen zu beobachten, die sich in der letzten Zeit auch konjunkturell stark ausgewirkt haben. Ich denke hier zunächst einmal an die Verschiebung von den Verkaufserlösen zu den Einnahmen aus Inseraten. Die Inseratserlöse variieren stärker mit dem Konjunkturverlauf, was für die Zeitungen gefährlich sein kann. In der letzten Zeit trat ein starker Rückgang bei den Stellenanzeigen ein. Herr Springer schätzte ihn bei den Abonnementszeitungen auf etwa 25%. Außerdem ist bei den Tageszeitungen - ebenfalls aus Gründen der Konjunktur - die Markenartikelwerbung zurückgegangen, nämlich von 1965 auf 1966 um etwa 2,8%. Unter Zugrundelegung der Quartalszahlen ist jedoch der Rückgang erheblich alarmierender. Im zweiten Quartal 1966 war die Einnahme aus der Markenartikelwerbung noch um 8,6 Millionen DM gestiegen. Im dritten Quartal dagegen ging sie um 14,6 Millionen DM zurück und im letzten Quartal gar um 21,8 Millionen DM. Ich vermute, daß der Rückgang im ersten Quartal 1967 noch beträchtlicher ist. Wenn also im ganzen Jahr 1966 zwar nur ein Rückgang der Einnahmen um 2,8% gegenüber 1965 festzustellen ist, lag er im zweiten Halbjahr gegenüber dem Vergleichszeitraum bei über 10%. Das ist auch dann noch als nennenswert anzusehen, wenn die Markenartikelinserate - das muß hinzugefügt werden - kaum mehr als 20% der Inserate ausmachen.

In der Werbung zeigen sich noch weitere strukturelle Änderungen. Unter den fünf sogenannten klassischen Werbeträgern ist eine Verschiebung zugunsten von Rundfunk und Fernsehen eingetreten. Der Anteil dieser beiden öffentlich-rechtlichen Werbeträger an der Markenartikelwerbung erhöhte sich im Zeitraum 1965/66 von 22,6% auf 23,9%, das heißt um 1,3%. Weiterhin hat eine Verschiebung zugunsten der Zeitschriften stattgefunden.

Ihr Anteil am gesamten Werbevolumen ist im gleichen Zeitraum von 48,4% auf 50,1% gestiegen, also um 1,7%. Es handelt sich dabei nur um Relativzahlen, die überdies insofern mit Vorsicht zu betrachten sind, als sie - mangels geeigneter Unterlagen - Lichtreklame, Kinowerbung und dergleichen nicht berücksichtigen. Ich könnte mir vorstellen, daß in der Vergangenheit - sicher nicht gerade im letzten Jahr - auch eine Verschiebung von der Kinowerbung zur Fernsehwerbung vor sich gegangen ist.

Von Bedeutung ist ferner die strukturelle Verschiebung im Zeitungsabsatz von den Abonnementszeitungen zu den Straßenverkaufszeitungen. Ich möchte die Bezeichnung "Boulevardpresse" in diesem Zusammenhang nicht verwenden, weil sie vielleicht einen Akzent enthält, den wir hier vermeiden sollten. Ich spreche von "Kioskzeitungen". Diese haben vergleichsweise erheblich an Absatz zugenommen, das heißt, in der Zeitspanne von 1960 bis 1965 haben zwar beide Arten von Zeitungen den Absatz gesteigert, aber diese Steigerung beträgt bei den Abonnementszeitungen etwa 600.000 Exemplare, das sind 6%, während die Kioskzeitungen eine Absatzzunahme von 1,8 Millionen Exemplaren zu verzeichnen haben, und das sind beinahe 40%. Dabei hat allein eine Zeitung ihre Verkaufsauflage um fast 1,3 Millionen Exemplare erhöht. Sie konnte in den Jahren 1960 bis 1965 einen Mehrabsatz von 42% verbuchen.

Endlich ist noch eine Verschiebung von den Regional- zu den überregionalen Zeitungen eingetreten. Das hängt wiederum damit zusammen, daß es unter den überregionalen eine Zeitung gibt, die sich sehr stark - auf 4,1 Millionen Exemplare - ausgebreitet hat. Jede fünfte Zeitung, die in der Bundesrepublik verkauft wird, ist die "Bild"-Zeitung. Sie ist vielfach die zweitstärkste, in manchen Orten sogar die stärkste Zeitung.

Damit zeigt sich in unserer Presse eine Struktur, die erhebliche Konzentrationselemente in sich birgt. Wir haben im Grunde genommen nur zwei Konzerne. Der eine Konzern bringt 32% der gesamten

Tageszeitungen heraus. Dabei sind die Sonntagszeitungen nicht mitgerechnet, sonst wäre der Anteil noch höher. Ich halte es nicht für richtig, die Sonntagszeitungen zu den Tageszeitungen zu addieren, kann aber hinzufügen, daß dieser gleiche Konzern 90% der Sonntagszeitungen herausgibt. Der zweite Konzern, die Konzentration-GmbH, hat etwa 9% der Tageszeitungen. Alle anderen liegen erheblich unter 5%, und bereits bei dem achten Zeitungsverlag sind es weniger als zwei Prozent. Es besteht also ein relativ hoher Konzentrationsgrad in der Presse. Dabei bietet gerade der größte Konzern, der hervorragend geleitet wird, die besten Voraussetzungen für eine weitere Ausdehnung. Ich denke an einen möglichen Erwerb weiterer Regionalzeitungen, an Ausdehnungen örtlicher Zeitungen, etwa durch Aufnahme von Ortsanzeigen oder Ausgabe weiterer Kopfblätter und ähnliches. Es ist durchaus richtig, wenn Herr Springer in Kiel sagte, daß er aus Schonung für die angestammten Zeitungen darauf verzichte, zum Beispiel ein Kieler, Flensburger oder Lübecker Abendblatt herauszugeben, denn ohne diese Schonung würden die bestehenden örtlichen Zeitungen sicherlich erheblich weniger Leser haben und in ihrer Existenz noch stärker bedroht sein. Dazu kommt noch die Zusammenarbeit mit anderen Zeitungsverlagen durch Druckaufträge und ähnliches. Von den zehn größten Tageszeitungen in der Bundesrepublik gehören allein fünf zu dem größten Konzern. Zählt man die Zeitungen der Verlage hinzu, mit denen irgendeine Art von Zusammenarbeit besteht, so sind es sechs und unter den 15 größten Tageszeitungen acht.

Für die Situation der deutschen Tageszeitungen sind also zwei entscheidende Gesichtspunkte maßgeblich. Einmal handelt es sich um strukturelle Verschiebungen, die in der letzten Zeit durch die konjunkturellen Einflüsse verstärkt worden sind, und zum anderen um eine ungleichmäßige Verteilung der Macht, die ebenfalls zu einem ungleichmäßigen Wachstum führen kann.

Die prekäre Lage der kleinen und mittleren Zeitungen hat zu Gegenkonzentrationen geführt. Am 1.1. 1965 wurde die Standortpresse GmbH gegründet, eine Konzentration primär der kleinen Zeitungen, bei der die schon früher gegründete DIMITAG, der Dienst mittlerer Tageszeitungen, für über 100 angeschlossene Verlage weitgehende redaktionelle Arbeit leistet. Hier täuscht die Vielfalt der angeschlossenen Zeitungen, weil nur bedingt eine redaktionelle Selbständigkeit übriggeblieben ist. Dann gibt es die Arbeitsgemeinschaft regionaler Abonnementszeitungen, die "Regionalpresse" in Frankfurt, die sich auf eine Kooperation in Fragen der Werbung, der Marktforschung, der Verkaufsförderung und dergleichen beschränkt, eine redaktionelle Zusammenarbeit also nicht durchführt. Es handelt sich um eine Zusammenarbeit von knapp 70 Verlagen mit einer Auflage von etwa 8 Millionen Exemplaren. Vom Standpunkt der Vielfalt der Meinungen und der Mannigfaltigkeit der Presse werden freilich Gegenkonzentrationen bedenklich, wenn sie - wie im ersten Fall - dazu führen, daß die Redaktionen fortfallen und sich Unterschiede mehr oder weniger auf den lokalen Teil beschränken.

Ich komme nun - drittens - zu dem eigentlichen Anliegen, nämlich zu den Gefahren der Pressekonzentration. Für die Zeitungen verursacht sie die Gefahr des Verlustes der Selbständigkeit oder gar der Existenz. Sie müssen die eigene Redaktion aufgeben, fusionieren, verkaufen oder gar Konkurs anmelden. Für den Journalisten verringern sich dadurch die Möglichkeiten des Stellungswechsels, denn je weniger Zeitungen es gibt, um so geringer ist die Auswahl. Dazu kommt eine zunehmende Furcht der Journalisten vor einem Eigentumswechsel. Welcher Journalist kann es wagen, worauf vor allem schon Herr Augstein hinwies, in seinen Artikeln gegen seinen potentiellen zukünftigen Arbeitgeber Stellung zu nehmen. Sicherlich wird auch der Nachwuchs betroffen, wenn die Zahl der selbständigen Redaktionen schrumpft. Diese Gefahren verstärken sich noch, wenn die Verlage gute Journalisten gehortet haben, wie dies in letzter Zeit wohl geschehen ist, was sich dann in einer Zeit konjunktureller Depression verstärkt zuungunsten der Journalisten auswirkt. Angesichts der Bedrohung ihrer Existenz können sie nicht mehr frei schreiben, was sie für wichtig oder notwendig halten. Es entsteht die Gefahr einer zentralen Lenkung der Meinungsbildung.

Damit bin ich bei den Gefahren für den Leser. Mit der Meinungsfreiheit schrumpft die Informationsbreite, und als Folge haben wir - wie es Herr von Hase im Sommer vorigen Jahres ausgedrückt hat ein Weniger an Information und Meinung. Es besteht die Gefahr der Vereinheitlichung und Nivellierung. Wenn von einem Konzern allein mehr als 30% des gesamten Zeitungsabsatzes bestritten werden, so bedeutet das zwar einerseits eine große unternehmerische Leistung, die nicht verkleinert werden soll, andererseits aber zugleich die Gefahr einer Verringerung der Mannigfaltigkeit des Bildes der Presse. Für den Leser vermindert sich die Möglichkeit der Auswahl, wobei allerdings heute noch Rundfunk und Fernsehen als Gegengewichte vorhanden sind.

Setzt sich dieser Prozeß fort, so kann das zum Verlust der inneren Pressefreiheit führen. Helmut Ridder hat in seinem ausgezeichneten Vortrag vor dem deutschen Journalistentag im Jahre 1962 über die innere Pressefreiheit ausführlich gesprochen. Ihr Verlust hat staatspolitische und kulturpolitische Folgen. Staatspolitisch droht eine tendenziell einseitige Beeinflussung der Information, die dem

Staatsbürger nicht die volle Möglichkeit der verantwortungsbewußten Entscheidung gibt und ihn - gewiß nur im extremen Fall - unmündig werden lassen kann. Der Staatsbürger wird ungeeignet, seine demokratischen Pflichten zu erfüllen, wenn er nicht die erforderlichen Informationen erhält. Dies gilt ebenso für den Staatsbürger als Wähler wie als Abgeordneten. Parlament und Regierung geraten damit gleichsam in eine dreifache Abhängigkeit: Einmal besteht der Einfluß der Wähler, der nach dem Grundgesetz allein bedeutsam sein sollte, dann gibt es die Lobbyisten, an die seinerzeit gar nicht gedacht worden ist, und schließlich den möglichen Einfluß einer konzentrierten Presse. Dabei kann die Presse sicher nicht mit der öffentlichen Meinung gleichgesetzt werden. Das hat schon Herr Ridder eindeutig ausgesprochen. Immerhin ist die Presse aber doch ein wichtiger Faktor für die Bildung der öffentlichen Meinung, weil sie über jene Tatbestände und Tatsachen informiert oder doch informieren sollte, die öffentliche Meinung entstehen lassen.

Daß solche Einflüsse existieren, zeigt beispielsweise der Bagatellfall der Einberufung des Parlaments wegen der Erhöhung der Telefongebühren. Die Abgeordneten, die sich in den Ferien befanden, waren damals so gutmütig, hiergegen nicht einmal zu protestieren. Bei einer Weiterentwicklung der Pressekonzentration, ob in England, in den USA oder bei uns - bei uns ist bisher am wenigsten dagegen getan worden;- , werden größere Gefahren akut. Die Pressekonzentration kann dann zu einer völlig veränderten Verfassungswirklichkeit führen, die von den Vätern des Grundgesetzes nicht geahnt worden ist.

Zu den kulturpolitischen Gefahren gehört die Vereinheitlichung der Kritiken für Bücher, Theater und bildende Kunst, gegebenenfalls auch ein Totschweigen und damit ein Druck der Entwicklung in eine bestimmte Richtung. Wir erinnern uns des Falles von Wolfgang Neuß, der in Berlin von einem Anzeigenboykott durch sämtliche Zeitungen betroffen wurde. Er zeigt zumindest in seinem Ansatz die Opposition gegen das Unbequeme zugunsten des Konformen. Am Ende einer solchen Entwicklung steht eine Gleichschaltung der Meinungen auf dem Gebiet der Kultur.

Selbstverständlich wird dies Gegenreaktionen bei denen auslösen, die Zeitungen lesen. Es hat solche Reaktionen in der Vergangenheit gegeben und wird solche Reaktionen auch in Zukunft geben, aber die Gefahren, die hier entstehen, bleiben darum nicht minder aktuell. Mit zunehmender Pressekonzentration verringert sich somit die Freiheit der Journalisten und der Leser; die Möglichkeit zentraler Lenkung nimmt zu. Was nützt die Freiheit der Presse gegenüber dem Staat und damit die äußere Pressefreiheit, wenn die innere Pressefreiheit dabei langsam verlorengeht? Nicht nur der Staat, sondern auch privates Eigentum und private Macht können die Freiheit der Presse gefährden, einschränken und im extremen Fall aufheben.

Kann nun - viertens - ein Verleger-Fernsehen diese Gefahren mindern? Sicher würde es die wirtschaftlichen Gefahren für andere Zeitungen nicht verringern. Ich stimme Herrn Springer zu, der in Kiel in seiner Rede vor dem Weltwirtschaftlichen Institut die Meinung vertreten hat, der Konzentrationsprozeß in der Presse würde durch ein Verleger-Fernsehen nicht aufgehoben werden. Sein Tempo würde, wie mir scheint, sogar zunehmen. Die Fernsehwerbung würde sich auf Kosten der Zeitungen nur noch stärker ausbreiten, weil sich ein Werbefernsehen ausschließlich aus der Werbung finanziert. Den Journalisten würden keine größeren Auswahlmöglichkeiten geboten, die Chancen für einen Wechsel würden sich wahrscheinlich eher noch verringern. Wenn ich richtig informiert bin, ist ein Wechsel von der Presse zu Rundfunk und Fernsehen heute nicht mehr so einfach wie innerhalb der Presse selbst.

Staatspolitische Gefahren eines privatwirtschaftlichen Fernsehens sind deshalb zu befürchten, weil das Gegengewicht unabhängiger Rundfunk- und Fernsehsendungen entfällt oder sich wenigstens verringert, je mehr sich das Werbefernsehen im Publikum durchsetzt. Die kulturpolitischen Gefahren sind kaum zu überschätzen. Wer das Fernsehen in den Vereinigten Staaten oder auch andere Werbefernsehsendungen kennt, weiß, daß das kommerzielle Fernsehen die kulturellen Aufgaben nicht mehr erfüllen kann und wird, die heute noch von Rundfunk und Fernsehen der öffentlich-rechtlichen Anstalten übernommen werden. Der Vorsitzende der amerikanischen "Federal Communications Commission", N. N. Minow, bezeichnete im Jahre 1961 das amerikanische Fernsehen, das ja ein rein kommerzielles Fernsehen ist, als "ungeheures Ödland". Es finden sich im amerikanischen Fernsehen "sponsors" für "Krimis", Freistilringen und ähnliches, aber nicht für Opern, es sei denn, eine musikliebende reiche Witwe tritt als Mäzen auf. Für die Werbung sind solche Sendungen uninteressant. Das haben ein Direktor der englischen "Southern Television" und andere bestätigt: Opernaufführungen sind unwirtschaftlich, weil sie keinen Werbeerfolg bringen. Man muß sich darüber klar sein, daß ein kommerzielles Fernsehen primär nach dem Werbeeffect ausgebaut wird, um den Gewinn aus der Werbung zu maximieren.

Es ergibt sich also, daß das Werbefernsehen weder als Mittel zum Aufhalten der Pressekonzentration noch als ein Mittel zur Verbesserung der politischen Information oder des kulturellen Niveaus angesehen werden kann. Es ist vielleicht ein besserer Weg zu größerer Macht, aber es ist kein Weg, um die durch die Konzentration gegebenen Gefahren zu beseitigen. Interessanterweise hat übrigens die amerikanische "Federal Communications Commission" im März 1960 mit Rücksicht auf das schlechte Niveau des kommerziellen Fernsehens die Erlaubnis der Einführung eines gebührenfinanzierten Fernsehens in Aussicht gestellt.

Was kann nun - fünftens - geschehen, um die Konzentration der Presse so zu gestalten, daß ihre Struktur mit der Erfüllung ihrer politischen und kulturellen Aufgaben vereinbar bleibt? Es gibt hierfür mehrere Möglichkeiten: einmal die Förderung der Kooperation, die aber nicht in der Richtung vor sich gehen sollte, daß die Anzahl der Redaktionen verringert wird. Dadurch wäre nichts gewonnen.

Ein zweiter Weg geht in die Richtung einer Beeinflussung der Erlöse. Hier ist zunächst die Markenartikelwerbung zu nennen, von der ich bereits sagte, daß sie bei den Abonnementszeitungen etwa 20% der Gesamtinserate ausmacht. Man könnte extrem vorgehen und Werbung in Rundfunk und Fernsehen verbieten. Dazu kann man manches sagen, und es wird auch in diesem Kreis einige Anhänger dieser Forderung geben. Mir scheint eine differenzierte Besteuerung der Markenartikelwerbung sinnvoller. Um Ihnen verständlich zu machen, was man hier tun könnte, nenne ich beispielsweise für die Fernsehwerbung einen Tarif von 150, für Illustrierte etwa von 100, für Kioskzeitungen von 50 und für Abonnementszeitungen von 0%, berechnet auf die Werbeerlöse und offen abwälzbar auf die Werbenden, so daß sich die effektiven Inseratspreise entsprechend der Besteuerung verändern. Ich erwähne diese Möglichkeit, ohne mich mit ihr zu identifizieren, halte aber eine solche differenzierte Besteuerung für immerhin erwägenswert.

Steuerlich lassen sich auch die kleineren Zeitungen auf Kosten der großen begünstigen. Hier ist zunächst der Vorschlag der Engländer Kaldor und Neild zu nennen, eine Anzeigensteuer einzuführen, die progressiv nach der Auflagenhöhe gestaffelt ist. Dabei müßte man von den Verlags- oder Konzernauflagen ausgehen, um ein Ausweichen durch die Gründung beliebig vieler Kopfblätter zu vermeiden. Die Engländer haben diese Steuer, die im Zusammenhang mit der letzten Enquete der "Royal Commission on the Press" vorgeschlagen wurde, bisher nicht eingeführt. Ferner könnte man auch oder zusätzlich an eine progressive Staffelung nach Höhe der Inseratspreise denken. Der gute alte "Guardian", der frühere "Manchester Guardian", schlug zu dem gleichen Zweck einen freiwilligen Fonds aller Zeitungen vor. Er appellierte damit gleichsam an die Solidarität der Zeitungsverlage, insbesondere der großen Verlagsunternehmen. Er empfahl, freiwillig eine Abgabe progressiv nach dem Verbrauch von Zeitungsdruckpapier zu leisten, die in einen Fonds fließt, aus dem die kleinen und eventuell auch mittlere Zeitungen wiederum subventioniert würden.

Wie diese Beispiele zeigen, lassen sich die Vorteile der großen Zeitungen gegenüber den kleinen ausgleichen. Dies geschieht zwar auf Kosten des technischen Fortschritts - anders ist ein solcher Ausgleich nicht möglich;- , aber man kann den Standpunkt vertreten - und ich vertrete ihn;- , daß die Freiheit der Presse primäres Anliegen, der technische Fortschritt gerade in der Tagespresse jedoch ein sekundäres Problem ist, das zurückgestellt werden muß, wenn dadurch das primäre Anliegen gefährdet wird.

Becker

Ich würde vorschlagen, daß wir unsere Diskussion damit beginnen, Ursachen und Stand der Pressekonzentration, wie Herr Arndt sie uns vorgetragen hat, zu überprüfen und die Argumente - wenn nötig - zu ergänzen. Dabei dürfte der Gesichtspunkt nicht außer acht gelassen werden, ob und inwieweit auch Fernsehen und Rundfunk hierauf einen Einfluß nehmen.

In diesem Zusammenhang steht die Frage nach den aus der Pressekonzentration resultierenden Gefahren für die Meinungsbildung sowie nach den möglichen Mitteln gegen diese Gefahren.

Ich möchte gleich betonen, daß es uns hier weniger darauf ankommen sollte, die wirtschaftlichen Faktoren dieses Problems in den Vordergrund zu stellen, sondern uns vielmehr auf die politischen Auswirkungen zu konzentrieren, inwieweit durch eine konzentrierte Presse der Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung negativ oder auch positiv beeinflußt wird. Ich könnte mir nämlich vorstellen, daß die Konzentration an sich keineswegs für etwas Böses gehalten werden muß, sondern daß es dabei sehr auf die Form ankommt.

Es erscheint mir sodann wichtig, daß wir in Ergänzung der deutschen Problemstellung, die sicherlich im Mittelpunkt unserer Diskussion stehen wird, auf die ausländischen Erfahrungen aus der Schweiz,

aus England und Frankreich zurückgreifen, um dann vielleicht von dorthier die Pressekonzentration und die mit ihr verbundenen Gefahren für die deutsche Situation besser zu beurteilen.

Wir sollten jedoch versuchen, die verschiedenen Ebenen unserer im Thema gestellten Frage zu berücksichtigen und auseinanderzuhalten. Die Pressekonzentration betrifft einmal das Verhältnis der Verleger zu den Journalisten. Zum anderen aber stellt der Bereich des Leserverhaltens ein eigenes Problemfeld dar, das wir mit untersuchen müssen.

Den breiten Katalog der therapeutischen Vorschläge von Herrn Arndt sollten wir zum Schluß behandeln.

Blumenfeld

Ich halte die Analyse von Herrn Arndt in den von ihm berührten Bereichen im wesentlichen für richtig, möchte jedoch aus meiner Sicht die Ausgangsposition mit einigen Hinweisen ergänzen. Im Laufe der letzten Jahre hat sich auf dem Markt der Presse, der Zeitschriften und Massenmedien konjunkturell und strukturell vieles lawinenartig entwickelt. Herr Arndt hat zu Recht die wirtschaftlichen Bezogenheiten besonders herausgestellt. Ohne eine wirtschaftlich gesunde Existenzgrundlage kann man weder Zeitungen und Zeitschriften verlegen noch Rundfunk- und Fernsehprogramme senden. Nach meiner Meinung garantiert die wirtschaftliche Unabhängigkeit erst die Meinungsfreiheit.

Herr Arndt hat jedoch den Kern der Misere nicht genügend angesprochen. Nachdem die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten einfach beschlossen haben, das Farbfernsehen einzuführen ich sage bewußt und provokatorisch: sie haben es beschlossen;- , zwingt dies die Tagespresse, nun auch ihrerseits diesen technischen Fortschritt nachzuholen, das heißt, sie muß, um konkurrenzfähig zu bleiben, weit über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse hinaus technische Neuerungen vornehmen. Das erweist sich als eine wesentliche finanzielle Bedrohung.

In den letzten Jahren hat die Aktualität der Rundfunksendungen, vor allem aber des Fernsehens mit seiner Informationspolitik, eine strukturelle Verschiebung und einen Rückgang in der konjunkturellen Entwicklung der Tagespresse verursacht, wodurch besonders die kleine und mittlere Presse in eine schwere Existenzkrise geraten ist; ohne schnelle und grundsätzliche Überlegungen können wir sie aus dieser Lage nicht erretten.

Arndt

Ich danke Herrn Blumenfeld, daß er meine Analysen im wesentlichen als richtig bezeichnet, und stimme darin mit ihm überein, daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit in gewissem Umfang eine Voraussetzung der Meinungsfreiheit ist. In meinem Referat habe ich auch gesagt, wie man eine vom wirtschaftlichen Zwang freie Unabhängigkeit der Presse gewährleistet. Das sollte man im Zusammenhang betrachten.

Wenn man vom technischen Fortschritt beim Fernsehen spricht, muß wohl ein Unterschied zwischen den unterhaltenden und bildenden Sendungen des Fernsehens auf der einen Seite und dem Werbefernsehen auf der anderen gemacht werden. Das Farbfernsehen erweist sich doch nur bei den Werbesendungen als technischer Druck gegenüber der Presse. Da kann es durchaus ein ernstes Problem sein. Im Augenblick existiert es jedoch noch nicht. Bei den unterhaltenden und bildenden Sendungen aber wird es die Konkurrenzlage nicht verschärfen.

Im übrigen ist das Fernsehen nicht nur zu einer Konkurrenz für die Presse, sondern auch für das Kino und das Theater geworden. Man kann aber feststellen, daß sich die Entwicklung nach einiger Zeit wieder korrigiert und eine gegenläufige Tendenz auftritt, die freilich den ursprünglichen Zustand nicht wiederherstellen kann.

Scharf

Sie sprachen sehr prononciert von einem Beschluß der Rundfunkanstalten, das Farbfernsehen einzuführen, Herr Blumenfeld. Dieser Art der Darstellung muß ich entschieden widersprechen.

Blumenfeld

Hat es denn nur einer beschlossen?

Scharf

Hier hat ein wirtschaftlicher Faktor eine entscheidende Rolle gespielt. Die Rundfunkanstalten haben es aber zumindest zu diesem Zeitpunkt des Jahres 1967 sicher nicht gewünscht.

Becker

Wird das Farbfernsehen eingeführt oder nicht?

Scharf

Es wird leider eingeführt.

Becker

Damit wäre der Kern der Behauptung von Herrn Blumenfeld gerechtfertigt.

Scharf

Nein! Dies ließe vermuten, daß die Rundfunkanstalten etwa aus reinem Übermut oder gar um der Presse zu schaden, einen solchen Beschluß gefaßt hätten. Das ist aber sicher nicht richtig.

Es wird in der Öffentlichkeit häufig so dargestellt, als sei das Fernsehen der hauptsächlichste Konzentrationsvirus für die Presse. Dafür gibt es aus dem Referat keinen Anhaltspunkt. In einem ökonomischen Prozeß können viele Faktoren durch ihr Zusammenwirken ein negatives Ergebnis zeitigen, von denen jeder für sich allein betrachtet, durchaus nicht negativ sein muß. Das gilt auch für die Konzentration in der Presse.

Sicher üben gewisse Wechselwirkungen zwischen Fernsehen und Presse auch positive Einflüsse auf die Presse aus. Vielleicht haben auch nach dem Kriege etliche Fehlstrukturen in der Befriedigung der publizistischen Bedürfnisse eine Rolle dabei gespielt, daß die heutige Pressekonzentration entstehen konnte. Ich will damit sagen, daß sich vielleicht in der Nachkriegszeit diffuse publizistische Bedürfnisse entwickelten, die auch diffus befriedigt wurden - vor allem im regionalen Bereich.

Die Zeitungspublizistik in der Bundesrepublik versuchte zu unterschiedslos, der großen überregionalen meinungs- und informationsvermittelnden Presse ähnlich zu werden, ohne daß man die strukturellen Unterschiede der einzelnen Bereiche, regional oder überregional, richtig zu erkennen vermochte. Sonst könnte sich zum Beispiel in dem hauptsächlich betroffenen Bereich der regionalen Presse die behauptete negative Wechselwirkung zwischen Fernsehen und Presse gar nicht ergeben. Die regionalen Zeitungen sollen sich auf ihren publizistischen Wirkungsbereich beschränken. Das Gleiche gilt für den Hörfunk und das Fernsehen. Der Wettbewerb ist dann ein Miteinander, kein Gegeneinander. Dies gilt für das Verhältnis Presse zu Rundfunk ganz allgemein, auch für die Bereiche der Werbung.

Lehr

Nach einer österlichen Besinnung bin ich eigentlich in der Absicht hierher gekommen, zu hören und zu schweigen. Ich habe die Feiertage benutzt, um in der Bibel zu lesen, und bin da, Herr Blumenfeld, auf die Sprüche Solomos gestoßen. Darin steht: "Wer weise ist, hört zu und bessert sich".

Arning

Ist das auch Ihre These für den 14. April, Herr Lehr?

Lehr

Sie meinen die Sitzung der von der Ministerpräsidentenkonferenz eingesetzten Arbeitsgruppe Verlegerfernsehen; aber, lieber Herr Arning, der Spruch Solomos geht weiter: "Und wer verständig ist, der läßt sich raten". Es fällt mir aber schwer, die geplante Selbstzucht angesichts einiger Anmerkungen von Herrn Blumenfeld zu üben.

Zunächst scheint mir der von Herrn Arndt aufgestellte Katalog der Konzentrationsursachen sowohl in bezug auf seine Vollständigkeit als auch hinsichtlich der Rangfolge den Tatsachen, wie ich sie sehe, nahezukommen. Ich glaube also insbesondere nicht, daß der Kern des Problems in dem Wettbewerbsverhältnis zwischen Hörfunk und Fernsehen einerseits und der Presse andererseits liegt, wie es Herr Blumenfeld dargelegt hat. Für die Pressekonzentration ist auch nicht ursächlich, ob die Rundfunkanstalten die Einführung des Farbfernsehens beschlossen haben oder nicht. Natürlich

mußten sie dem Phänomen der Farbe im Fernsehen konzertiert entgegentreten, denn es können nicht einige Anstalten damit beginnen und andere hinterherlaufen.

Das ist wohl für jedermann verständlich. Die deutschen Rundfunkanstalten haben sich nicht zuletzt auf den drängenden Wunsch der Rundfunkgeräte-Industrie zur Einführung des Farbfernsehens entschlossen. Wahrscheinlich wäre die "Farbexplosion" früher erfolgt, wenn wir ein kommerzielles Rundfunksystem hätten.

Die öffentlich-rechtliche Ordnung des Rundfunkwesens in unserem Lande hat dazu beigetragen, daß das Farbfernsehen erst jetzt und in einem technisch so ausgereiften Zustand eingeführt wird. Es ist beabsichtigt, die Farbsendungen so zurückhaltend zu dosieren, daß es uns allen gut bekommt.

Es ist also nicht so, daß das Farbfernsehen maßgeblich zum Entschluß der Tagespresse beigetragen hätte, nun ihrerseits die Farbe einzuführen. Diese Entwicklung geht doch wohl in erster Linie auf die bunten Illustrierten zurück. Werblich sind die farbigen Anzeigen offenbar dort so erfolgreich, daß sich die großen Zeitungen einfach gezwungen fühlen, ebenfalls Farbanzeigen zu ermöglichen, wohlgerne: nur die großen Zeitungen.

Blumenfeld

Der erste Auslöser für die Einführung des Farbfernsehens ist die werbungtreibende Wirtschaft gewesen.

Lehr

Es war die Rundfunkgeräte produzierende Industrie.

Blumenfeld

Die produziert doch nur, wenn ein Bedarf vorliegt. Der Bedarf ist Ihnen von der werbenden Wirtschaft vorgehalten worden.

von Friedeburg

Der Markt für die Rundfunkgeräte produzierende Wirtschaft ist gesättigt!

Blumenfeld

Wo ist der Markt gesättigt?

Preuss

In Deutschland ist der Markt für Schwarz-Weiß-Geräte gesättigt.

Blumenfeld

Das liegt auf einem ganz anderen Gebiet.

Wichtig ist, daß durch diese Einflüsse der werbungtreibenden Wirtschaft nunmehr auf die Presse ein Druck erzeugt wird, der die kleineren und mittleren Verlage in der Tat in absehbarer Zeit zum Erliegen bringen kann, wenn nicht entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Bezold

Ein ähnlicher technischer Prozeß, wie er hier für das Fernsehen angedeutet wurde, findet natürlich auch in der Tagespresse und bei den Illustrierten statt: Wenn eine große Zeitung unter Aufwand von Millionen den farbigen autotypischen Druck aufbaut, zwingt dies die Konkurrenz zu ähnlichen Maßnahmen. Selbstverständlich ist die werbungtreibende Wirtschaft eher geneigt, sich eines solchen besseren technischen Apparates anstatt der alten Schlitten im Nachbarort zu bedienen. Wenn sich ein Blatt der Illustriertenpresse vom Normal-Rotationshochdruck auf Kupfer-Tiefdruck umstellt, also qualitativ besser druckt, müssen die anderen einfach nachfolgen, wenn sie es finanziell können. Stellt eine Zeitschrift auch im redaktionellen Teil auf Farbe um, ist die schwächere Konkurrenz stark bedrängt: Die Herstellungskosten steigen erheblich, ohne daß dem Mehreinnahmen gegenüberstehen.

Seelmaecker

Es gibt in der Bundesrepublik vier große Illustriertenzeitschriften. Die auflagenstärkste ist die "Neue Revue" aus dem Bauer-Verlag. Die zweite ist "Der Stern", und an dritter Stelle steht "Quick", die auch vom Bauer-Verlag herausgegeben wird; die viertgrößte Zeitschrift ist die "Bunte Illustrierte". Alle diese Zeitschriften haben seit mindestens vier oder fünf Jahren starke politische Akzente, und man sollte sie der Vollständigkeit halber aus dem Grundthema nicht ausklammern.

Arndt

Ich sprach absichtlich nur von der Tagespresse. Natürlich haben auch die Zeitschriften politische Teile und besitzen insofern ein Gewicht im Zusammenhang mit der Pressefreiheit. Das Thema des heutigen Abends hat seine Aktualität jedoch durch die Gefährdung der inneren Freiheit in der Tagespresse erhalten.

Becker

Betrachten wir das Phänomen Konzentration im Hinblick auf die Frage der Öffentlichkeitsaufklärung, so darf man die Illustrierten aus dem Gesamtspektrum nicht auslassen, um so weniger, als sie unabhängig von ihrer parteipolitischen Ungebundenheit dennoch Ideologie verbreiten.

Blumenfeld

Herr Arndt sprach unter Bezugnahme auf den Artikel 5 des Grundgesetzes von denen, die sich informieren wollen, die also Zeitungen lesen. Damit ist für die Nachrichtenmedien nicht nur ein Verfassungsauftrag gegeben, sondern sie haben hier eine wichtige staatspolitisch-demokratische Aufgabe.

Wie sehen denn die Gewohnheiten der Konsumenten aus? Der Konsument in der Bundesrepublik informiert sich überwiegend aus Fernsehen und Rundfunk, in zweiter Linie erst aus einer Tageszeitung. Dann kommt der große Informationssektor im "kulturellen Bereich", die deutsche Zeitschriften-Industrie, die manchmal mit sehr politischer Polemik durchwirkt ist, wie Herr Seelmaecker schon zu Recht betonte. Dieses Marktgeschehen darf man letztlich auch nicht außer acht lassen. Schließlich lebt sowohl die Presse als auch das Fernsehen - zum Teil jedenfalls - von den Gewohnheiten des Konsumenten, von dem, was der Konsument bereit ist abzunehmen. Das kann man nicht durch steuerliche Manipulationen und anderes mehr aus der Welt schaffen.

Müller

Meiner Ansicht nach handelt es sich bei der Pressekonzentration vor allem um ein Massenphänomen. Im Grunde ist der Springer-Konzern das Ergebnis einer neuen und genialen, der historischen Situation nach 1945 angepaßten Massenpublizistik, die sich eine außerordentlich fähige und gute Apparatur geschaffen hat. Sie orientierte sich zunächst am Massenauditorium des Rundfunks mit Hilfe einer Rundfunkzeitung.

Die heute auf die kleineren und mittleren Zeitungen zukommenden Probleme scheinen mir vor allem darin zu liegen, mit dieser Massenpublizistik, die neue Formen und eine große Überlegenheit auf bestimmten Gebieten entwickelt hat, Schritt zu halten. Die Frage ist, wie weit diese Massenpublikationsmittel steuerbar sind, wie man sie in die Gesellschaft einordnen, institutionalisieren kann.

Preuss

Sie weisen darauf hin, Herr Blumenfeld, daß man die Konsumenteneigenschaft des Lesers beachten müsse. Das halte ich für richtig, denn die von Herrn Arndt erwähnten technischen Faktoren scheinen mir als Ursachen für das heutige Presseproblem nicht auszureichen. Es haben nach 1945 einige fundamentale gesellschaftliche Veränderungen stattgefunden, mit denen auch das von Herrn Müller angesprochene Phänomen der Massenzeitungen zusammenhängt.

Einmal hat die Nachkriegsgesellschaft in der Bundesrepublik einen Rückzug in das Private, ins Konsumieren durchgemacht, der sich noch fortsetzt. Damit hängt - zweitens - der Prozeß zusammen, die Zeitung in einen vorwiegend marktorientierten Artikel zu verwandeln. Dieser Rückzug ins Konsumieren erklärt die Tendenz, die Nachrichten nicht in erster Linie als Information über das politische Geschehen zu betrachten, sondern als Konsumware. Als solche unterliegt sie den Gesetzen des Marktes, erfordert also einen möglichst großen Absatz mit der für jeden konsumorientierten Artikel notwendigen Konsequenz, sich den Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen.

Auf der anderen Seite ist die Presse auf das politische Geschehen bezogen. Ich bin im Zweifel, ob die von Herrn Blumenfeld gebrauchte Formulierung, daß sich der Konsument informieren will, nicht ein Widerspruch in sich ist. Will nicht der Konsument nur konsumieren; während sich der Citoyen, den es heute im eigentlichen Sinne kaum noch gibt, informieren will?

In dieser Spannungslage zwischen öffentlichkeitsbezogenem Informationsmedium und Konsumware stellt sich meines Erachtens die politische Frage, wie der Citoyen unter den heutigen sozialstaatlichen, durch Massenphänomene gekennzeichneten Bedingungen entwickelt werden kann und welche Aufgabe die Presse in diesem Prozeß zu übernehmen hat.

Wenn man in dieser Diskussion nur über den technischen Fortschritt und die Möglichkeit der Verbesserung der Erzeugnisse nachdenkt, ohne diese spezifische Spannungslage zu berücksichtigen, wird man die Vorschläge von Herrn Arndt mit einem Achselzucken abtun müssen. Man kann wohl eine mittelständische Eigentumspolitik machen, unter die auch die kleinen Verlage fallen. Es ist doch aber nicht zu bezweifeln, daß die Entwicklung darüber hinweggehen wird.

Becker

Ich halte es für sehr wichtig, hinter allen Fakten, die bisher vorgetragen wurden, diese Doppelfunktion zu sehen.

Pohmer

Wir müssen zwischen der wirtschaftlichen Seite der Pressekonzentration und dem uns hier eigentlich beschäftigenden Problem der Gefahren für die Meinungsfreiheit unterscheiden. Der Grundgesetzgeber hat die Pressefreiheit nicht geschützt, weil er damit einen bestimmten wirtschaftlichen Bereich schützen wollte. Er hätte sonst genauso gut etwa die Freiheit der Produktion von Automobilen oder beliebiger anderer Güter in das Grundgesetz aufnehmen können. Wirtschaftlich gesehen, dient die Produktion der Unternehmen der Bedarfsdeckung. Die Bedarfsstruktur auf einem Markt bestimmt, was sinnvollerweise angeboten wird. Das brauchen nicht immer qualitativ hochwertige Erzeugnisse zu sein. Auf dem Zeitungsmarkt werden zur Zeit offensichtlich die "seriösen Blätter" nur beschränkt nachgefragt; der Massenkonsum erstreckt sich auf die sogenannte Boulevardpresse. Ich will diese Erzeugnisse nicht von der Meinungsfreiheit ausnehmen, aber eine "Institutionengarantie" erscheint mir für sie nicht notwendig. Der besondere Schutz der Pressefreiheit dient also nicht - jedenfalls nicht unbedingt - einer Sicherung der ökonomischen Freiheit im Wettbewerb, sondern erfüllt andere Funktionen. Im Sinne dieser Aufgaben bedeutet die wirtschaftlich bedingte Entwicklung keine Qualitätssteigerung. Die Pressekonzentration führt zu jenen Gefahren, die im Grunde genommen der Anlaß zu unserer heutigen Diskussion sind.

Wesentlich ist für mich jedoch die Frage, wie eine freie Presse und damit die Freiheit der Informationsmöglichkeit erhalten werden können. Dieses Problem betrifft aber nicht die (markt)wirtschaftliche Sphäre, sondern muß in andere Bereiche eingeordnet werden wie zum Beispiel die grundrechtlich geschützte Freiheit der Wissenschaft und die Unabhängigkeit der Richter.

Daraus ergibt sich meiner Ansicht nach, Herr Blumenfeld, daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit für die Presse keine *conditio sine qua non* sein muß. Die Freiheit der Wissenschaft und auch die Unabhängigkeit der Richter werden nicht dadurch untergraben, daß hier beamtenähnliche Verhältnisse und damit eine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Staat bestehen. Ich bezweifle deshalb, daß die Pressefreiheit wirtschaftliche Unabhängigkeit voraussetzt. Hier scheinen sich die Auffassungen zu wandeln: Noch im vorigen Jahrhundert hat man zum Beispiel beim Dreiklassenwahlrecht die wirtschaftliche Unabhängigkeit mit Mündigkeit oder ähnlichem identifiziert. Heute zeigen uns unter anderem die Rundfunkanstalten, daß man die Unabhängigkeit der Meinungsbildung auch auf anderem Wege garantieren kann.

Blumenfeld

Ich muß Ihnen durchaus widersprechen, Herr Pohmer. Auf die Dauer kann es bei der Tagespresse ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit keine freie Meinungsbildung geben. Der Professor an der Universität, von dem Sie behaupten, daß er als Wissenschaftler völlig frei forschen und arbeiten kann, obwohl er wirtschaftlich abhängig ist, bietet kein vergleichbares Beispiel. Im übrigen haben Sie als Beamter eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die steigende Zahl der Beamten in Deutschland beweist, daß das für viele ein erstrebenswertes Ziel ist.

Pohmer

Wollten Sie damit beispielsweise Subventionen für die Presse ablehnen, Herr Blumenfeld?

Blumenfeld

Wenn die Presse subventioniert würde, geriete sie in eine solche Abhängigkeit, daß dann wirklich keine freie Meinungsbildung mehr möglich wäre. Der Gesetzgeber will diese Art von Subventionspolitik sowieso auch bei anderen Medien einmal näher untersuchen. Ich möchte lediglich Ihrer These widersprechen, Herr Pohmer, daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit ein nicht so besonders bedeutsamer Faktor sei. Ich halte sie vielmehr nach wie vor für die Grundlage der freien Meinungsbildung und der Erhaltung der Meinungsfreiheit auf Seiten der Presse.

Ich wollte aber noch einmal auf meine These zurückkommen, daß der Konsument entscheidend ist. Herr Preuss sprach vom Citoyen. Der Verbraucher ist der Leser, und es ist wichtig, wie er sich verhält. Damit werden andere, sehr noble theoretische Ausführungen wie die von Herrn Pohmer der Wirklichkeit etwas näher und aus dem Professoralen dahin gerückt, wo auch der Politiker sie zu beurteilen und daraus eventuelle legislative Überlegungen abzuleiten vermag.

Nach meinen Feststellungen wünscht sich der bundesrepublikanische Verbraucher im wesentlichen auf drei Ebenen zu unterrichten. Das ist einmal die Tageszeitung - es kann auch die "Bild"-Zeitung sein;- , in jedem Falle aber immer eine Regionalzeitung. Auch der Leser der "Bild"-Zeitung in Eßlingen oder in Ludwigshafen liest außerdem eine Regionalzeitung, in Altona-Ottensen meistens noch eine aus demselben Hause- aber das ist hier in Hamburg ein Spezificum.

Eine zweite, immer stärker nach vorn drängende Ebene der Information und der Unterrichtung ist die des Fernsehens. Darüber besteht wohl kein Zweifel. Schließlich gibt es die dritte Ebene der Wochen-Illustrierten mit zunehmenden politischen Ambitionen. Damit wird dem Konsumenten ein großes Spektrum der Möglichkeiten angeboten, das der These, Konzentration gefährde die freie Meinungsbildung, entgegensteht. Der Konsument hat sowohl im Pressebereich als auch im Fernsehen und im Runfunk noch immer die Auswahl.

Ich habe bei Ihren Ausführungen, Herr Pohmer, den Eindruck, daß Sie den Leser in seinem Verhalten ändern möchten. Oder wollten Sie die Presse ändern, damit sich der Leser in der Bundesrepublik änderte? Dem stelle ich meine These entgegen, daß sich Gott sei Dank der Konsument in seiner Vielschichtigkeit so verhält, wie er sich verhält. Er kauft nun leider einmal die "Bild"-Zeitung. Er sitzt aber auch vor der Fernseh-Schnulzensendung. Andererseits informiert er sich auf der Ebene seines regionalen Blattes und will wissen, was sein Gemeindevorsteher gesagt hat. Diese Ebenen-Vielfalt hat der Konsument, und sie erhält die freie Meinungsbildung in der Bundesrepublik. Ich kann da keine Gefährdung erblicken.

Pohmer

Da haben Sie mich völlig mißverstanden, Herr Blumenfeld! Es liegt mir fern, den Konsumenten ändern zu wollen. Vielmehr geht es mir um die Belange des anspruchsvollen Lesers. Seine Anliegen scheinen mir bei Ihnen ein wenig zu kurz zu kommen. Im Interesse einer freien Meinungsbildung möchte ich eine möglichst große Zahl jener unabhängigen Zeitungen erhalten wissen, die wegen ihres hohen Standards nur wenige Käufer finden. Da die Existenz dieser "seriösen" Blätter wegen der geringen Nachfrage wirtschaftlich bedroht ist, gilt es einen Weg zu suchen, auf dem die Informationsquellen für diejenigen gesichert werden können, die sich nicht mit der nivellierten Nachrichtenvermittlung durch die Boulevardpresse und ähnliche Blätter begnügen. Was mir vorschwebt, läßt sich am Beispiel des Rundfunks erläutern: Es ist doch großartig, daß im "dritten Programm" noch Sendungen ausgestrahlt werden, die bloß einzelne Hörer ansprechen. Daß ebenso Zeitungen erhalten werden, die nur von einem begrenzten Abnehmerkreis aufgenommen werden, halte ich im Sinne der Pressefreiheit für entscheidend.

Becker

Herr Preuss hat sehr deutlich den Konsumenten vom Citoyen unterschieden. Man könnte analog fragen, ob beispielsweise die politischen Parteien nur dazu da sind, den Willen des Wählers zu vollstrecken, oder ob sie darüber hinaus den Auftrag haben, den Wähler zu bilden. Sie müßten diese Alternative mitbeantworten, Herr Blumenfeld. Hier wurde doch die Doppelfunktion der Presse betont, die einerseits gekauft werden will und sich insofern anpaßt, andererseits aber eine politische Aufgabe hat.

Blumenfeld

Aus meiner Erfahrung sehe ich die Aufgabe der Presse nicht darin, die Leserschaft im engeren Sinne parteipolitisch auszurichten und zu bilden. Das gehört der Vergangenheit an. Sie sehen das an der sozialdemokratischen ebenso wie an der sogenannten bürgerlichen Presse. Sie können das den früher einmal parteipolitisch sehr gefärbten Tageszeitungen entnehmen, die heute alle breiter und parteipolitisch neutraler angelegt sind. Ich bestreite also, daß die Möglichkeit besteht, den Leser und Konsumenten oder Citoyen politisch so zu beeinflussen, wie es hier behauptet wurde.

Becker

Die Frage ist nicht, ob die Presse parteipolitisch ausgerichtet ist, sondern ob sie eine politische Funktion im Rahmen der Aufklärung der Leser hat.

Blumenfeld

Selbstverständlich hat sie diese Aufgabe.

von Friedeburg

Bei der Diskussion über Pressefreiheit können wir Wettbewerb, wie Herr Pohmer dargelegt hat, unter zwei verschiedenen Aspekten sehen, und zwar einmal als wirtschaftlichen Wettbewerb. Das würde für die Presse bei der gegebenen Struktur der Konsumenten einen Wettbewerb um Anpassung bedeuten, das heißt, eine hauptsächlich durch Annoncen finanzierte Presse muß sich, um wettbewerbsfähig zu sein, dem Konsumenten anpassen.

Ist das aber der eigens vom Grundgesetz geschützte Inhalt der Pressefreiheit? Warum ist dann nicht auch der Wettbewerb der Kraftwagenhersteller derart grundgesetzlich geschützt? Augenscheinlich ist doch das Pathos, das wir alle empfinden, wenn von Pressefreiheit die Rede ist, nicht mit dieser Art Wettbewerb verbunden, sondern mit einer anderen Art, die ich Wettbewerb um Aufklärung nennen möchte. In dieser Spannung befindet sich die Diskussion zumindest seit der Bemerkung von Herrn Preuss.

Sie haben, Herr Blumenfeld, Ihrer zentralen These "entscheidend ist der Konsument" auf Nachfrage hinzugefügt: "Selbstverständlich hat die Presse auch eine politische Bildungsaufgabe". Gerade diese beiden Bemerkungen kennzeichnen die Spannung; denn unter dem Gesichtspunkt Wettbewerb um Aufklärung ist ein Eingriff des Staates als Repräsentant der Öffentlichkeit im Sinne öffentlicher Kontrolle möglicherweise viel früher erforderlich als im Hinblick auf wirtschaftlichen Wettbewerb um Anpassung.

Daher scheint auch das Springer-Beispiel gar nicht so bedeutsam zu sein. In anderen Ländern, zum Beispiel England, ist die Konzentration der Presse viel weiter fortgeschritten als bei uns. Sie wird auch bei uns weitergehen. Daran wird auch der ganze Katalog von Eingriffsmöglichkeiten, den Herr Arndt aufgestellt hat, nichts ändern. Wesentlich ist aber, den Wettbewerb um Aufklärung trotz der Konzentration zu erhalten. Das ist in der großindustriellen Gesellschaft nur möglich, wenn man leistungsfähige Wettbewerber um Aufklärung am Leben erhält.

Daher ist auch das Fernsehen, das bei uns öffentlich-rechtlich konstruiert ist, von so entscheidender Bedeutung. Die Probleme, die durch das Fernsehen für die Tagespresse entstanden sind und die durchaus auch stimulierende Wirkung haben können, scheinen mir dem Gesichtspunkt untergeordnet zu sein, daß gegenüber einer konzentrierten Presse nur andere, von ihr unabhängige Massenmedien den Wettbewerb um Aufklärung weiter am Leben erhalten können.

Böddeker

Die Zeitung ist ein Produkt, das jeden Tag auf dem Markt verkauft werden muß. Aus dieser Tatsache ergibt sich auch eine Antwort auf die Frage nach dem Wettbewerb um Anpassung und dem Wettbewerb um Aufklärung. Entweder können Sie eine Zeitung haben, in der - wie Herr Springer kürzlich sagte eine Ministerrede zwischen Lesbarem verpackt ist und die in einer hohen Auflage verkauft wird. Die Käufer werden dann wahrscheinlich auch die Ministerrede lesen. Oder man macht eine Zeitung, die den Wettbewerb um Aufklärung in den Vordergrund ihrer Bemühungen stellt. Diese wird wahrscheinlich ein großes Debakel werden, weil die Leute die Zeitung dann nicht mehr lesen. Das entspricht den Erfahrungen über die menschliche Natur.

Es gäbe dann nur die Alternative, das Zwangsabonnement einzuführen, wie es etwa beim "Neuen Deutschland" der Fall ist.

Pohmer

Einige Herren, darunter auch Sie, Herr Böddeker, haben mich offenbar nicht richtig verstanden. Wenn ich mich für die Erhaltung einer Vielfalt der Presse ausgesprochen habe, dann möchte ich sie nicht nach dem Beispiel des "Neuen Deutschland" durch ein Zwangsabonnement garantieren. Ohne die Bereitschaft der Öffentlichkeit, den Inhalt eines Blattes zur Kenntnis zu nehmen, verliert der Schutz der Pressefreiheit seinen Sinn. Glücklicherweise gibt es aber für hochstehende Zeitungen noch immer einen Interessentenkreis, der allerdings offenbar zu klein ist, um die unabhängigen "seriösen" Blätter wirtschaftlich lebensfähig zu halten.

Bechtle

Mein Verlag gehört zu dem Kreis der kleineren beziehungsweise mittleren Zeitungsbetriebe. Seit 99 Jahren in der Hand unserer Familie, wurden alle Höhen und Tiefen dieser beruflichen Verrichtung durchgestanden, auch die entschädigungslose Enteignung der Verlagsrechte im Dritten Reich. Die Gesamtauflage unserer Zeitungen beträgt 47.000 Exemplare.

Herr Müller sprach von der Massenpublizistik. Ich komme aus Baden-Württemberg, wo die Presse noch ähnlich wie in der Schweiz strukturiert ist. Wir haben bei uns 93 Tageszeitungen, von denen einundzwanzig eine Größenordnung von über 20.000 Exemplaren verkaufte Auflage besitzen. Von diesen liegen fünf Zeitungen mit Auflagen zwischen 100.000 und 160.000 an der Spitze, während die übrigen 16 meist als regionale Führungsblätter in Erscheinung treten. Man kann mit Fug und Recht von einer noch ausgeglichenen Struktur sprechen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die schon früher spürbare Entwicklung vollends ausgeprägt, daß Parteiblätter, also reine Meinungszeitungen, vom Publikum weniger gefragt sind, wie schon Herr Blumenfeld bemerkte. Im Zuge einer Entideologisierung möchte der mündig gewordene Bürger Meinungen nicht durch den Filter irgendeines Programms vorgesetzt erhalten. Er will mit Fakten, mit These und Gegenthese konfrontiert werden und erkennt im Kommentar eine subjektive Meinungsäußerung, die für ihn etwas zur Diskussion stellt, gleichgültig, ob ihm die Ansicht paßt oder nicht. An den ständig wachsenden Leserschriften ist zu ersehen, in welchem zunehmenden Umfang sich der angeblich in der Massengesellschaft untergegangene Staatsbürger für alle politischen Dinge interessiert. Dies äußert sich nicht nur in Leserschriften an Organe von nationalem Rang, zum Beispiel in der "Frankfurter Allgemeinen", der "Welt" oder beim "Spiegel". Die Leser der regional gebundenen Zeitungen nehmen außer zu der sie unmittelbar berührenden Kommunalpolitik auch zu den großen politischen Problemen kritische Stellung.

Wie kommt es nun zu der Pressekonzentration? Eingangs erwähnte ich die parteipolitischen Blätter. Die sozialdemokratische Presse konnte sich unter ihnen noch am längsten halten. Aber auch bei ihr ist inzwischen ein Schrumpfungsprozeß eingetreten. Die noch verbleibende Substanz muß zwangsläufig eine offene Meinungsentfaltung betreiben, damit sie weiterhin gelesen wird, und auch sie nähert sich damit in gewissem Sinne dem Typ des einst so sehr geschmähten "Generalanzeigers". Wie gering unterscheiden sich doch die großen nationalen Blätter wie beispielsweise die "Frankfurter Allgemeine" und die "Welt" voneinander. Da gibt es freilich gewisse unterschiedliche Impulse und Akzente, aber in der politischen Meinungsäußerung, in der Kommentierung, sind doch keine grundsätzlichen Differenzen feststellbar. Vor dem Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik zogen die großen Zeitungen vor dem breiten Publikum noch gegeneinander ins Feld.

Ich glaube nicht, Herr Müller, daß die Massenpublizistik den kleinen und mittleren Zeitungen den Garaus macht. Hierfür liegen vielmehr simple und nüchterne Gründe vor, und zwar die wachsenden Kosten bei geringer werdenden Erträgen.

Beispielsweise verfolgt die Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier eine Lohnpolitik, die seit 1960 in der jährlichen Lohnrunde stetig den Produktivitätsfortschritt übertraf. Das graphische Gewerbe liegt an der Spitze der Lohnskala. Der Journalist gehört einem offenen und freien Beruf an, in dem nicht die Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums vorausgesetzt wird. Man unterzieht ihn keiner Aufnahmeprüfung, geschweige denn einer Abschlußprüfung nach beendeter Volontärzeit. Im ersten Berufsjahr, also nach zwei Jahren Volontariat, erhält er in der Spitzenklasse DM 800,- tarifliches Anfangsgehalt, das im zweiten Berufsjahr schon über DM 900,- beträgt und sich jährlich weiterhin erhöht.

Natürlich verlangen auch alle technischen Investitionen einen hohen Aufwand. Während es der Leserschaft kleinerer und mittlerer Zeitungen bisher noch gleichgültig war, ob ihre Lokalzeitung mit Farbe oder nur schwarz-weiß erscheint, beginnt es nun auch hier kritisch zu werden. Wer nicht farbig drucken kann, erhält schon manche Markenartikel-Anzeige nicht mehr. Die Auswirkungen des bevorstehenden Farbfernsehens sind ebenfalls in Betracht zu ziehen.

Die Kostensituation bestimmt die Grenze für eine redaktionelle Selbständigkeit. Noch bis Mitte der fünfziger Jahre lag sie bei einer Auflage von etwa 17.000 Exemplaren, heute dagegen bei einer Abonnements-Auflage von 30.000. Aber auch das ist völlig von den Gegebenheiten im Verbreitungsraum abhängig. Die höhere Kaufkraft in einem industriereichen Raum sucht der Markenartikler durch verstärkte Anzeigenwerbung abzuschöpfen, während die Anzeigenbasis in einem landwirtschaftlichen Bereich erheblich geringer ist. So kann man die Dinge nur differenziert beurteilen, das heißt je nach der Größe und der Wirtschaftskraft des Gebietes, in dem eine Zeitung erscheint.

Noch ein dritter Punkt kommt hinzu: der zweifellos härter gewordene Leistungswettbewerb unter den Medien selbst. Das Fernsehen löste auch für die Presse Impulse aus. So müssen heute viel mehr Reportagen und Bilder gebracht werden. Auch zur Transparenz des öffentlichen Geschehens sind heute ganz andere veröffentlichungswürdige und -notwendige Momente hinzugekommen, die es vor zehn Jahren noch nicht gab. Wenn eine Zeitung heute eine Auflage von 30.000 oder 40.000 Exemplaren hat, muß sie sich einen eigenen Wirtschaftsredakteur halten und auch Börsenberichte veröffentlichen. Wirtschaftliche Vorgänge sind für die breite Leserschicht so aktuell geworden, weil sie auch im Fernsehen dargestellt werden. In diesem Leistungswettbewerb mit den anderen Medien erfordert die redaktionelle Tätigkeit einen erhöhten Aufwand.

Hier muß ich nun die immer wieder aufgestellte Behauptung richtig stellen, daß die Boulevardzeitungen den Heimatblättern Abbruch getan hätten. Man kann auch die Zahlen relativ nicht miteinander vergleichen, sondern muß vom optimalen Sättigungsgrad ausgehen, den eine Tageszeitung in ihrem Verbreitungsgebiet erreichen kann. Das sogenannte Boulevard-Blatt bringt einen ganz anderen Lesestoff und kann nicht auf die unmittelbare Umwelt des Lesers eingehen. Jedoch kommen auch durch diese Massenpresse neue Forderungen auf die Abonnementszeitung zu. Unter Umständen muß der Stil prägnanter gefaßt und dem Angebot an Abenteuerlichem in der Lokalzeitung Rechnung getragen werden.

Aber noch ein vierter Punkt bewegt uns und wurde heute noch nicht angesprochen. Ich meine die kostenlosen Anzeigenblätter. Wir haben in der Bundesrepublik solche Anzeigenblätter mit einer Gesamtauflage von etwa 8 Millionen. Sie bringen Text nur als Verpackung, als Blickfang für den Anzeigenteil. Man gibt sie zwar nur einmal wöchentlich heraus, sie machen aber der Lokalpresse dadurch Konkurrenz, daß sie Kommentare geben, Lokalereignisse zusammenfassen, kulturelle und sportliche Veranstaltungen besprechen. Sie beeinträchtigen das örtliche Anzeigengeschäft der Tagespresse. Viele Zeitungen werden auch von dieser Seite her bedroht, und man muß sie als unlauteren Wettbewerb ansehen. In diesen Tagen wird ein Musterprozeß in der dritten Instanz an den Bundesgerichtshof gehen. Man will die Unlauterkeit, sich als Zeitungen zu gerieren, feststellen lassen. Diese kostenlosen Anzeigenblätter nehmen nämlich den Schutz des Artikels 5 des Grundgesetzes für sich in Anspruch.

Wenn sich die Gefahrenschwelle für die Existenz der kleinen und mittleren Zeitungsverlage erhöht, wird zur Kooperation Zuflucht genommen. Die Verleger sind darauf vorbereitet und nehmen Kontakt mit Kollegen auf, mit denen sie nicht unmittelbar im Wettbewerb stehen. Auf diese Weise wird Selbständigkeit auf Teilgebieten in größere Einheiten eingebracht, um wenigstens als Verlag am Ort weiterbestehen zu können. Das ist der Kernpunkt. Da wir in Deutschland nur eine große Nachrichtenagentur, die dpa, und weiterhin zwei amerikanische besitzen, ist die Nachrichtengebung angeglichen. Auch im lokalen Rahmen könnten auf der sogenannten "local page" politische Ereignisse kommentiert werden, da die große Weltpolitik den Leser einer Tageszeitung nicht immer in Atem hält. Er wird bereits jeden Abend durch die Nachrichtensendungen des Fernsehens unmittelbar und spontan mit den neuesten Ereignissen konfrontiert.

Becker

Aus Ihren Eingangsworten könnte ein Mißverständnis entstehen, Herr Bechtle. Es ist in diesem Kreise wohl unstrittig, daß auch nicht-parteilich gebundene Zeitungen Ideologie verbreiten. Man könnte Ihre Worte dahingehend mißverstehen, daß die Ideologieverbreitung nur auf parteipolitische Zeitungen beschränkt sei.

Schuster

Herr Bechtle verwendete den euphemistischen Begriff vom Leistungswettbewerb. Hier bin ich versucht, den zehn Thesen von Herrn Arndt eine elfte anzuschließen. Man spricht dem freien Wettbewerb in der gewerblichen Wirtschaft im allgemeinen eine qualitätssteigernde Wirkung zu. Auf

dem Gebiet der Publizistik und des freien Wortes scheint sich dieser Wettbewerb jedoch vielfach eher qualitätsmindernd auszuwirken. Es wird nicht über-, sondern unterboten.

Eine zweite Bemerkung bezieht sich auf die optimistische Eingangsthese von Herrn Becker, daß die Konzentration auch eine gute Seite habe. Man müßte ein Beispiel bilden. Ich denke etwa daran, daß es sehr schön wäre, wenn große Zeitungen das Bedürfnis hätten, nicht nur von Agenturen abhängig zu sein, sondern möglichst viele eigene Korrespondenten zu halten, um auf diese Weise dem Informationsbedürfnis besser dienen zu können.

Versetze ich mich in die Lage eines Verlegers, dann gibt es für ihn mehrere Möglichkeiten. Er könnte seine Investitionen auf die Verbesserung des Informationsdienstes konzentrieren und zum Beispiel ein besseres Korrespondentennetz schaffen in der Hoffnung, daß der Citoyen, der Zeitungskäufer, dies zu würdigen weiß. Oder aber er beteiligt sich an einer weiteren Zeitung beziehungsweise erwirbt eine Druckerei. Der letzte Weg führt schon eher zur Konzentration - oder sollte man besser sagen: zur Expansion?

Becker

Nachdem wir bisher nur die deutsche Situation diskutiert haben, sollten wir von unseren ausländischen Gästen aus der Schweiz, aus England und Frankreich hören, wie sich in ihren Ländern die Pressekonzentration darstellt. Vielleicht hilft uns das bei der Beurteilung der deutschen Verhältnisse weiter.

Reich

Sie wissen, daß wir in der Schweiz noch so etwas wie eine direkte Demokratie haben. Sie fordert vom Staatsbürger größere Aktivität. Er muß nicht nur alle vier Jahre wählen, sondern ist immer wieder zu Sachabstimmungen aufgerufen. Er ist also nicht völlig mediatisiert durch die Parteien, sondern wirkt auch direkt in die Politik hinein.

Daraus ergibt sich für die Presse eine andere Aufgabenstellung. Sie muß laufend und viel intensiver über die Sachgeschäfte informieren. In dieser Beziehung hat sie einen staatspolitischen Auftrag, den sie immer noch sehr ernst nimmt. Dazu kommt die föderalistische Struktur mit dem ausgeprägten regionalen und kommunalen Denken, dem Kantönlicheist, wie wir sagen, der auch seine positiven Seiten hat: Föderalismus als ein System der Machtbrechung und des Minderheitenschutzes.

Das hat die Schweiz zum wahrscheinlich zeitungreichsten Land der Welt gemacht, wenn man die Zahl der selbständigen Zeitungen in Beziehung zur Gesamtbevölkerung setzt. Bei uns gibt es gegenwärtig 490 selbständige Zeitungen bei einer Gesamtbevölkerung von cirka 6 Millionen. Von diesen 490 Zeitungen sind gegen 330 im engeren Sinne politische Zeitungen; über 80 Prozent sind regionale und lokale Blätter mit einem Auflageanteil von allerdings nur 47 Prozent. Lediglich 9 Zeitungen haben eine Auflage von über 50.000. Die Durchschnittsauflage liegt bei 8000.

Als ein weiteres Merkmal des schweizerischen Zeitungswesens ist die politische Verantwortung von Verlegern und Journalisten noch immer das wichtigste Fundament der meisten Zeitungen. Es wird in den regionalen Blättern sehr wenig wirtschaftlich gedacht, andernfalls müßten nämlich die meisten eingehen. Zum größten Teil sind sie mit einem Druckereibetrieb gekoppelt, der die Defizite der Zeitung übernimmt. Das hängt wiederum mit der starken partei- oder zumindest direkt politischen Bindung zusammen, über 80 Prozent dieser Zeitungen kann man als bürgerliche bezeichnen, genau 53 Prozent sind parteipolitisch gebunden. Sie sind deshalb jedoch nicht einfach Sprachrohr einer Partei, sondern bekennen sich lediglich zu einer bestimmten parteipolitischen Richtung. Damit wird auch das Junktim deutlich: Die Druckereien haben politische Köpfe an ihrer Spitze, die es als ihren staatspolitischen Auftrag betrachten, Zeitungen herauszugeben.

Dennoch stehen wir heute der praktischen Frage gegenüber, wie diese Struktur in die Zeit der neuen Massenmedien hinübergerettet werden kann. Die Schwierigkeit liegt nicht darin, daß die Opferbereitschaft der Druckereibesitzer und der politischen Gremien, die sie mittragen, nachläßt, sondern das ganze System wird von der Technik überlaufen. Die Regionalzeitungen kamen früher wöchentlich ein- oder zweimal heraus. Heute müssen sie häufiger erscheinen, um in der Konkurrenz mit den Massenmedien einigermaßen bestehen zu können. Sie sind jedoch meist nicht in der Lage, den Redaktionsstab zu vergrößern, so daß der Redakteur aus zeitlichen Gründen zum reinen Nachrichtenredakteur wird. Deshalb kann er die ihm vom System zugeordnete Funktion als Kommentator und Meinungsbildner nicht mehr oder nur unzureichend ausüben.

Die Folge ist ein Konzentrationsprozeß: Das zeigt sich zum Beispiel in den sogenannten Kopfblättern, die Sie auch kennen. Man bildet technische Arbeitsgemeinschaften, wobei die wirtschaftliche

Selbständigkeit der einzelnen Blätter erhalten bleibt. Man stellt gemeinsame Auslandsteile und Feuilletons, manchmal auch Inseratenseiten zusammen, und lediglich der Lokalteil hat ein völlig eigenes Gepräge.

Ich wage es in diesem Kreise nicht, von einzelnen problematischeren Aspekten dieser Entwicklung zu sprechen, weil sie sich in der Tat im Vergleich zu den deutschen Verhältnissen als geradezu idyllisch ausnehmen.

Becker

Die Schweiz hat sich die Idylle so vieler Zeitungen erhalten, obgleich es sich hier keineswegs um ein primär rückständiges Land handelt, was die Entwicklung des Kapitalismus und der Industrie anbetrifft. Andererseits weiß jeder, der einmal seine Ferien in etwas abgelegenen schweizer Orten verbrachte, daß die Beschränkung auf die Lektüre schweizer Lokalzeitungen ein Minimum an Informationsmöglichkeiten bedeutet. Sie nehmen mir diese Feststellung nicht übel, Herr Reich. Wo die Zürcher Zeitung anderthalb oder zwei Tage braucht, um einen solchen Ort zu erreichen, tritt einem beim Angewiesensein auf die Lokalzeitungen nicht nur der Reiz geistiger Selbständigkeit entgegen. Man muß dieses Phänomen mit einbeziehen, um zu sehen, daß das Gegenbild zur Konzentration nicht notwendig Selbständigkeit ist.

Reich

Da muß ich freilich etwas einwerfen. Ich will unsere Landblätter nicht kompromisslos verteidigen, aber als Feriengast in Graubünden steigen Sie doch auf eine Ihnen fremde Ebene. Sie haben andere Informationsbedürfnisse als die Einwohner jenes Tales. Für den Schweizer ist es nämlich wichtig, überhaupt irgendwo aktiv an der Politik teilzunehmen. Er mißt sich nicht täglich mit de Gaulle, sondern mit seinem Gemeindepräsidenten, der dann wieder Herrn Bekker als Feriengast nicht interessieren kann. Für die Gemeindeebene bietet die Lokalzeitung dem Schweizer genau die Informationen, die er braucht: Was sein Nachbar da und dort gesagt, was die Schulbehörde oder der Gemeinderat beschlossen hat und so weiter. Dann bekommt er sozusagen als Zugemüse noch schweizerische oder internationale Informationen - zugegebenermaßen in homöopathischen Dosen.

Willett

Herr Bechtle nannte eine Auflage von 30.000 Exemplaren als untere Grenze für die Rentabilität einer Zeitung. Das sieht bei uns in England freilich ganz anders aus. Eine Auflage von zwei Millionen täglich ist für eine populäre Tageszeitung gerade rentabel. Die "Daily Mail" geriet mit mehr als zwei Millionen schon in Schwierigkeiten, und die Sonntagszeitung "Sunday Empire News" ging mit 2,5 Millionen ein. Die Höhe der Auflage unserer Zeitungen - wohl die höchsten in der Welt - erklärt sich daraus, daß bei der dichten Bevölkerung in England überall Londoner Zeitungen gekauft werden.

Werbeanzeigen und Annoncen sind für die englischen Zeitungen viel wichtiger als für die Blätter in anderen Ländern. Dabei unterscheidet sich die Inseratenwerbung in den Massenzeitungen von der in den seriösen Zeitungen, zum Beispiel der "Times". Die seriösen Zeitungen kommen mit kleineren Auflagen aus. So hatte die "Times" ungefähr vor einem Jahr eine Auflage von 250.000. Zwar können diese Zeitungen höhere Preise für Inserate verlangen, aber die Annoncen sind für sie noch wichtiger als für die Massenpublikationen. Dreiviertel der Einnahmen der "Sunday Times" stammen aus Inseraten - das ist ein außerordentlich hoher Anteil;-, nur ein Viertel aus dem Verkauf.

Darauf haben sich die englischen Zeitungen jedoch eingestellt, denn sie sind viel billiger als die Zeitungen in irgendeinem anderen europäischen Land. Man kann sie in dieser Beziehung fast mit den kostenlosen Anzeigenblättern in der Bundesrepublik vergleichen. Es wäre geradezu ideal für die englischen Zeitungen, wenn sie kostenlos verteilt werden könnten. Das aber ist ein großer Nachteil für die seriösen Zeitungen. Als gegen Ende 1966 der Preisstop einsetzte, wurden die Werbebudgets der Firmen um etwa 30 bis 40 Prozent herabgesetzt, was sich insbesondere auf die seriöse Presse auswirkte. Das ist einer der Gründe für die starke Konzentration in der englischen Presse, die sich noch fortsetzen wird. Es ist jedoch eine andere Frage, ob der jetzige Stand der Konzentration bereits schadet.

Herr Bechtle sprach von den Presseagenturen. Sie sind von großer Bedeutung, denn sie haben einen erheblichen Einfluß auf die Auswahl der Nachrichten. Dabei gibt es nur wenige Presseagenturen, die in manchen Ländern eine monopolartige Stellung einnehmen. In England werden alle Berichte über die Parlamentsarbeit für sämtliche Zeitungen mit Ausnahme der "Times" von der "Press Association" geliefert. Dabei kommt es durchaus vor, daß die Leser nicht alles über die Ereignisse im Parlament erfahren. Das geschieht keineswegs absichtlich, ist aber auf die Monopolstellung der PA

zurückzuführen. Nur die "Times" bringt einen ausführlichen Bericht von mehreren Reportern, während bei den anderen Zeitungen der Reporter lediglich einen "Sketch" macht; das übrige kommt von der Agentur.

Bei einer derartigen Abhängigkeit der Presse von der Werbewirtschaft besteht vor allem die Gefahr, daß sich die Redaktionen nicht mehr ernsthaft um den Leser bemühen. Man orientiert sich nicht am Geschmack der Leser, sondern sucht stets seinen Inseratenteil zu vergrößern. Da der Chefredakteur seine Leser viel besser versteht als seine Inserenten, wird in England der Experte, der den Zeitungsbetrieb verwaltet, immer wichtiger.

Früher mußten Nachrichten und Kommentar völlig auseinandergelassen werden. Auch das hat sich geändert. Viele Korrespondenten schreiben ihren Kommentar gleich in die Nachrichtengebung mit hinein. Sehr viel bedenklicher ist es aber, daß seriöse Artikel allgemeinen Inhalts, die also keine bestimmten Informationen enthalten - sogenannte features - mit der Werbung vermischt werden. Selbst in einer guten englischen Zeitung weiß man manchmal nicht, ob ein Artikel vom Chefredakteur nicht lediglich aus Gründen der Werbung angeordnet wurde.

So fordern die Werbe-Fachleute bei einer Zeitung zum Beispiel einen Artikel über Sommerferien, aber nicht etwa, weil das die Leser interessiert, sondern weil ihnen damit Anzeigen zufließen. Dagegen kann sich der Chefredakteur nur schwer behaupten. Diese Erscheinung kennen wir erst seit Ende des Krieges. So findet man etwa alle zwei Wochen in den guten und großen englischen Zeitungen Artikel, die lediglich zum Zwecke der Annoncenakquisition geschrieben wurden. Diese neue Erscheinung bedroht weniger die Pressefreiheit, als sie die Qualität der Zeitungen herabsetzt. Niemand weiß in England, wie man gegen diese Unsitte ankämpfen könnte, es sei denn in den Zeitungsredaktionen selbst. Sowohl im "House of Commons" als auch im "House of Lords" debattierte man über verschiedene mögliche Maßnahmen, aber es wurden weder Vorschläge gemacht, noch glaubt überhaupt jemand daran, daß man dagegen etwas unternehmen könnte.

Was die Konzentrationserscheinungen in der Presse anbelangt, so nehmen Sie das Beispiel der "Times". Es gab eine Kommission, der neben dem Erzbischof von Canterbury eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten angehörte. Diese Kommission sollte über die Übergabe der "Times" an einen neuen Inhaber bestimmen. Dabei handelte es sich nur um die Verlagerung der Aktien. Man bildete eine neue Aktiengesellschaft, wodurch Lord Thomson Besitzer der "Times" wurde. Die Kommissionsmitglieder brauchten sich nicht zu beteiligen, sie wurden nur aus Höflichkeit angesprochen. So hat man zum Beispiel den Warden of All Souls College, Oxford, angerufen und ihm gesagt, was vorlag. Der ist selbst Anwalt und stellte nun plötzlich fest, daß es kein System und keine Regeln gab, wie diese Kommission vorgehen müsse. Sollten die Mitglieder zum Beispiel abstimmen? Die Monopolkommission beim Board of Trade, die über einen solchen Besitzwechsel entscheidet, hat lange über diesen Fall beraten. Schließlich waren aber die wirtschaftlichen Argumente dafür so stark, daß sie nichts dagegen einwenden konnte. Das hat wahrscheinlich die "Times" gerettet. Ich möchte aber ausdrücklich bemerken, daß die Übernahme der "Times" durch Lord Thomson nichts mit der Tatsache zu tun hat, daß die redaktionelle Macht hinter das Interesse für die Inseratenakquisition zurücktreten muß. Diese gefährliche Tendenz machte sich sowohl bei der "Times" als auch beim "Guardian" schon lange bemerkbar. Ob die Konzentration dagegen hilft, weiß ich nicht.

Galliner

Ich bin wohl der einzige in diesem Kreise, der in der Bundesrepublik wie auch in England in großen Zeitungskonzernen tätig war und auch heute wieder in England tätig ist. Nun ist der größte Zeitungsverlag in der Bundesrepublik gegenüber den bedeutenden Verlagshäusern in England und Amerika größtmäßig vergleichsweise ein Mini-Verlag.

Koch

Das tröstet mich.

Galliner

Dennoch sehe ich die Dinge in der Bundesrepublik als sehr ernst an. Es gibt in England nicht nur einen großen Verlag, etwa den des Lord Thomson, sondern daneben die International Publishing Corporation - die Daily Mirror-Gruppe;-, die noch größer ist als der Thomson-Verlag, dann die Camrose Gruppe, zu der der Daily Telegraph gehört, sowie die großen Provinzzeitungsgruppen, unter anderem die Westminster Group. Weiterhin sind noch der "Daily Express" und die "Daily Mail" als überregionale Zeitungen zu nennen.

Für den Journalisten hat das den Vorteil, daß er sich bei Cecil King bewerben kann, wenn er nicht mehr für Lord Thomson schreiben will. Mag er weder für den einen noch den anderen tätig sein, hat er noch immer die Möglichkeit, in anderen Zeitungskonzernen Anstellung zu finden.

In der Politik ist es ähnlich. Werde ich zum Beispiel als Politiker aus irgendeinem Grunde vom Daily Mirror angegriffen, so habe ich die Möglichkeit, zur Sunday Times, zum Observer, zum Daily Telegraph zu gehen, um zu erreichen, daß mein Standpunkt in einer dieser Zeitungen veröffentlicht wird. Das scheint mir sehr bedeutsam, denn der Unterschied dieser Gruppen in Größe, Wichtigkeit und Einfluß ist im Grunde nicht so groß wie der Unterschied zwischen dem einen Großverlag hier in der Bundesrepublik und der Vielzahl von kleinen Verlagen, von denen Herr Bechtle gesprochen hat.

Die Schwierigkeiten der englischen Presse, die Mr. Willett erwähnte, sind teilweise durch die prekäre wirtschaftliche Lage bedingt. Wir haben einen Preisstop und wollen die Inseratenpreise nicht erhöhen. Auch die Verkaufspreise wurden bisher nicht heraufgesetzt. Wenn aber die Zeitungen Ende dieses Jahres ihre Verkaufspreise erhöhen können, ist in England die akute Gefahr im Zeitungswesen überstanden.

Etwas anderes ist mir schon in den ersten Nachkriegsjahren in der Bundesrepublik bei den Regionalzeitungen aufgefallen, nämlich ihr Verhältnis zu den Nachrichtenagenturen. In England haben selbst die großen Zeitungen sehr enge Beziehungen zu Reuters, von der sie alle möglichen Dienste bekommen, die sie sich finanziell sonst nicht leisten könnten. Ich habe mich immer gewundert, warum gerade die kleinen Zeitungen in der Bundesrepublik nicht mehr Gebrauch von den Nachrichtenagenturen machen.

Herr Bechtle sagte vorhin, er brauche eine eigene Wirtschaftsberichterstattung, Das interessiert mich sehr. In England ist das ähnlich. Auch dort bringen die Provinzzeitungen Wirtschafts- und Finanzberichte, die sie vor allem von den Nachrichtenagenturen und deren Spezialdiensten bekommen, zum Beispiel Börsennotierungen, Rohstoffberichte und so weiter. Die kleineren Zeitungen in der Bundesrepublik könnten viel mehr in dieser Richtung tun und sollten sich der Nachrichtenagenturen mehr bedienen.

In England haben sich in den letzten Jahren auch die Auflagen der Regionalzeitungen erhöht. Heute sind viele in Gruppen zusammengefaßt, zum Beispiel die Westminster Group. Sie haben dadurch an finanzieller Stärke gewonnen und können auf diese Weise einen besseren redaktionellen Teil bringen als früher. Daher sind sie weniger anfällig gegenüber der Konkurrenz der großen übernationalen Zeitungen.

In der Bundesrepublik sieht es anders aus. Dort haben die Regional- und Lokalzeitungen nach dem Kriege praktisch neu begonnen, und zwar als Lizenzzeitungen. Es sind zumeist Personengesellschaften, und es ist daher schwierig, die verschiedenen Persönlichkeiten an einen Tisch zu bringen, um eine Kooperation in die Wege zu leiten. Hierbei dürfte es sich zum Teil um ein Generationenproblem handeln. Man wird aber durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten in Zukunft gezwungen sein, zwischen den Lokal- und Regionalzeitungen zu kooperieren. Freilich vermag ich nicht zu sagen, ob das von den Zeitungen selbst ausgehen kann oder ob es Außenstehende eher erreichen. Wenn ich das überblicke, was ich in der Bundesrepublik in den letzten Jahren erlebte, habe ich Zweifel, ob sich die älteren Verleger tatsächlich zu gemeinsamer Arbeit zusammensetzen werden. Die Rettung dieser Zeitungen dürfte wohl nur durch Mithilfe außenstehender Organe mit oder ohne Regierungsunterstützung erfolgen können.

Bondy

Für das heutige Thema ist England sehr viel interessanter als Frankreich und vielleicht sogar interessanter als die Bundesrepublik. Frankreich ist insofern ein exzentrisches Problem, als es in Paris immer noch zehn Tageszeitungen gibt, von denen sieben profilierte und verschiedene Meinungen haben. Ich glaube, das ist mehr als doppelt soviel wie im größeren New York. Man kann also in Frankreich von einem Trend zur Konzentration bis zum Monopol nicht sprechen.

Ferner ist im Gegensatz zur Vorkriegszeit die Regionalpresse in Frankreich stärker und reicher und hat mehr Leser als die Pariser Presse. Vor dem Krieg zählte in der Provinz fast nur die Pariser Presse. Zeitungen wie "Ouest-Eclair", "La Voix du Nord" oder "Le Profil Provençal" sind mächtiger und einflußreicher als die meisten Zeitungen aus Paris. Das entspricht dem, was wir gerade über die Stärkung der in große Gruppen zusammengefaßten Regionalpresse in England gehört haben. Diese Regionalpresse hat höhere Auflagen als die großen Pariser Zeitungen. Man verfolgt sie nur im Ausland nicht so genau.

Wenn zum Beispiel das ganze Südwestfrankreich antigaullistisch ist, so liegt das zum Teil an der Tendenz einer großen Zeitung, der "Dépêche", die vor dem Krieg als "La Dépêche de Toulouse" eine kleine, aber wichtige Zeitung war. Sie ist tatsächlich daran beteiligt, daß sich in diesem Teil Frankreichs die Stimmung in antigaullistischer Richtung entwickelte. Sie hat sie zum Teil reflektiert, zum Teil aber auch gemacht.

In manchen Ländern drücken Fernsehen und Rundfunk durch ihre verschiedenen Besetzungen eine Art von Pluralismus im Vergleich zur Presse aus. In Frankreich ist das Gegenteil der Fall. Das Fernsehen ist staatlich gesteuert, stark propagandistisch und sehr unehrlich. Jeder weiß es. Es gibt nur einen staatlichen Rundfunk, und niemand hört auf das, was er sagt. Vier Fünftel der Hörer empfangen Nachrichten der sogenannten "Postes Périphériques", Radio "Europa I" und Radio "Luxembourg". Der französische Staat hat zwar auf diese Anstalten auch bereits gewisse Einflüsse genommen, die aber noch nicht so stark sind wie auf das O.R.T.F. Das französische Fernsehen und der Rundfunk trauten sich nicht, die öffentliche Debatte zwischen Pompidou und Mendes France durchzugeben. Die Postes Périphériques taten es und hatten an diesem Abend für eine Debatte, die dreieinhalb Stunden dauerte, acht Millionen Zuhörer. Die Postes Périphériques sind nicht staatlich und konnten die Freiheit bisher retten. Wenn die Freiheit davon abhinge, daß innerhalb von staatlichem Fernsehen und Radio mehr Liberalismus vorherrschte, würde ich schwarz sehen, denn unter Guy Mollet waren diese Anstalten nicht liberaler als unter de Gaulle. Und so würde es auch unter Mitterrand sein. In diesem Punkt gibt es leider keinen Unterschied. Von dem, was wir Liberalismus nennen, sind die beiden Lager gleich weit entfernt.

Im Zeitungswesen besteht kein Monopol. Aber viele Zeitungen sind gegenüber staatlichen Einflüssen schwach, und zwar um so mehr, je reicher und größer sie sind. Hachette ist der größte Konzern in Frankreich. Er hat das Monopol für den Bücherverkauf in Bahnhöfen und in der Métro. Außerdem ist er Besitzer von vielen Zeitungen, zum Beispiel "France Soir", "Paris Presse", "Candide" und "Elle". Die Regierung könnte ihm zum Beispiel das Privileg des Verkaufs auf Bahnhöfen nehmen.

Haseloff

Zu den Thesen von Herrn Arndt muß meines Erachtens eine sehr wichtige Ergänzung beigebracht werden: Die Pressekonzentration gelingt nicht ohne Zutun der Leser. Ohne Berücksichtigung des auswählenden Verhaltens einer großen Leserschaft, durch das Auflagenhöhen von Zeitungen steigen oder fallen, läßt sich das Konzentrationsgeschehen schlechterdings nicht erklären.

Es ist nun leicht, diese "Konsumentenscheidungen" der Leser mit Hilfe von Worten wie "primitiver Massengeschmack", "Massenmentalität" und dergleichen zu charakterisieren. Die Vorliebe für diese Worte ist jedoch durchaus problematisch, da sie Implikationen anthropologischer und politischer Art enthält, die recht dubios sind. Die abwertende Kennzeichnung der Mehrzahl der Staatsbürger als "Masse" mag für viele Zwecke nützlich sein, sie widerspricht jedoch sicheren Erkenntnissen der modernen Sozialpsychologie. Man sollte deshalb einmal genauer untersuchen, wer eigentlich der Leser ist und wie, was und wieviel er liest. Dabei ergibt sich ein komplexes und differenziertes Bild der Lesemotive, das nicht nur die Auflagenhöhe von "Bild", sondern auch die Tatsache erklärt, daß gegenwärtig auch kleine Zeitungen wachsende Auflagen erreichen.

Die Veränderungen in der Leserschaft der einzelnen Publikationsorgane hängen mit verschiedenartigen und unterschiedlich erfolgreichen Anpassungsstrategien an die Lesebedürfnisse zusammen. Man muß die Lesebedürfnisse deshalb im Zusammenhang mit den Veränderungen in der Nachfrage nach den einzelnen Blättern analysieren. Wir haben solche Untersuchungen durchgeführt und dabei insbesondere die Frage des Informationsbedarfs geprüft. Dabei zeigte sich, daß dieser gar nicht so unbestritten und groß ist. Man findet nämlich neben dem Typus des "Informationssammlers", wie David Riesmann ihn genannt hat, eine keineswegs kleine Gruppe von Menschen, die sich informationsabwehrend verhält. Aus dieser Tatsache ergeben sich für jene Publikationsorgane wichtige Chancen, die nur sehr wenige und randständige Informationen bieten und tendenziell unpolitisch sind, wenngleich sie durchaus auch politische Meinungen äußern. Ihr Wert besteht für viele Leser gerade darin, daß sie informationsarm, dafür aber gefühlsreich und erlebniserfüllend sind. Dabei sollte man akzeptieren, daß Gefühlsbedürfnisse durchaus legitim sind.

Weiterhin muß man unterscheiden zwischen dem Interesse an Nahinformationen, die sich auf einen auf die Probleme des eigenen Lebens unmittelbar übertragbaren Bereich sowie auf Menschen, mit denen sich der Leser identifizieren kann, beziehen, und an der Information über fernliegende Ereignisse und Zusammenhänge wie Vietnam oder Pressekonzentration.

Wir konnten feststellen, daß das Wachstum bestimmter Publikationsorgane eine Folge der Resignation der Leser ist, die von ihren Zeitungen enttäuscht wurden, weil diese nur wenig Information

enthalten. Wichtiger ist dabei jedoch der Umstand, daß viele Zeitungen keine konsistenten Bewertungssysteme für Informationen geben und auch keine Hintergrundinformation vermitteln, von denen aus deutlich wird, was die jeweils herausgestellte Information eigentlich besagt.

Es gibt zwei weitere Bedürfnisse des Lesers, deren Nichtbefriedigung eine bestimmte, im wirtschaftlichen Rückgang begriffene Presse geschädigt hat. Das ist zunächst ein Bedürfnis nach "Lebenshilfe". Eine Reihe von Zeitungen verbreiten irgendeine Form von Lebensberatung oder Lebensermutigung für den Privatsektor. Gerade diese Zeitungen erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Hinzu kommt das Bedürfnis nach einer gefühlsmäßigen Entlastung von einem Realitätsdruck, der für viele Menschen - insbesondere für einen erheblichen Teil der Hausfrauen sowie für ältere Angestellte, Rentner und Pensionäre - noch immer subjektiv zu schwer ist. Eine der wirksamen, wenn auch illusionären Entlastungen vom Druck der Wirklichkeit des eigenen Lebens ergibt sich aus der Hinwendung auf eine außeralltägliche Welt, die dann auch von sex und crime erfüllt ist. Oder sie wird repräsentiert durch Fürstenhochzeiten und die Lebensformen von Playboys.

Die oberflächliche Kenntnisnahme dieser Sachverhalte könnte zu dem Schluß führen, daß es sich bei der Mehrzahl der Zeitungsläser um eine Art von Schwachsinnigen handele, die um so zufriedener sind, je weniger Information ihnen geboten wird. Diese Deutung ist unzweifelhaft falsch. Hier gilt es zu klären, welche Funktion die einzelne Zeitung für den Leser tatsächlich hat. Die unter Umständen recht komplizierten Zusammenhänge zwischen Leserpersönlichkeit und dem Inhalt der jeweils gelesenen Zeitung hat Herr Bechtle nach meiner Meinung zutreffend angedeutet. Wir fanden beispielsweise, daß Menschen mit hohem intellektuellen Niveau zwischenzeitlich und innerhalb bestimmter Lebenszusammenhänge durchaus anspruchloseste Zeitungen lesen. Auf der anderen Seite gibt es eine große Gruppe ernsthafter, geradezu leidenschaftlicher Leser, die "ihre" Zeitungen zu analysieren suchen und sogar sammeln. Für diese Menschen hat die Zeitung eine zentrale Bildungs- und Orientierungsfunktion.

Sehr wahrscheinlich sehen die Zeitungen ihre eigene Leserschaft nicht deutlich genug und folgen deshalb in Themenwahl, Gestaltung und Informationspolitik viel zu simplen Rezepten. Das trifft auch auf seriöse Zeitungen zu, die ein zu enges Bild vom Leser haben. Oft genug wird von ihnen nicht erkannt, daß der Interessenverlust eines Teils der Leser darauf beruht, daß die Zeitung sich selbst nicht engagiert, keinen Meinungskampf durchführt und eine "Sicherheitsstrategie" verfolgt. Dies mag sicher in vielen Fällen mit der speziellen Lage der Journalisten zusammenhängen. Auf der anderen Seite aber werden auch die erkannten emotionellen Bedürfnisse der Leser nicht ernst genommen und auf einem vorsätzlich niedrigen Niveau "befriedigt".

Becker

Es sollte in unserer Analyse nicht unerwähnt bleiben, daß sich der Bereich der Menschen, die Zeitungen konsumieren - unter welchen Aspekten auch immer - erheblich ausgedehnt hat. Die sogenannte Massenpresse erreicht nicht diejenigen, die seinerzeit die Vossische oder die Frankfurter Zeitung gelesen haben, sondern zumeist solche Menschen, die früher gar keine Zeitung lasen. Die Erweiterung des Bildungsvorgangs spiegelt sich in einer Verbreiterung des Publikums wider, und die traditionellen Vorstellungen, die wir bei der Beurteilung der Lage zugrunde legen, haben das noch nicht erkannt.

Koch

Für mich reduziert sich das heutige Thema auf die Frage, bei wem ich meine Meinung oder das, was ich für richtig und erwähnenswert halte, möglichst frei aussprechen kann. Aus meiner Erfahrung kann ich mich weder bei einem zu großen Verleger frei äußern, weil er beinahe allmächtig ist, noch bei zu kleinen Verlegern, weil sie abhängig sind. Es wäre also zu ermitteln, wie ein Optimum wirtschaftlicher Selbständigkeit zu erreichen ist, bei dem der einzelne Journalist verhältnismäßig sicher sein kann, daß der Verleger, für den er schreibt, nicht seinerseits zum Beispiel von Druckaufträgen größerer Verleger oder von anderen interessanten Einzelheiten abhängig ist. Wie kann man andererseits vermeiden, daß eine Konzentration überhand nimmt?

Becker

Läßt sich überhaupt eine Größe denken, die wirklich unabhängig macht? Ist nicht auch der Größte in eine Reihe der von Ihnen erwähnten Abhängigkeiten mit verstrickt?

Koch

Das wird sicher der Fall sein. Darum geht es vor allen Dingen für die Gesetzgeber unter uns, die Herren Bundestagsabgeordneten. Wie konnte es aber zu der übermäßigen Konzentration des einen Hauses kommen? Hat hier der Gesetzgeber versagt, haben da nicht Anti-Trust-Gesetze gefehlt?

Becker

Das Grundgesetz hat - schlicht gesagt - noch nicht an das Haus Springer gedacht.

Koch

Im Prinzip hat es mit dem Artikel 5 an das Haus Springer gedacht. Wir befinden uns doch auf dem Gebiet der Presse im Augenblick in Deutschland in einer Situation, wie sie in den USA gegeben war, als der Kongreß die Antitrustgesetzgebung gegen marktbeherrschende Konzerne wie Standard-Oil, Morgan und andere beschloß. Warum hat es bisher bei uns nichts gegeben, was die übermäßige Konzentration gesetzlich verhinderte? Ich bin durchaus nicht gegen Konzentration in Grenzen, aber diese Grenzen sind im Falle Springer nach meiner Meinung bereits längst überschritten.

Blumenfeld

Sie haben zwei Fragen gestellt, Herr Koch. Die eine bezog sich auf den Journalisten, der bei dem einen Verlag nicht arbeiten kann, weil er zu groß ist, und bei dem anderen, der zu klein ist, ebenfalls nicht. Das setze ich nicht in eine Beziehung zum Generalthema der freien Meinungsbildung. Es kommt nicht darauf an, wo der einzelne Journalist sein Fähigkeiten unterbringen kann, sondern er muß die Möglichkeit haben, seine Meinung ohne irgendeinen Druck seitens seines Auftraggebers zu äußern. Er muß dann freilich die ihm adäquate Ebene finden. Ich bin sicher, daß sie in der Bundesrepublik vorhanden ist.

Sie stellten weiterhin die Frage, wieso es dazu kommen konnte, daß der Springer-Verlag so groß geworden ist. Es ist nicht meine Aufgabe, sie für diesen Verlag zu beantworten, obwohl ich dort Freunde habe. Aber Herr Arndt hat in seinem Referat bereits eine Antwort darauf gegeben: Es war eine verlegerische Leistung, gekoppelt mit der Fortune der Zeit. Eine solche wirtschaftliche Entwicklung haben wir nicht nur in der Presse, sondern in vielen Bereichen auch anderer Produktionen dieses Landes sowie im Ausland zu verzeichnen. Es ist also nichts Außergewöhnliches, und ich sage dies jetzt als Abgeordneter des Bundestages: Konzentration als solche stellt noch nichts Böses dar. Auch Macht als solche ist nichts Böses. Es kommt darauf an, daß der Wettbewerb neben gewissen ehrlichen Beachtungen grundgesetzlicher Bestimmungen und eventueller Ergänzungen aufrechterhalten bleibt. Wenn das im Bereich der Presse, der Tageszeitungen und Zeitschriften geschieht, wird es nie zu einer Machtkonzentration kommen, die die Meinungsfreiheit bedroht. Und solange die Meinungsfreiheit nicht in Gefahr ist, sehe ich keine Veranlassung, im Deutschen Bundestag Erörterungen darüber anzustellen, ob wir ein besonderes Anti-Trust-Gesetz im Hinblick auf die Verlage und die Presse in Deutschland einführen sollten, beziehungsweise wann der Zeitpunkt dafür gekommen sei. Das stelle ich hier ausdrücklich fest. Warum sprechen wir heute abend nicht über die Gefahr für die freie Meinungsbildung durch das Monopol der Fernseh- und Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik? Da ist doch die Macht genauso konzentriert wie beim Einzelinhaber.

Es wäre im übrigen amüsant, zu analysieren, was denn eigentlich die ARD sind. Stellen sie eine Kooperative dar oder eine konzertierte Aktion? Ist das eine Konzentrationsgesellschaft? Der Chefkoordinator hat eine sehr große Macht, obwohl er weder Eigentümer ist noch sonst eine besondere Funktion innerhalb des wirtschaftlichen Bereichs ausübt. Ich halte die Tagesschau für hervorragend, und es soll keine Kritik an ihrer Leistung sein, wenn ich darauf hinweise, daß die Zentralredaktion der Tagesschau ein Machtgebilde ersten Ranges ist. In der Auswahl der Nachrichten, die sie und auch das Zweite Deutsche Fernsehen dem Publikum servieren, liegt doch die Funktion einer Machtausübung vor, wie sie weder die gesamte deutsche Tagespresse noch die Illustriertenpresse innehat. Im Sinne der Macht kann diese Konzentration die freie Meinungsbildung viel eher bedrohen oder bedroht sie tatsächlich, wenn hier nicht vernünftige Leute tätig sind, als es einer wirtschaftlichen Konzentration durch einen Eigentümer möglich ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Bemerkung an die Herren Lehr und Scharf richten. Betrachten Sie einmal die Bedrohung der Regionalpresse durch die hintertürliche Einführung des Dritten Programms im Fernsehen. Das ist eine der typischen Maßnahmen aus der Monopolstellung heraus, die wir nicht zulassen und daher bekämpfen werden. Hier hat sich eine echte, direkte Bedrohung bereits vollzogen, obwohl die Intendanten und auch die Ministerpräsidenten der Länder beinahe mit erhobenem Schwurfinger sagten, daß sie es nicht genehmigen würden. Dennoch hat sich

das Dritte Fernsehprogramm im bayerischen, westdeutschen und auch norddeutschen Bereich in einer Form entwickelt, die gegenüber dem Wettbewerb in einem Verdrängungsprozeß alle Gefahrenmomente für die regionale Presse enthält. Das halte ich im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der freien Meinungsbildung in der Bundesrepublik für entscheidender.

Lehr

Wenn Sie hier behaupten, Herr Blumenfeld, die Rundfunkanstalten hätten zu irgendeinem Zeitpunkt gesagt, es würden keine Dritten Fernseh-Programme ausgestrahlt, so entspricht das einfach nicht den Tatsachen. Es wurde lediglich versprochen, im Dritten Programm keine Werbung aufzunehmen, und daran haben sich auch alle Rundfunkanstalten gehalten.

Becker

Herr Blumenfeld hat in seiner Feststellung die Frage der Kontrolle nicht einbezogen, von der aus sich die Stellung der verschiedenen Medien allerdings auch unter ganz anderen Gesichtspunkten darstellen ließe.

von Friedeburg

Ich würde Sie gern nach empirischen Daten fragen, Herr Blumenfeld, wieso ausgerechnet die dritten Programme die regionalen Heimatzeitungen schädigen. Wer viel mit dem dritten Programm zu tun hat, weiß, daß die Zuhörerschaft nur eine sehr kleine Minderheit darstellt.

Geiger

Es liegt ein Widerspruch in sich vor, Herr Blumenfeld, wenn Sie gesetzliche Maßnahmen ablehnen, die dem Prozeß der Pressekonzentration entgegenwirken, andererseits jedoch gegen die Rundfunkanstalten solche Maßnahmen fordern. Entweder geht man gegen beide gleichermaßen vor, oder man unternimmt gegen keinen etwas.

Müller

Herr Blumenfeld hat die Geschichte des Springerkonzerns als eine Mischung aus freiem Wettbewerb, verlegerischer Leistung und Glück gekennzeichnet. Neben diesen unbestreitbaren Tatsachen muß man jedoch auch auf die Politiker verweisen. Axel Springer legte die Basis seines Zeitungsreiches jenseits des freien Wettbewerbs mit einer ausgezeichneten Startbedingung aufgrund der Lizenzierung seiner Rundfunkzeitung. Auch das "Abendblatt" war eine staatliche Lizenz, die anderen nicht gewährt wurde.

Der zweite Akt, über den Herr Blumenfeld genauer informiert sein müßte und der auch die Frage möglicher Kontrollen aufwirft, führte zur Übergabe der "Welt" - Gruppe, die im übrigen aus mehreren Objekten bestand, an Axel Springer. In diesem Falle war es ein politischer Vorgang, der ihn begünstigte. Von den Verkäufern der "Welt" wurden damals in klarer Absicht Kontrollen in Form einer Stiftung eingebaut, aber diese Konstruktion erwies sich als schwach, fehlerhaft und nicht tragfähig. Man sollte diese Dinge ruhig aussprechen, um die Diskussion vom Abstrakten in die von Herrn Blumenfeld so gern zitierte Praxis überzuleiten.

Alles das interessiert nur im Zusammenhang mit der Frage, was für ein Gebilde daraus entstanden ist und welche Lehren daraus zu ziehen sind. Das ist die zentrale Frage von Herrn Koch. Unterstellen wir einmal, daß auch ein Massenmedium wie die "Bild"-Zeitung durchaus ein positiver gesellschaftlicher Faktor sein kann, so hängt das doch vom Grad der Freiheit ab, mit dem die Journalisten in einem solchen Konzentrationsgebilde, das auf Massenproduktion beruht, in eigener Verantwortung schreiben dürfen.

Blumenfeld

Was die Lizenzierung, die historische Frage von Herrn Müller, anbelangt, so kenne ich eine ganze Reihe anderer Leute, die in den Jahren 1948 bis 1950 Lizenzen empfangen haben und heute als Verleger nicht mehr existieren. Sie hatten die gleichen Startchancen wie seinerzeit Herr Springer mit seinen Nordwestdeutschen Heften. Das war wohl der Anfang, an den Sie, Herr Müller, erinnern wollten. Daraus hat sich dann "Hör zu" entwickelt und, weil das ein Erfolg wurde, auch weitere Tageszeitungen im gleichen Verlagshaus; das ist eine Sache für sich.

Zur Übergabe der "Welt" an das Haus Springer möchten Sie den politischen Haken schlagen und behaupten, Herrn Springer sei durch die damalige Bundesregierung beziehungsweise die CDU ein Objekt zugeschoben worden. Das scheint mir der historischen Wahrheit nicht zu entsprechen. Im Jahre 1953 waren mehrere Bewerber vorhanden. Eine Kommission hat damals das Angebot von Springer sehr genau untersucht und sowohl aufgrund wirtschaftlicher Tatbestände als auch der Auflagen, die seinerzeit die englische Besatzungsmacht an den Verkauf der "Welt" knüpfte, festgestellt, daß die Fortführung der "Welt" im Springer-Verlag in guten Händen lag. Wenn mich die Erinnerung nicht verläßt, wurde deshalb die "Welt" mit den Auflagen einer Stiftung und der Kontrolle dem Springer-Verlag zugeschlagen.

Lehr

Wenn ich richtig unterrichtet bin, trifft es zu, daß die Ausgangsbasis für die eindrucksvolle unternehmensche Leistung Axel Springers eine Rundfunkprogrammzeitschrift war. Das schmälert diese unternehmerische Leistung nicht. Vielleicht sollte man aber doch in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die deutschen Rundfunkanstalten bis heute darauf verzichtet haben, selbst eine Rundfunkprogrammzeitschrift herauszugeben. Sie geben ihre Programme kostenlos an die Presse weiter. In Italien, in England und in anderen Ländern dagegen geben die Rundfunkgesellschaften ihre eigenen Programmzeitschriften heraus. In Deutschland haben also die Rundfunkanstalten durch ihren Verzicht, der keineswegs selbstverständlich oder rechtlich geboten ist, einen Beitrag zugunsten der Presse geleistet - und, wenn Sie so wollen, ungewollt auch zur Konzentration.

von Zahn

Ist Ihnen bekannt, Herr Lehr, daß ich bei der Entstehung dieser Zeitschrift ein wenig mitgewirkt habe? Die englischen Aufsichtsbehörden wollten damals eine amtliche Zeitschriftenkollektion für den Rundfunk nach der Art von "The Listener" und "Radio Times" gründen. Wir deutschen Rundfunkleute sind dieser Absicht scharf entgegengetreten und haben die Engländer dazu überredet, das Papier für eine solche Zeitung Axel Springer zur Verfügung zu stellen. Er war sowohl den Engländern als auch uns angenehm, weil seine politischen Überzeugungen damals - und ich glaube, auch heute noch - im Sinne des neu aufzubauenden Staates als verläßlich galten.

Bondy

Sind Sie eigentlich so glücklich darüber, Herr Lehr und Herr von Zahn, daß es in der Bundesrepublik keine Zeitschrift im Range von "The Listener" gibt?

von Zahn

Ich hatte mir die Entwicklung von "Hör zu" auch anders vorgestellt und für mich etwas mehr Einfluß als nur auf die Papierversorgung erwartet.

Becker

Wir können also wohl festhalten, daß sich die Rundfunkanstalten und Herr von Zahn als die Geburtshelfer des Springer-Konzerns betrachten dürfen.

Koch

Ist der Wettbewerb nicht schon gefährdet, Herr Blumenfeld, wenn bereits jede dritte Tageszeitung und neun von zehn Sonntagszeitungen aus einem Hause kommen? Steuert das nicht auf die Marktbeherrschung, auf das Monopol zu? Wann ist denn für Sie als Bundestagsabgeordneter der Moment erreicht, wo Sie den Wettbewerb gesetzgeberisch schützen müssen?

Blumenfeld

Ich glaube, Herr Koch, Ihre Frage geht ein wenig daneben. Man kann verschiedene Gemüsesorten nicht miteinander vergleichen. Im Hinblick auf ihre Funktion und auf die Informationsmöglichkeiten seitens des Verbrauchers sind Boulevardzeitungen, überregionale Blätter, regionale Publikationen sowie Sonntags- und Wochenzeitungen nicht miteinander vergleichbar. Solange in den einzelnen Bereichen Wettbewerb besteht und solange Axel Springer nicht die gesamte Boulevardpresse zu beherrschen droht ...

Preuss

Bei der "Bild"-Zeitung liegen siebzig Prozent.

Blumenfeld

In Hamburg bereits 80 oder 90 Prozent!

Preuss

Wo sehen Sie da die Grenze?

Blumenfeld

Ich weise darauf hin, daß sich in Hamburg die Morgenpost im Wettbewerb mit der "Bild"-Zeitung befindet. In den übrigen deutschen Städten der Bundesrepublik ist in den vergangenen zehn Jahren noch eine ganze Reihe von weiteren Boulevardzeitungen entstanden, die trotz der Konkurrenz der "Bild"-Zeitung und im Wettbewerb mit ihr erhebliche Auflagenziffern erzielt haben. Ich würde beginnen, mich mit dieser Frage sehr eingehend zu beschäftigen, Herr Koch, wenn ich feststellte, daß der Wettbewerb nicht mehr funktioniert. Bisher tut er das noch in den verschiedensten Bereichen, bei Tages-, Sonntags- und Wochenzeitungen, und das Publikum hat jede Möglichkeit, sich entsprechend unterschiedlich zu informieren. Auf der anderen Seite gibt es dann das Fernsehen, das dem Informationsbedürfnis voll entgegenkommt.

Reich

Es handelt sich zwar um verschiedene Gemüse, Herr Blumenfeld, aber sie werden für ein und dieselbe Gemüsesuppe, nämlich die öffentliche Meinungsbildung, verwendet. Insofern ist Ihr Bild nicht zutreffend. Außerdem können Sie diese Gemüse nicht einfach addieren. Sie werden zugeben, daß sich ihre Wirkung durch die Summierung in einer Hand potenziert.

Arndt

Ich bin zwar nicht Ihrer Meinung, Herr Blumenfeld, daß die Frage der Pressefreiheit primär eine Frage des Pressewettbewerbs ist. Der ökonomische Wettbewerb versagt gegenüber kulturellen oder politischen Aufgaben. Sie haben aber in diesem Zusammenhang auf die Frage von Herrn Koch gesagt, daß noch Wettbewerb in der Presse bestehe und daher noch kein Grund zum Einschreiten bestünde. Auch ich frage Sie: Wo liegt Ihrer Meinung nach die Grenze? Sie wollen doch sicher nicht sagen, daß der Staat erst dann einschreiten solle, wenn überhaupt kein Wettbewerb mehr besteht.

Blumenfeld

Ich kann so lange keine Gefahr für die Meinungs- und Pressefreiheit erblicken, wie wir die Möglichkeit haben, leistungsfähige Verlage oder Verleger in Deutschland und damit den Wettbewerb in seiner ganzen Breite - einschließlich der Gemüsesuppe, von der Herr Reich sprach - zu erhalten. Das ist das Kriterium für mich. Ich warne vor dem Versuch, diese Dinge in der Bundesrepublik immer gesetzgebungsmäßig zu ordnen. Wir werden gewisse Probleme im Zusammenhang mit allen diesen Fragen, die uns jetzt im Bundestag beschäftigen, ordnen müssen. Wir können jedoch nicht immerzu auf den Monopolisten par excellence, den imperialen Zeitungsverleger, hinweisen, der alle anderen an die Wand drücke. Das stimmt einfach nicht. Wir haben im Verlauf dieses Gesprächs eine ganze Reihe von Gründen festgestellt, die für die vor uns liegende Situation verantwortlich zu machen sind.

Im Augenblick könnten mich im Bundestag keinerlei Kriterien veranlassen, einer Monopol- oder auch Kartellgesetzgebung im Hinblick auf die Pressekonzentration das Wort zu reden.

Böddeker

Was haben wir uns eigentlich unter der Vielfalt der Meinungsbildung vorzustellen? Wo beginnt diese Vielfalt und wo hört sie auf? Sind das hundert oder nur zwanzig Zeitungen? Man kann argumentieren: Da zu jeder national- oder wirtschaftspolitischen Frage, die alle angeht, nur relativ wenige alternative Denkmöglichkeiten vorhanden sind, würde es unter Umständen durchaus genügen, daß zwanzig Zeitungen große Berichterstattung machen. Vielfalt bedeutet doch im Sinne unseres Staatsaufbaus die unbedingt notwendige Unterrichtung des Bürgers durch die kleinen Zeitungen über das, was in seiner Region, in seiner Stadt, in seiner Gemeinde vorgeht, und das geschieht auch. Herr Arndt sprach von einem Rückgang der selbständigen Redaktionen, aber es wurde auch nachgewiesen, daß die Zahl der Lokalzeitungen zunimmt.

Weiterhin soll der Schutz der Meinungsfreiheit unter Umständen nicht von allen in Anspruch genommen - wenn ich Herrn Pohmer richtig verstanden habe und der Artikel 5 nun plötzlich gegen die Verleger gewandt werden. Als Kriterium hierfür nannte man die Zahl der am Kiosk verkauften Exemplare. Das betrifft die Straßenverkaufs-Zeitungen und die Illustrierten, aber auch "Die Zeit". Sie sehen, daß solche quantitativen Kriterien nur schwierig anzuwenden sind. Um ein qualitatives Kriterium zu finden, müßten Sie ein Gremium schaffen, das zum Beispiel feststellt, die "Bild"-Zeitung sei schlecht für das Volk, und wir müßten alle den "Rheinischen Merkur" lesen. Das würde sicher ein politisches Gremium oder ein Gremium sein, in dem alle gesellschaftlich relevanten Kräfte vertreten sind. Diese Kontrolle durch gesellschaftlich relevante Kräfte - das zeigt die Erfahrung in den öffentlich-rechtlichen Anstalten führt häufig zu einem Meinungsbrei, aus dem niemand mehr so recht schlau wird.

Die Zahl der Meinungsäußerungen kann nicht unendlich sein, sie muß irgendwo ihre Grenze finden. Nicht jeder kann bestimmen, was morgen in der Zeitung stehen soll. Wenn das der Verleger oder der Chefredakteur nicht entscheidet, muß es eine Kontrollinstanz tun. Dabei kämen wir vermutlich zu dem gleichen Ergebnis wie bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten. Da liegen die Erfahrungen schwarz auf weiß vor. Peter Miska hat in der "Frankfurter Rundschau" im einzelnen dargelegt, wie weit der Proporz geht: über den Intendanten und die Hauptabteilungsleiter bis hin zu den Abteilungsleitern und den sogenannten Redakteuren mit besonderen Aufgaben. Einer ist schwarz, der andere rot.

Es wurde dann behauptet, daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Zeitung und damit des Verlegers nicht am Anfang der Pressefreiheit stehe. Diese These möchte ich in Zweifel ziehen. Wir erleben es in unendlich vielen Fällen, daß Redakteure, Journalisten und auch die Verleger gerade an kleinen Zeitungen dem Druck von kleinsten politischen Instanzen und Auftraggebern ausgesetzt sind und diesem Druck auch gar nicht ausweichen können, wenn sie sich nicht in einer Art von größerem Verband befinden. Eine kleinere Zahl von Verlagen, die jedoch von den augenblicklichen Pressionen befreit sind, wäre wahrscheinlich die bessere Lösung.

Herr Koch hat nach meiner Meinung nicht recht, wenn er die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten zu Zeiten der Antitrustgesetzgebung mit der heutigen Pressesituation in der Bundesrepublik in Verbindung bringt. Diese beiden Dinge sind nicht vergleichbar. Herr Blumenfeld wies darauf hin, daß der Gesetzgeber keinen Grund habe einzuschreiten, solange Wettbewerb besteht. Die amerikanische Monopolbehörde bezeichnete das Monopolrecht nicht als Recht gegen Marktsituationen, sondern gegen Marktverhalten. Sie können nämlich die Grenze nicht beliebig ziehen und zum Beispiel sagen, der Besitz von zwanzig Zeitungen sei böse, von fünfundzwanzig noch böser oder der von fünfzehn sei noch nicht böse. Es kommt darauf an, wie sich ein Wettbewerber auf einem bestimmten Markt verhält - und die Presse zerfällt in sehr viele Märkte.

Auch in der Bundesrepublik sind für den Journalisten durchaus Wahlmöglichkeiten vorhanden, was hier bezweifelt wurde. Wer bei Springer nicht arbeiten will, kann zu Grüner

Sänger

Praktisch ist das nicht mehr möglich.

Becker

Die Kernfrage, Herr Böddeker, ob in einem wirtschaftlichen Großkonzern die Unabhängigkeit der journalistischen Meinungsäußerung garantiert ist, blieb bei Ihren Ausführungen noch offen. Könnten Sie zu dieser Frage, die ja von verschiedenen Seiten besonders angesprochen wurde, Stellung nehmen?

Böddeker

Selbstverständlich hat das Haus Springer politische Programmpunkte. Dazu gehören die Wiedervereinigung Deutschlands, die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen, das Eintreten für die soziale Marktwirtschaft und der Kampf gegen den Totalitarismus. Im Rahmen dieser Grundsätze kann sich jeder Journalist bewegen. Wie ich zuverlässig weiß, gibt es ähnliche Grundpfeiler auch in anderen Verlagshäusern. Jedoch ist der Journalist in einem kleineren Verlag, der zu keiner Konzentration gehört, dem unmittelbaren Eingriff des Verlegers in viel stärkerem Maße ausgesetzt als bei Besitzern von zwei oder mehr Zeitungen. Dafür gibt es ein ganz schlichtes Argument: Es ist physisch unmöglich, eine Reihe von Zeitungen im einzelnen zu beaufsichtigen. Man kann wohl eine Marschroute angeben, wie es der Intendant oder auch der Bundeskanzler tut. Wie der Journalist aber diese Marschroute zurücklegt, bleibt ihm überlassen.

Ich glaube also nicht, daß die Konzentration auf dem Wege über die größere Macht des Verlegers die Meinungsfreiheit oder die Bildung der öffentlichen Meinung bedroht.

Becker

Herr Böddeker hat uns vier Grundperspektiven genannt, in denen sich bei Springer die Meinungsbildung bewegt. Im übrigen würde die Freiheit der Redakteure durch den Großkonzern nicht beeinflusst.

Die These von Herrn Arndt in seinem Referat lautete dagegen, daß die Konzentrationsbildung in der Presse als solche die Meinungsfreiheit gefährde. Herr Böddeker stellte dem entgegen, daß die Kleinstzeitung aufgrund der stärkeren Wirksamkeit lokaler Einflüsse ihrerseits die Freiheit der Journalisten und Verleger gefährdet. Wir kommen auf Herrn Kochs Frage zurück, ob möglicherweise die Mittelgröße die günstigste sei.

Sänger

Ich bin der Meinung, daß wir zur Aufrechterhaltung der Informationsmöglichkeiten insbesondere auch private selbständige und wirtschaftlich unabhängige Verleger brauchen.

Ich würde das Thema Konzentration der Presse und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit vieler Zeitungen in Deutschland nicht unbedingt in einen Zusammenhang mit der Diskussion über das Verhältnis der Presse zum Fernsehen bringen, wie es Herr Blumenfeld so stark betonte. Mit Herrn Arndt bin ich der Auffassung, daß das Fernsehen nur eine und keineswegs die wichtigste der Ursachen für die heutigen Konzentrationserscheinungen darstellt.

Wenn auch die Vorgänge, die mit dem Namen des Springer-Verlages verbunden sind, wichtig genug sind, um in diesem Zusammenhang diskutiert zu werden, würden wir jedoch einen großen Fehler begehen, wenn wir daneben nicht auch eine Reihe anderer Erscheinungen beachteten. Denken Sie an Waldburg-Zeil, also Vorgänge, die sowohl in Süd- als auch in Norddeutschland zur Zerstörung der kleinen Heimatpresse beitragen. Sie führen nicht zur Kooperation, sondern zur Konzentration, das heißt zur Vereinigung der Besitztümer in einer Hand und damit auch zur direkten Dispositions- und Direktionsmöglichkeit auf die Redaktion.

Herr Koch stellte die Frage, ob nicht der Gesetzgeber die Konzentrationserscheinungen hätte verhindern müssen. Man könnte zum Beispiel Blechhändlern verbieten, Zeitungsbetriebe zu kaufen. Nur Zeitungsverleger dürften solche Unternehmungen erwerben. Man kann auch, wie die Engländer, den Erwerb von Zeitungen mit einer Auflage von mehr als fünfhunderttausend Stück zunächst von einer Prüfung abhängig machen. Es gibt weitere solcher Möglichkeiten. In der Bundesrepublik - nicht in England hätte ich immer Bedenken, wenn sich der Staat mit einer Gesetzgebung, die die Presse betrifft, befaßt. Da stimme ich Herrn Blumenfeld durchaus zu. Wir haben erlebt, was daraus werden kann, und ich fürchte eine Gesetzgebung, die wahrscheinlich nicht zu umgehen sein wird. Ich hoffe aber, daß sie in einem politischen Klima stattfindet, in dem genügend Freiheit herrscht, damit ein solches Gesetz nicht zu einer staatlichen Einflußnahme auf die Redaktionsarbeit und auf die Dispositionstätigkeit der Presse und der Verlage führt.

Dazu gehört auch das Problem der Einflußnahme des Verlages auf die Redaktion. Wie läßt sich die Unabhängigkeit der Redaktion von den Verlagen in der praktischen Tagesarbeit sichern? Es ist selbstverständlich, daß die Verlage die Richtung der Zeitung bestimmen und die Journalisten, wenn sie in einen Verlag eintreten, sich in freier Entscheidung zu dieser Richtung bekennen. Im Rahmen dieser Richtlinien sollte aber in der Tagesarbeit allein ihre Verantwortlichkeit maßgeblich sein.

Bondy

Sie sagten eben, Herr Sänger, es verstehe sich von selbst, daß ein Verleger die allgemeine Richtung seiner Zeitung bestimmt; die Journalisten müßten dann im Rahmen dieser Richtung eine gewisse Freiheit haben. Das will mir nicht einleuchten. Verleger sind manchmal sprunghafte Leute. Was passiert, wenn ein solcher Verleger plötzlich seine Meinung und seine Tendenz wechselt?

Sänger

Das geht nicht! Dafür gibt es Schutzvorschriften im Manteltarifvertrag, den Verleger und Journalisten frei vereinbart haben. Ob sie freilich immer ausreichen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit auch des Journalisten zu schützen, ist eine andere Frage.

Bondy

Solche Fälle sind verschiedentlich vorgekommen, zum Beispiel im "Monde" von Paris, in der "Gazette de Lausanne" und im "Figaro". Plötzlich wollten die Verleger eine bestimmte andere Tendenz einführen. Da schlossen sich die Redakteure zu einer Gesellschaft zusammen und weigerten sich. Es kam zu Prozessen und Konflikten, und in den genannten drei Fällen haben die Gesellschaften der Redakteure gegen die Besitzinteressen und gegen die Politik, die ihnen die Besitzer aufzwingen wollten, gewonnen.

Man kann also nicht ohne weiteres sagen, der Besitzer hätte das Recht, die Richtung seiner Zeitung zu bestimmen. Ist eine Zeitung einmal ein Begriff und eine moralische Institution in irgendeinem Sinn geworden, dann kann es geschehen, daß die Leute, die sie wirklich schufen und ihr das Gesicht gaben, doch mehr zu sagen haben als diejenigen, die nur die Besitzer sind.

Schuster

Ich bin skeptisch, ob es möglich sein wird, das Verhältnis des Verlegers zur Redaktion gesetzlich zu regeln. Herr Sänger nannte als Beispiel den Blechfabrikanten, der eine Zeitung beherrscht, im Gegensatz zu einem Nur-Zeitungsverleger. Mich würde der Blechfabrikant nicht stören, Herr Sänger. Es kommt nur darauf an, wie er seine Verleger-Aufgabe auffaßt. Läßt er der Redaktion Freiheit, dann ist mir der Blechfabrikant lieber als der Zeitungsverleger, der selbst ständig in die Redaktion der Zeitung eingreift. Das französische Beispiel ist sehr einleuchtend. Der "Figaro" gehörte, wenn ich nicht irre, einem Wollfabrikanten, und der Chefredakteur Brisson hat trotzdem große Freiheit gehabt. "Le Monde" dagegen war der Konstruktion nach ein Ideal der journalistischen Genossenschaft, und doch hat dort ein ziemlich strenges Regime unter dem Chefredakteur geherrscht, ein strengeres noch, als es mancher Verleger über seine Zeitungen ausübt - was wiederum wenig über die Qualität der Zeitung aussagt!

Besser

Als Anwalt vertrete ich gelegentlich sowohl Verleger und Rundfunkhäuser als auch Autoren und bin damit in der Lage, in verschiedene Interessensphären hineinzublicken.

Ich kann mich eines Unbehagens an dieser Diskussion nicht erwehren. Um die mit dem heutigen Thema gestellte Frage beantworten zu können, suchen Sie nach Maßstäben. Ich bin sicher, daß es unmöglich ist, solche zuverlässigen Maßstäbe tatsächlich zu finden. In manchen Beiträgen ist angeklungen, daß der Gesetzgeber helfen könne, jedoch werden Sie selbst mit den besten Gesetzen nicht ans Ziel kommen. Wenn Sie glauben, so etwas wie eine Antimonopol-Gesetzgebung, ein Kartellgesetz oder etwas ähnliches könne die Freiheit der Presse und der Journalisten garantieren, befinden Sie sich im Irrtum.

Übrigens bin ich der Unfreiheit eines Journalisten sowohl in einem sehr großen als auch in einem kleinen Verlag begegnet, und man geht sicherlich fehl in der Annahme, daß der Mann im kleinen Haus in seinen Entscheidungen freier sei als derjenige, der in einem großen Verlag arbeitet.

Merkwürdigerweise wurde in dieser Debatte noch nicht davon gesprochen, daß die Freiheit des Journalisten schließlich auch von ihm selbst abhängt. Ich habe immer wieder den Typus getroffen, der sich aufgrund einer Art unverlangter Selbstzensur mehr zumutet, als man von ihm erwartet. Diese Selbstzensur von Journalisten ist oft genug größer als die ihnen auferlegte Zensur. Auch beim Rundfunk verlangt der Intendant oft genug weniger als der Redakteur oder der Hauptabteilungsleiter.

Becker

Es gibt ein analoges Problem an den deutschen Universitäten.

Besser

Der Begriff "Unabhängigkeit" wird in dieser Debatte als etwas Feststehendes gebraucht. Wer von uns ist eigentlich unabhängig? Jeder von uns ist doch "abhängig" von irgendeiner Gruppe oder einem Verband und der dort vertretenen Meinung.

Herr Blumenfeld hat von seinem Lieblingsthema gesprochen, dem Verhältnis zwischen Presse und Rundfunkanstalten. Ich halte es augenblicklich für einen Segen, daß die Rundfunkanstalten in sich selbstständig sind. Damit ist ein gewisses Gleichgewicht vorhanden. Ob das immer so bleiben muß, ist eine ganz andere Frage. Im Moment aber ist es doch wohl eine gute Sache, daß ein Journalist jederzeit "Die Welt" oder die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" verlassen kann, um zu einer der Rundfunkanstalten zu gehen. Er hat also viele Möglichkeiten, und es besteht kein Anlaß, das gering einzuschätzen.

von Zahn

Ich habe die Selbstzensur Gott sei Dank nie in dem Maße ausgeübt, wie Herr Besser sie skizzierte. Der Bundesinnenminister versuchte, mich aus dem Rundfunk zu entfernen. Der große Verleger hat mich aus der "Welt" entlassen, und der Intendant des Deutschlandfunks verzichtete auf meine Dienste, als mir meine politische Ansicht etwas anders aus dem Munde fuhr, als er es sich wünschte.

Das finde ich aber alles nicht weiter beklagenswert, sondern im Gegenteil sehr gut. Da ich noch lebe, und zwar gar nicht so schlecht, ist damit bewiesen, daß sich zwischen den großen Mächten noch immer ein Schlupfloch finden läßt, durch das man mit seiner publizistischen Ansicht fahren kann. Ich bin auch Unternehmer genug, um Aufträge von allen anzunehmen. Ich behalte mir nur vor, sie nach eigenen Grundsätzen auszuführen.

Der Publizist in Deutschland, der nun einmal der Transmissionsriemen zwischen Verleger, Rundfunkanstalt, politischen und wirtschaftlichen Organisationen einerseits und Publikum andererseits ist, hat in der Tat alle Möglichkeiten, die er sich wünschen kann, wenn er den Mut und die Energie besitzt, sich der verschiedenen vorhandenen Medien zu bedienen. Wir können der Presse den Rundfunk und das Fernsehen und denen wieder die Illustrierten und die Wochenblätter gegenüberstellen. Die Fülle der Ausdrucksmöglichkeiten ist für den Publizisten außerordentlich groß.

Natürlich gibt es diese Selbstzensur. Sie hat aber in Deutschland allgemeine soziologische und historische Gründe.

Willett

So ist es nicht nur in Deutschland, sondern auch in England.

von Zahn

Sie ist jedoch bei uns besonders ausgeprägt.

Um gleich etwas zur Therapie anzufügen: Im Gegensatz zu Amerika fehlt bei uns zum Beispiel ein Ehrenkodex der Journalisten, der ungeschrieben ist. Dieser Korpsgeist der amerikanischen Journalisten, die sich von ihren Verlegern nichts sagen lassen, ist erstaunlich. Selbst Thilo Koch, der wohl der amerikanischen Presse, besonders aber dem Rundfunk und dem Fernsehen, viel kritischer gegenübersteht als ich, wird zugeben, daß die amerikanischen Verleger traditionelle Republikaner, während die Leute, die für sie schreiben, traditionelle Demokraten sind. Sie verstehen sich aber trotzdem recht gut.

Nun zieht sich allerdings der amerikanische Verleger, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, weitgehend auf das Geschäftliche zurück. Ich denke dabei an Newhouse mit seinen einhundertundzehn Blättern, der auf die editorials keinen Einfluß nimmt. Solange das Blatt gut verdient, ist ihm alles andere völlig gleichgültig. Das Blatt wird gut verdienen, wenn die Editoriale stark ist, wenn sie die Emotionen der Leser anspricht und wenn sich die Journalisten des Disputs, des Konflikts und des Kampfes bemächtigen, die nun einmal in einer pluralistischen Gesellschaft geführt werden.

Wenn ein solcher Ehrenkodex auch in der Bundesrepublik bestehen würde, wäre schon viel getan. Das kann allerdings nicht durch Gesetzgebung oder durch staatliche Eingriffe erreicht werden, sondern nur durch Erziehung und allmähliches Heranbilden einer Tradition, die wir bereits hatten, die jedoch durch zwanzig Jahre unterbrochen wurde.

Man kann in der Bundesrepublik alles sagen. Man muß aber verstehen, die vorhandenen Kontrollapparate, die ich gar nicht leugnen will und die sogar sehr stark sind, ein wenig gegeneinander auszuspielen. Da ist es natürlich von Vorteil, daß wir neun beziehungsweise zehn Rundfunkanstalten haben und über eine immer noch reich gefächerte Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften verschiedener Größe und Interessenlage verfügen, in denen sich Journalisten und Publizisten äußern können. Sicher wird auch bei uns die politische Konformität mit einer Prämie versehen; wer halt konform ist, kommt öfter dran. Aber solange wir diese kontrollfreien Räume kennen, vermögen wir uns sowohl dem wirtschaftlichen als auch dem politischen Druck, der unstreitig - besonders in den Rundfunkanstalten - ausgeübt wird, zu entziehen.

Wie macht man das aber? Herr Besser sprach von der Unabhängigkeit des einzelnen. Sind wir denn alle in jeder Hinsicht unabhängig? Wir sind es nicht, und der Journalist macht davon keine Ausnahme. Ich halte es für absurd, von einem völlig unabhängigen Journalisten zu sprechen, der seine Meinung vollkommen frei äußern kann.

Worauf kommt es also an? Wir sollten als Journalisten, die wir von unseren Traditionen, unserem Einkommen und dem Einwirken anderer abhängig sind, von diesen partiellen Abhängigkeiten einen bewußten Gebrauch machen, indem wir uns - im Sinne der pluralistischen Gesellschaft - zu verschiedenen Zeiten in den gleichen oder zur gleichen Zeit in verschiedenen Blättern äußern. Es gibt heute bereits viele Publizisten und auch Redakteure, die sich nicht auf ein Medium beschränken, sondern bewußt in einer Zeitung schreiben, eine Kolumne in einer der großen Illustrierten haben und im Fernsehen als Kommentatoren, Autoren und Regisseure auftreten. Das halte ich für eine glückliche Mischung der Ausdrucksmöglichkeiten, für eine Befruchtung unserer Tätigkeit. Dadurch wird gesichert, daß wir unsere Meinung, wenn auch vielleicht nicht überall immer uneingeschränkt, so doch partiell, das heißt aufeinanderfolgend und insofern dann ganz äußern können.

Vom Journalisten her gesehen wäre es natürlich besser, wenn dem großen Fächer der Zeitungen auch ein größerer Fächer auf dem Gebiete des Fernsehens und des Rundfunks entspräche. Da reichen die eine überregionale und die neun regionalen Rundfunkanstalten nicht aus, weil sie alle nach dem gleichen Prinzip kontrolliert werden. Ist man bei der einen in Ungnade gefallen, dann ist man es häufig bei allen. Vom publizistischen Standpunkt aus wäre es gut, wenn wir zusätzlich noch eine Rundfunkorganisation hätten, die nach einem anderen Prinzip organisiert wäre als nach dem der öffentlich-rechtlich lizenzierten Anstalt. Ich hätte nichts gegen Gesellschaften, die durch Werbung finanziert werden, und sehe in der amerikanischen Entwicklung keinen Grund, meine Meinung darüber zu korrigieren. Und zwar gilt das sowohl für die Presse als auch für das Fernsehen.

Ich finde das amerikanische Fernsehen auch deshalb nicht so schlecht, wie es manchmal dargestellt wird, weil die Kombination von Fernsehen und Presse in der Hand der Verleger diesen doch eine große finanzielle Unabhängigkeit gibt, die sich auf beide Seiten günstig auswirkt. Auch für den Journalisten macht sie sich bezahlt, weil allein dadurch dieser Prozeß der crossed fertilization zwischen Lokalredaktion auf der Zeitungseite einerseits und der Rundfunk- und Fernsehseite andererseits gegeben ist. Die Journalisten können hier viel leichter aus dem einen Medium in das andere überwechseln. Das ist nach meiner Meinung für alle Teile gut.

Wir Journalisten müssen uns in einer pluralistischen Erwerbsgesellschaft dieser gemäß verhalten und können nicht in idealistischen Gefilden schweben. Wir müssen auch daran denken, daß wir innerhalb dieser Gesellschaft eine Art von Dienstleistungsgewerbe darstellen, das nicht nur Meinungen verbreiten, sondern auch Informationen von einer Abteilung dieser Gesellschaft in die andere befördern soll. Das ist uns jedoch nur möglich, wenn wir über eine Vielzahl von Medien verfügen, die in der Bundesrepublik im Augenblick durchaus noch gegeben ist.

Pohmer

Herr von Zahn hat zwar ausgeführt, daß er noch genügend Chancen sehe, sich unabhängig zu betätigen. Setzt sich jedoch der Konzentrationsprozeß fort, werden diese Chancen kleiner. Dabei kommt es im Prinzip wohl nicht nur auf die Zahl, sondern auch auf das Gleichgewicht der vorhandenen Verleger an. Sicher ist das subjektive Abhängigkeitsgefühl, die Selbstzensur, wie es Herr Besser genannt hat, bei uns auch ein Ausdruck des Mangels an Zivilcourage, der allgemein besteht. Aber das Bewußtsein der Schwäche der eigenen Position wächst mit der objektiven Abhängigkeit.

Sie, Herr von Zahn, sehen nun ein gewisses Heil in einem Verleger-Fernsehen. In der Tat scheint der gegenwärtige Wettbewerb zwischen Presse und Rundfunk auf den ersten Blick verzerrt zu sein: Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten genießen eine Fülle von Sonderrechten und brauchen kein Risiko zu tragen, überdies betätigen sie sich auch auf dem Gebiet der Werbung. Sie machen also den armen Verlegern Konkurrenz. Ich gestehe, daß mir das auch nicht gefällt, jedoch aus einem anderen Grunde: Bei genauer Betrachtung ist die Werbung volkswirtschaftlich ohnehin kaum schutzwürdig. Die Suggestivwerbung im Fernsehen birgt darüber hinaus besondere Gefahren. Ich glaube nicht, daß die Rundfunk- und Fernsehwerbung überhaupt notwendig ist. Sie ließe sich meines Erachtens ohne Schaden für die Allgemeinheit durch einen Gesetzgebungsakt verbieten. Jedoch liegt es nicht im Sinne dieses Gedankens, statt dessen ein kommerzielles Fernsehen zuzulassen. Mit Recht untersagt man bei uns zum Beispiel auch die Autobahnreklame, weil sie den Autofahrer ablenken würde. Verkehrssicherheit und außerdem vielleicht der Landschaftsschutz werden also höher bewertet als die Interessen der Unternehmer. Entsprechend halte ich es für wichtiger, die psychische Schädigung Jugendlicher durch die "geheimen Verführer" zu vermeiden, als einigen Unternehmern im Wege der Suggestivwerbung problematische Absatzsteigerungen - sei es durch Verdrängung der Konkurrenten, sei es durch sogenannte Bedarfsweckung - zu ermöglichen.

Jedenfalls ist das Verleger-Fernsehen vollkommen ungeeignet, die Probleme der Pressekonzentration zu lösen. Ich verstehe nicht, daß Herr von Zahn das Werbefernsehen so sehr verteidigt. Wenn es schließlich nur noch eine begrenzte Zahl von Verlegern gibt und diese wenigen außerdem das Fernsehen beherrschen, wird doch ein Wechsel für den Journalisten noch schwieriger.

von Zahn

Sie müssen das Fernsehen ja nicht beherrschen. Das System in England stellt zum Beispiel eine Mischung dar. In Amerika geht die Entwicklung jetzt dahin, daß es auf der einen Seite bei einzelnen Stationen ein rein kommerzielles Fernsehen gibt; darüber hinaus bildet sich aber ein teils öffentlich, teils durch Stiftungen unterstütztes Erziehungsfernsehen von immerhin jetzt schon 175 Stationen, das nicht auf finanzielle Mittel aus der Werbung angewiesen ist. Da wirkt sich die Werbung dann auch nicht auf das Niveau der Sendungen aus.

Geiger

Als Verfassungsjurist kann ich Ihnen zu den soziologischen Fakten und zum Umfang der Konzentration innerhalb der Presse nichts Neues sagen. Mir fielen jedoch in der Diskussion die Schwierigkeiten auf, die in dem Verhältnis von Unabhängigkeit und Freiheit gesehen werden. Ich würde alles akzeptieren, was die Herren Besser und von Zahn gesagt haben. Aber Unabhängigkeit in unserem Zusammenhang meint doch in erster Linie ein Minimum an wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Dieses Minimum halte ich für eine Voraussetzung dafür, daß Freiheit der Meinung in der Presse möglich ist.

Becker

Was nennen Sie in diesem Zusammenhang wirtschaftlich unabhängig? Ist es der Journalist als Unternehmer, wie Herr von Zahn ihn sehr eindrucksvoll schilderte? Oder meinen Sie damit den gut bezahlten Journalisten, der aufgrund seines Gehalts unabhängig ist?

Geiger

Ich denke jetzt an die Verlagsunternehmen, die eine gesunde wirtschaftliche Grundlage brauchen, damit sie ihre Meinung frei und unabhängig artikulieren können.

Weiterhin sollte man zwischen Meinungs- und Wettbewerbsfreiheit unterscheiden, die von Herrn Blumenfeld so sonderbar vermischt wurden. Beide sind zwar nicht völlig unabhängig voneinander, aber die Wettbewerbsfreiheit richtet sich mehr auf das Kommerzielle aus, während für die Presse die Freiheit der Information und der Aufklärung das Wesentliche ist.

Da liegt nun das verfassungsrechtliche Problem. Welche Möglichkeiten bestehen denn überhaupt, hier von Rechts wegen etwas zu tun? Natürlich behauptet jeder, der auf Wettbewerbsfreiheit abhebt, dieses Grundrecht würde eingeschränkt, wenn man etwa zum Schütze der Meinungsfreiheit gewisse Begrenzungen des Wettbewerbs durchzusetzen versuchte. Insofern hängt beides sicherlich zusammen. Das Grundrecht der Meinungsfreiheit ist aber nicht nur das Freiheitsrecht im herkömmlichen Sinne, daß sich jedermann, also auch die Presse, ungestört von Interventionen des Staates zu irgendeiner Sache äußern darf. Vielmehr ist in dem Begriff der Meinungsfreiheit auch die institutionelle Garantie mit enthalten, daß die freie Presse nicht nur vom Staat, sondern auch von Pressionen anderer Seiten, zum Beispiel der Wirtschaft, unabhängig sein muß. Es ist zwar nicht Sache des Staates, zu reglementieren oder gar die Verhältnisse innerhalb der Presse nach seiner Auffassung zu verbessern, wenn die Presse als Institution in ihrer Freiheit ernsthaft gefährdet wird. Aber die Freiheit der Institution der Presse, die für das freiheitliche System einer Demokratie absolut notwendig ist, legitimiert den Staat doch immerhin, soweit notwendig, Vorkehrungen zu treffen, um eine Gefahr für die freiheitliche Meinungsäußerung abzuwenden, die aus der Gesellschaft heraus etwa durch Konzentration innerhalb der Presse zu entstehen droht. Ich weiß nicht, ob die Situation bei uns schon so weit gediehen ist. Wenn jedoch in der Zukunft durch eine weitere Konzentration die Vielfalt unseres Pressewesens in ihrer Selbständigkeit so stark reduziert werden würde, daß dadurch das voneinander unabhängige freie Artikulieren der verschiedensten Meinungen eingeschränkt wird, dann kann dem Staate auch die Kompetenz zukommen, gegen weitere Konzentration zum Schütze der so verstandenen Meinungsfreiheit etwas zu unternehmen.

Wir haben natürlich bei solchen Vorstellungen gewisse Hemmungen, die auch Herr Sänger deutlich zum Ausdruck brachte. Andererseits halte ich es für sicher, was schon Herr Arndt betonte, daß es zu spät ist, die freie Presse als Institution in ihrer Vielfalt in Schutz zu nehmen, wenn wir warten, bis diese Vielfalt geschrumpft oder gar zerstört ist. Wir müssen vorher handeln.

Es dürfte aber sicher nicht möglich sein, daß eine solche Intervention des Staates auch in das Verhältnis des Verlegers zum Journalisten eingreift. Herr von Zahn sprach von einem Ehrenkodex.

Becker

Damit ist aber keine rechtliche Sicherung gemeint. Herr von Zahn hat präzise gesagt, daß er unter dem Ehrenkodex ein Selbstverständnis der Journalisten versteht.

von Zahn

Eine Selbstregierung der Journalisten.

Geiger

So habe ich es auch verstanden. Es gibt Vorbilder aus dem Jahre 1927, als sich die an der Presse Beteiligten zusammensetzten und zu einer sehr vernünftigen Regelung kamen. Das geht aber nur ohne staatlichen Zwang.

Der Staat ist nur in einem sehr beschränkten Maße zuständig, das Fortschreiten der Konzentration zu verhindern. Wird diese Konzentration jedoch wirklich bedrohlich, dann kann der Staat durch Gesetz der Kumulierung der Macht in einer Hand entgegenzutreten - zum Beispiel, wenn ein Verleger Zeitungen aufkauft. Er kann eine Kontrolle einführen und unter Umständen, gestützt auf das Gesetz, den Erwerb weiterer Zeitungen oder auch die Einflußnahme auf die Redaktionen anderer Zeitungen untersagen.

Becker

Aufgrund der Dialektik dieser Freiheit wäre der Staat nach Ihren Worten befugt einzugreifen, wenn die Ausnutzung wirtschaftlicher Freiheit zu einer Beschränkung eben dieser Freiheit führt.

Dagegen würden Sie für den Schutz der inneren Pressefreiheit keine juristischen Möglichkeiten sehen.

Geiger

Nein! Wenn Sie unter "innerer Pressefreiheit" das Verhältnis zwischen Verleger und Journalisten meinen.

Scharf

Das Bundesverfassungsgericht hat gegenüber den allgemeinen Gesetzen und sogar den Grundrechten eine Präponderanz der Pressefreiheit festgestellt. Würden Sie beipflichten, Herr Geiger, daß die Pressefreiheit - als schlechthin konstituierend für unsere Demokratie und für die Entwicklung der freien Gesellschaft - den Vorrang zum Beispiel auch gegenüber der gleichfalls im Grundgesetz verankerten Wettbewerbsfreiheit und Freiheit der Entfaltung wirtschaftlicher Betätigung hat?

Geiger

Die Frage ist berechtigt, Herr Scharf. In der Tat besteht ein Vorrang der Meinungsfreiheit vor der Wettbewerbsfreiheit, wenn es zu einer Konfliktsituation kommt.

Koch

Wann ist denn nun wirklich der Sättigungsgrad erreicht? Es wird hier außerordentlich intelligent um diesen Punkt herumgeredet.

Geiger

Unter dem Gesichtspunkt der Meinungsfreiheit wird wenigstens der Idee nach vom Grundgesetz so viel Freiheit wie möglich verlangt. Deshalb beginnt die Gefährdung schon sehr früh, und zwar sehr viel früher als bei der Wettbewerbsfreiheit.

Man muß aber bei dem Aufweis der Gefahr davon ausgehen, daß nicht nur beispielsweise bei Herrn von Zahn, sondern bei allen Journalisten in der Regel eine gewisse Widerstandskraft erwartet werden darf, so daß es bis zu einem bestimmten Grad ohne staatliche Hilfe geht.

Preuss

Würden Sie aufgrund Ihres Diktums sagen, Herr Geiger, daß das "Blinkfuer"-Urteil des Bundesgerichtshofes verfassungswidrig war? In diesem Urteil wurde dem Springer-Verlag in Ausübung seiner rechtlich geschützten Pressefreiheit zugestanden, auch ökonomische Macht einzusetzen. Das geschah in der Weise, daß der Springer-Verlag einem Kiosk-Besitzer drohte, ihn nicht mehr zu beliefern, also seine wirtschaftliche Existenzgrundlage zu zerstören, falls er nicht den Verkauf des "Blinkfuer", einer kommunistischen Zeitung in Hamburg, einstellen würde. Es wurde argumentiert, Herr Springer habe ebenso das Recht zur freien Meinungsäußerung wie jeder andere; dabei dürfe er sogar diesen ökonomischen Druck anwenden. Praktisch setzte hier ein Verleger die Meinungsfreiheit gegen die eines anderen Presseorgans ein, und zwar auf dem Umweg über den Vertrieb, der ja bekanntlich durch die Pressefreiheit mit geschützt ist.

Würden Sie sagen, daß dieses Urteil der verfassungsmäßigen Ordnung standgehalten hätte, falls es vor das Bundesverfassungsgericht gekommen wäre?

Arning

Sie haben das Urteil zumindest in den entscheidenden Punkten nicht richtig zitiert.

Geiger

Ich kann nicht für das Bundesverfassungsgericht sprechen, sondern nur für mich selbst. Ich würde in der Tat meinen, daß man unter gar keinen Umständen wirtschaftliche Macht zum Einsatz bringen darf, um die freie Meinungsäußerung in ihrer Verbreitung zu hindern. Das ist jedoch eine andere Ebene des Argumentierens. Ich sprach von der generellen Freiheit der Presse und davon, inwieweit diese durch die Konzentration gefährdet wird.

Ronneberger

Wir müssen zwischen der Logik der Daten und der Geltung normativer Forderungen unterscheiden. Es gibt einen Zwang der Tatsachen, auf den wir nur sehr bedingt Einfluß nehmen können, und eine Zielvorstellung, wie unser politisches System in seiner Freiheitlichkeit erhalten und gefördert werden kann. In der Frage der Konzentration scheinen beide Linien auseinanderzulaufen. Wir fragen nämlich auf der einen Seite, ob die Konzentration möglicherweise unaufhaltbar ist, auf der anderen Seite suchen wir aber nach einer Sicherung gegen diese Logik. In der Diskussion werden diese beiden ganz verschiedenen Betrachtungsweisen häufig durcheinandergebracht. Das erschwert die Klärung des Sachverhalts. Es muß also stets gefragt werden, inwieweit die Logik der Tatsachen zu akzeptieren ist und wo die normative Gestaltung ansetzen kann.

Es wurde vorhin über das Verhalten der Leser gesprochen. Sie sind nicht die einzigen Rezipienten. Es geht auch um die Autoritäten unseres politischen Systems, die ebenfalls informiert werden müssen. Hier wird die normative Forderung danach, was die Medien artikulieren sollen, noch offener, damit dieses System in seiner Freiheitlichkeit erhalten bleibt. Was muß also geschehen, damit der Entscheidungsprozeß innerhalb der Presse frei bleibt, und zwar sowohl bei regionalen, lokalen wie überregionalen Zeitungen? Soweit die gegebene wirtschaftliche Konzentration unter dem Zwang der ökonomischen Gesetze steht, kann das nur bedeuten: Wie müßte der wirtschaftlich unabhängige Verleger vom Gesetz her erfaßt werden, damit er die Möglichkeit für den Journalisten schafft, diesen Entscheidungsprozeß in voller Freiheit und Selbstverantwortung durchzuführen?

Becker

Wie wird andererseits der Verleger vor der Freiheit seiner Journalisten geschützt, wenn er seine Zeitungen verkaufen will?

Ronneberger

Wir müssen vor allem versuchen, für die Entscheidungsfreiheit des Journalisten, also für das, was für dieses System unabdingbar ist, einen Weg von der Norm her zu finden. Wie ist dieses Prinzip gegenüber den Daten der Wirtschaftlichkeit und der wirtschaftlichen Konzentration zu sichern? Wir können nicht argumentieren, wie wir es bisher getan haben, daß sich gewisse Konsequenzen für die Freiheitlichkeit ergeben, weil die Konzentration stattfindet, sondern wir müssen umgekehrt von der Norm ausgehen. In diesem Punkt bin ich mit den Juristen einig. Andererseits darf der Verleger vom frei entscheidenden Journalisten nicht gezwungen werden, sein wirtschaftliches Verhalten zu ändern oder aufzugeben.

Haseloff

Ich fürchte, daß sich wesentliche Punkte der Diskussion auf Plausibilitätsannahmen beziehen. So wird vorausgesetzt, daß kleinere Zeitungen a priori Meinungsfreiheit, eine Informationspolitik im Dienste einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft sowie die Erfüllung der Aufklärungs- und Reflexionspflichten garantieren. Eine solche Plausibilitätsannahme mag vielleicht einleuchtend sein, jedoch ist sie unbewiesen.

Kleinere Zeitungen sind nicht unbedingt freiheitsfreundlicher, auch nicht aufklärungsfähiger und -bereiter. Deshalb bin ich der Auffassung, daß mittelstandsfreundliche Gesetzgebung eine freiheitsfreundliche und ihre politischen und geisteskulturnen Aufgaben erfüllende Presse keineswegs garantiert. Das Hauptinteresse sollte sich deshalb darauf richten, was in der Zeitung wirklich steht. Das ist die Kernfrage. Auch und gerade bei kleineren Zeitungen kann eine höchst wirksame Manipulation stattfinden und ein dauernder Druck auf den Journalisten ausgeübt werden. Umgekehrt kann die große Zeitung gegenüber ihren Journalisten liberal sein und Pressefreiheit gewährleisten.

Eine zweite Plausibilitätsannahme besteht darin, daß Verleger, die Zeitungen besitzen, gewissermaßen automatisch dazu neigen, Meinungen gemäß ihrer persönlichen Auffassungen und Interessen zu manipulieren. Das muß gleichfalls nicht prinzipiell der Fall sein. Wie in anderen Ländern könnte auch bei uns das Interesse von Verlegern primär nicht politisch-missionarischer, sondern wirtschaftlicher Art sein. In diesem Falle setzt dann der Mechanismus ein, den Herr von Zahn für mein Gefühl etwas zu optimistisch ausgesprochen hat, daß nämlich ein tüchtiger Journalist Freiheit deshalb hat, weil der Verleger seinen Absatzwert für die Zeitung erkennt. Diese wirtschaftlich motivierte Freiheitsgarantie wird aber doch wohl nur für eine recht kleine Gruppe von Journalisten gelten. Dies mögen dann in erster Linie die Journalisten sein, die wirklich Belangvolles zu sagen wissen und sichere Resonanz bei einem wohldefinierten Leserkreis erzeugen.

von Friedeburg

Das ist doch in jedem Beruf so!

Haseloff

Das ist mir durchaus bekannt. Dennoch ist es bedeutsam, sich den Sachverhalt einmal klarzumachen, da im Bereich der Presse der Konformitätsdruck politisch und kulturell sehr folgenreich ist. Daß auch Zahnärzte sich nach ihren Patienten richten, um ihnen schöne Gebisse zu verkaufen, ist klar, jedoch nur individuell bedeutsam.

Ich möchte weiter fragen, ob die mit Recht gefürchtete Manipulationswirkung in dem Umfang besteht, der in unserer Diskussion bisher stillschweigend als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Ich bin in dieser Sache etwas abweichender Meinung. Ich glaube, Manipulationseffekte im Sinne einer direkten Einflußnahme auf die politische Entscheidung des deutschen Staatsbürgers haben einen nur relativ geringen Wirkungsgrad. Ich behaupte dies aufgrund einer ganzen Anzahl empirischer Untersuchungen.

Bechtle

... und historischer Erfahrungen.

Haseloff

Jedoch handelt es sich hier um ein anderes, sehr wichtiges Problem: es ist dies die parapolitische und politisch nur indirekt wirksame Beeinflussung. Also nicht die direkte politische Einflußnahme ist das wichtige Problem. Die Gefahren sind viel subtiler Art und liegen vor allem in der Informationsauswahl, zum Beispiel in dem, was nicht in den Zeitungen steht. Wir haben in Zeitschriften und Illustrierten inhaltsanalytische Untersuchungen durchgeführt, um festzustellen, welche sozial-kulturellen Bereiche keine Repräsentanz finden. So wird beispielsweise außerordentlich wenig über elektronische Datenverarbeitung und Automation mitgeteilt. Auch über wirtschaftliche Zusammenhänge, die für politische Entscheidungen wichtig sein können, wird nur sehr wenig gesagt. Damit entsteht ein tendenziös verzerrendes Gesellschaftsbild.

Ich sehe weiter Gefahr in der Tatsache, daß die Politiker durch die Medien der Massenkommunikationsmittel am stärksten beeinflussbar sind. Nur zum Teil ist hierfür die falsche Annahme eines mächtigen Einflusses der Presse auf das politische Votum des Staatsbürgers verantwortlich. Dadurch können Maßnahmen begünstigt werden, die möglicherweise unsachlich, bedenklich und gefährlich sind.

Eine bedeutsame Einwirkungsmöglichkeit der Presse und der Massenkommunikationsmittel liegt in ihrer Fähigkeit, jederzeit bestimmte Fragen aktualisieren zu können. Dieser Sachverhalt dürfte wichtiger als die direkte Beeinflussung des Votums sein. Weil die Träger der Verfügungsmacht über die Massenkommunikationsmittel den Staatsbürger zu pessimistisch sehen und ihm passive Beeinflußbarkeit, weitgehende Kritiklosigkeit und Dummheit zuschreiben, gelingt es ihnen weniger, als sie es sich selbst vorstellen, die Stellungnahmen, Wertungen und Entscheidungen dieser Staatsbürger zu steuern. Jedoch ist es ihnen jederzeit möglich, ein Problem zu aktualisieren und dabei Informationen zu geben oder zu verweigern. Hier mit Rechtsmitteln einzugreifen dürfte schwierig sein, ist jedoch gesellschaftspolitisch äußerst wichtig.

Es genügt nicht, daß eine Vielfalt von Zeitungen besteht. Die Probleme der Uniformiertheit und des Nichtbescheidwissens über die Welt werden durch eine große Zahl der Zeitungen nicht gelöst. Hier hilft auch die mittelstandsfreundliche Steuerpolitik nicht. Bedeutsamer ist das Versagen der deutschen Presse gegenüber der Aufgabe, ein wahrheitsgemäßes Bild über die wirkliche gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu geben.

Man muß also den Blick auch auf die Probleme der indirekten Meinungssteuerung lenken. Hier wirken sich viele Plausibilitätsannahmen aus. So beispielsweise Annahmen darüber, was Leser, Hörer und Fernsehzuschauer für Menschen sind. Was interessiert sie und was verstehen sie? Zum großen Teil sind es die beim deutschen Journalismus und bei Zeitungsverlegern verbreiteten Fehlannahmen über Interessiertheit und Aufgeschlossenheit von Lesern, die für den Niveauverlust der Presse verantwortlich sind.

Reich

Wenn ich den Wissenschaftlern so zuhöre, Herr Haseloff, wird mir angst und bange. Wenn Sie noch lange so weitermachen, kommen Sie hinter alle unsere Berufsgeheimnisse.

Preuss

Wenn man die therapeutischen Mittel zu entwerfen versucht, müßten die letzten Ausführungen von Herrn Haseloff berücksichtigt werden. Danach sind die Intervention und der unmittelbare individuelle Einfluß auf die Redaktion gar nicht das Entscheidende. Viel wichtiger ist der gesellschaftliche Druck auf die Presseerzeugnisse, bestimmte emotionale Bedürfnisse befriedigen zu müssen. Auf diese Weise ist der Konformitätsdruck viel subtiler.

Herr von Zahn hat meines Erachtens das Abbild einer negativen Utopie entworfen, als er vom amerikanischen Fernsehen sprach. Für mich ist das der Inbegriff einer jetzt schon im Fundament erkennbaren Gesellschaft, die die Zeitung zum Instrument der Absatzwirtschaft, des gehobenen Marketings macht, und zwar mit allen Konsequenzen, die das für die gesellschaftliche Entwicklung hat.

Ich stimme Herrn Böddeker zu, daß die Presse gewissen emotionalen Bedürfnissen der Leserschaft entgegenkommen muß. Wir können nicht erwarten, daß sich alle Menschen nur für die ernsten Dinge des Lebens interessieren. Herr Böddeker sagte, die Natur des Menschen sei nun einmal so beschaffen und wir könnten ihr nur dadurch entgegenkommen, daß wir ein bestimmtes Interesse am Konsumieren wecken. Das Problem setzt meines Erachtens bei der Frage ein, wie man auf die emotionalen Bedürfnisse der Gesellschaft reagiert. Sicherlich ist die Freiheit der Presse im Grundgesetz nicht deshalb garantiert worden, damit man diesen Bedürfnissen in Form von verlängertem Marketing entgegenkommt. Das Grundgesetz ging vielmehr von der aufklärerischen These aus, daß die Bedürfnisse des Menschen gesellschaftlich vermittelt sind, daher auch durch gesellschaftliche Aktivität geändert werden können. Deshalb hat es diese Sphäre der öffentlich streitenden Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Gestaltung garantiert.

Hier bricht nun die vorhin schon aufgestellte Alternative durch. Die Presse steht am Kreuzweg, entweder der negativen Utopie einer konsumorientierten Gesellschaft zu folgen und sich zu gehobenem Marketing zu entwickeln oder aber die emotionalen Bedürfnisse der Menschen dadurch zu befriedigen, daß man sie aufklärt und die Bedingungen der Änderbarkeit dieser Umwelt, die diese Bedürfnisse ja erst produzieren, aufzeigt, anstatt sie einzuschläfern und zu vernebeln.

Das ist, wie Herr von Friedeburg vorhin sagte, die Aufgabe der Aufklärung. Zu ihrer Lösung scheint mir jedoch der private Heroismus nicht das geeignete Instrument zu sein, wie ihn vor allem Herr Besser empfahl. Jeder Journalist müsse persönlichen Mut beweisen und, wie Herr von Zahn andeutete, müsse lavieren können. Ich glaube, unsere gesellschaftliche Entwicklung ist zu ernst, als

daß man sie auf dem Heroismus von Individuen aufbauen könnte. Da müssen vielmehr institutionelle Sicherungen geschaffen werden.

Um einen Weg für die Therapie anzudeuten, halte ich es aufgrund der von mir erkannten Tendenz zum Marketing für wichtig, die marktorientierte wirtschaftliche Macht der Presse von ihrer öffentlichkeitsbezogenen Funktion zu trennen. Damit wird meines Erachtens auch die Frage hinfällig, ob Großoder Kleinunternehmen mehr Freiheit zulassen. Es wurde ja in beiden Fällen argumentiert, daß die wirtschaftliche Macht sowohl der Großen als auch der Kleinen jeweils Vor- und Nachteile habe, wobei immer von der Presse als einer wirtschaftlichen Einheit die Rede war. Hier sollte man eine Trennung vornehmen. Vielleicht könnte man durch bestimmte Rechtsformen publizistische Surrogate entwickeln, die Träger der Presseerzeugnisse werden. Das wäre eine analoge Entwicklung zu den Parteien, die heute keine privatrechtlichen Vereine mehr sind und nicht mehr tun und lassen können, was sie wollen, wie es früher der Fall war. Sie sind mit bestimmten Forderungen in öffentliche Verantwortung genommen worden, die nicht inhaltlicher, sondern prozeduraler Art sind, indem die Parteien gewisse Öffentlichkeitsgebote befolgen und eine bestimmte Transparenz gewährleisten müssen.

Das Instrument der institutionellen Pressefreiheit als solches ist im Grundgesetz gar nicht enthalten, sondern wurde von Ridder entwickelt und vom Bundesverfassungsgericht weitgehend akzeptiert. Es weist in den Raum der politischen Sphäre der Gesellschaft und nicht in den der Eigentumssphäre.

Das ist natürlich mit Gefahren verbunden. Herr Böddeker sagte bereits, daß auch bei den Rundfunkanstalten die Unabhängigkeit nicht viel größer sei, wobei er auf den Proporz hinwies. Bei diesen großen Meinungsbildungsapparaten ist aber die Möglichkeit der Rückrufbarkeit der Funktionäre gegeben, womit ein Anspruch auf öffentliche Kontrolle gewährleistet ist. Wenn dieser Anspruch auch nicht realisiert wird - da gebe ich vielen Kritikern recht;- , so ist er jedenfalls normiert.

Man sollte den Mut haben, das Phänomen der Pressefreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes in den Zusammenhang der streitenden politischen Sphäre, also der Parteien, und nicht mehr in den der Wettbewerbs- und Eigentumsfreiheit zu stellen.

Arndt

Ich habe eine ketzerische Frage an Herrn Preuss. Sie sprachen vom Vorbild der Organisation der Parteien für eine mögliche Ordnung des Pressewesens. Halten Sie die Organisation unserer Parteien in diesem Zusammenhang - und damit im Hinblick auf Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt - für vorbildlich?

Preuss

Selbstverständlich nicht! Ich wollte ja auch nur die Tendenz aufweisen. Als zum Beispiel die Parteienfinanzierung öffentlich diskutiert wurde, erhoben sich Gegenstimmen, die eine stärkere interne Demokratisierung der Parteien forderten. Die Freiheit der Presseunternehmen wird nicht dadurch gefördert, daß man die Konkurrenz der Presseorgane untereinander unterstützt. Die Entwicklung tendiert zu Großorganisationen; deshalb müssen diese demokratisiert werden. Das bedeutet bei den Parteien innerparteiliche Demokratie und bei der Presse zwar nicht analoge, doch ihr angepaßte Maßnahmen, so daß der Demokratisierungsprozeß nicht in der Konkurrenz von kleinen Presseunternehmen gesehen wird. Es sind Maßnahmen erforderlich, die innerhalb der großen Organisationen wenigstens ein Minimum an öffentlicher Kontrolle und Transparenz gewährleisten.

Becker

Bedeutet eine solche Verlagerung des Problems in die Prozedur und die Sozialstaatlichkeit der Presse notwendig eine Lösung vom privaten Eigentum, oder sind Ihre Vorstellungen auch in Verbindung mit einer Aufrechterhaltung des privaten Eigentums denkbar?

Preuss

Es ist durchaus denkbar, wenn man privates Eigentum und Verfügungsmacht trennt. Nur wäre dann natürlich der Sinn der Eigentumsgarantie unserer bestehenden Ordnung zerstört. Denn Eigentum ohne Verfügungsmacht wäre wohl nur ein kastriertes Recht.

Becker

Wir haben ja in weiten Bereichen des Rechtes ein Eigentum mit beschränkter Verfügungsmacht in bestimmten Sachgebieten.

von Zahn

Haben wir nicht so etwas Ähnliches im Dritten Reich gehabt? Der "Völkische Beobachter" zum Beispiel war doch ungefähr so organisiert; oder täusche ich mich da?

Bechtle

Sie täuschen sich nicht.

Müller

Die Frage der Demokratisierung in Deutschland liegt in dem Problem, wie sich Macht und Öffentlichkeit zueinander verhalten. Habermas hat darauf hingewiesen, daß sich im Zuge der Konzentrationsbewegung das Problem von Macht und Öffentlichkeit in die Großorganisation selber verlagert. Es besteht nun das merkwürdige Faktum, daß wir auf der einen Seite Großorganisationen zur Meinungs- und Willensbildung haben, in denen die Macht vor der Öffentlichkeit transparent gemacht werden muß. Denn allen diesen Großorganisationen ist die demokratische Prozedur auferlegt.

Anders steht es jedoch mit den Großorganisationen, die sich durch Massenproduktion und Anpassung an die Masse bei der Presse gebildet haben. Gibt es hier eine organisationsinterne Öffentlichkeit? Ich bin sehr skeptisch, ob der hier geäußerte Optimismus gerechtfertigt ist. Ich glaube nämlich nicht, daß diese organisationsinterne Kritik in unserer Geschichte eine feste Tradition hat.

Schuster

Mir wird ganz unheimlich zumute, wenn ich mir irgendeine staatliche oder sonstige Instanz vorstelle, die in gerichtlicher oder außergerichtlicher Form entscheidet, was noch Presse und was schon Surrogat ist. Ich bin durchaus der Meinung, daß nicht alles Presse ist, was sich so nennt, kann mir aber keinesfalls eine Instanz vorstellen, die nach irgendwelchen Richtlinien entscheidet, was emotionale, also "SorayaPresse", ist und was nicht.

Selbst als Fernziel, Herr Preuss, scheint mir Ihr Vorschlag undurchführbar. Man kann die Medien der Meinungsbildung auf lange Sicht nicht mit den Medien der Willensbildung, den politischen Parteien, vergleichen, denn das sind zwei sehr verschiedene Institutionen. Die aus einer staatlichen oder gerichtlichen Entscheidungsinstanz entstehenden Gefahren würden wahrscheinlich größer als die Vorzüge sein.

Becker

Meines Erachtens schwebt Herrn Preuss vor, die öffentliche Verantwortung der Presse in einem bestimmten Regelkodex zum Ausdruck zu bringen, der die beliebige Verfügungsmacht des Eigentümers einschränkt. Man kann doch behaupten, daß bereits bestimmte Voraussetzungen des Pressegesetzes kleine Einschränkungen der absoluten Verfügungsmacht darstellen. Insofern sollten Sie sich bei dem Vorschlag von Herrn Preuss nicht den "Völkischen Beobachter" vorstellen, Herr von Zahn. Das Problem liegt vielmehr darin, eine Einrichtung, die auf die Öffentlichkeit einwirkt, bestimmten Kontrollformen eben dieser Öffentlichkeit zu unterstellen.

Wir haben im Bergedorfer Gesprächskreis zum Beispiel das Problem des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik diskutiert - eine in unserer Demokratie ungelöste Frage. Dieses Verhältnis wird auch in der politischen Entscheidung faktisch im Medium der Öffentlichkeit unter Mitwirkung jener Organe, von denen wir heute abend reden, diskutiert. Wie wird zum Beispiel ein so heikles Thema wie der Atom-Sperrvertrag, bei dem der Zusammenhang mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik besonders sichtbar ist, in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen behandelt? Da sehen Sie das Problem in seiner ganzen Breite. Der Vorschlag von Herrn Preuss fragt nach den Möglichkeiten, die Kommunikationsmedien stärker in die öffentliche Verantwortung zu nehmen.

Geiger

Herr Preuss scheint mißverstanden worden zu sein, als er seine Konzeption an die Parallele zu den politischen Parteien anlehnte, wie es ja auch Ridder tut. Ich habe nur Bedenken dagegen, ob diese Parallellität so weit getrieben werden darf - Ridder würde wohl nicht so weit gehen;- , daß man von einer Inpflichtnahme der öffentlichen Presse redet. Würden Sie für die Presse etwas Ähnliches empfehlen, wie es jetzt endlich durch das Parteiengesetz für die Parteien geschieht? Mit einem solchen Versuch würde nur bei uns! - ungewollt, aber mittelbar so etwas wie eine Lenkung entstehen. Sie reden von prozeduralen Dingen. Ich verstehe Sie richtig, Herr Preuss. Aber bei uns besteht immer

die Gefahr, daß mit Hilfe des Gesetzes manipuliert wird. Deshalb bin ich skeptisch gegen eine derartige Lösung.

Sänger

Insbesondere von Herrn Koch wurde ungeduldig gefragt, warum der Bundestag kein Gesetz geschaffen habe, das gewisse Konzentrationserscheinungen untersagt. Die Konzentration in der Presse tangiert natürlich den Artikel 5 des Grundgesetzes, und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß dieser Artikel 5 in vollem Umfang zur Wirkung kommt. Wo liegt der Sättigungsgrad? Wann muß etwas getan werden? Der Sättigungsgrad war schon 1961 gegeben, als das Bundesverfassungsgericht das Fernseherteil fällte.

Mich interessiert im wesentlichen, wie man den kleinen Verlagshäusern helfen kann. Dabei geht es mir nicht um die Familie des Besitzers oder um das Haus als solches, sondern ich denke an Folgendes: Die Deutsche Presse-Agentur nimmt täglich etwa achthunderttausend Nachrichtenwörter auf und gibt davon achtzigtausend Wörter aus. Eine normale Zeitung enthält zwei- bis dreitausend Wörter an Nachrichtenmaterial, die zum Beispiel eine Zeitung A unter achtzigtausend Wörtern auswählt. Die Zeitung B wählt ihrerseits aus und so fort. Bei einer großen Zahl von Zeitungen ist die Vielfalt der Auswahlmöglichkeiten um so größer.

Becker

Sind Sie sicher, ob nicht alle Zeitungen die gleichen zweitausend Wörter bringen?

Sänger

Es ist möglich, daß viele Redakteure die gleiche Meldung für wichtig halten. Es ist mir aber daran gelegen, daß es neben der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", der "Süddeutschen Zeitung" und der "Welt" auch in Goslar eine Zeitung gibt, deren Redakteur sich aus der besonderen Schau dieses Bezirkes sagt: Der Atomsperrvertrag ist für meine Leser nicht so wichtig wie die Möglichkeit, den Mittellandkanal bis nach Salzgitter auszubauen. Deshalb nehme ich mehr Nachrichtenmaterial über dieses Thema in mein Blatt hinein, weil es hiesigen Orts besonders interessiert. Politik entwickelt sich - nach dem Ursprung des Wortes - von der nächsten Umgebung her, die der Bürger noch überschauen kann. Deshalb sollte man neben großen auch kleine Zeitungen erhalten und Sicherungen einbauen, damit die wirtschaftliche Kraft eines Großverlages oder anderer kapitalkräftiger Gesellschaften die Redaktionen nicht so stark beherrscht, daß diese nicht mehr tun können, was sie wollen. Hier kann kein Gesetz helfen, sondern der Presserat müßte in Zusammenarbeit mit den Verlegern eine Regelung durchsetzen.

Arndt

Unter den von mir im Referat genannten Mitteln erwähnte ich auch die Hearings. Sie meinen, Herr Sänger, daß sich eine Änderung der öffentlichen Meinung, die auf die Entwicklung in der Presse positiv wirken würde, ergeben könnte, wenn wir permanente Hearings hätten?

Sänger

Würden Sie diese Hearings dem Parlament zumuten?

Arndt

Sie können auch einer Kommission des Parlamentes oder einer anderen unabhängigen Institution übertragen werden.

Sänger

Ich würde die permanenten Hearings sehr begrüßen und für notwendig halten. Im übrigen sind sich die Fraktionen im Bundestag darüber einig, daß wir im Oktober nach Wiederzusammentritt in die Hearings gehen wollen, wenn die Berichte vorliegen. Wir wollen viele deutsche Verleger, Journalisten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hören. Es wird sich dann eine ähnliche Diskussion abspielen wie heute abend.

Becker

Es wird hier immer wieder darauf hingewiesen, daß der verlegerische Mittelstand besonders zu schützen sei. Das klang auch bei Herrn Sänger durch. Andererseits wurden gegen diese These sehr gewichtige Bedenken vorgebracht, und zwar nicht nur von den Teilnehmern, die sich mit der Grokonzentration identifizieren. Um in der Plausibilitatssprache - wie es Herr Haseloff nennt - zu reden, scheint doch viel dafür zu sprechen, daß die Konzentration zwar ein Vorgang ist, dessen Folgen überprüft werden müssen, der aber als solcher nicht sinnvoll dadurch bekämpft werden kann, daß man kleinere Betriebe künstlich aufrechterhält. Wir haben in diesem Lande nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in anderen Bereichen recht massive Erfahrungen, welches Unheil durch eine derartige künstliche Aufrechterhaltung überholter Betriebszustände hervorgerufen werden kann.

Sänger

Es handelt sich hier gar nicht darum, den Mittelstand im Zeitungsverlagswesen zu schützen, Herr Becker, sondern die Zeitungen in kleineren Verbreitungsgebieten zu erhalten. Dabei kann auch ein mittelständischer Unternehmer gestützt werden. Ich warne aber vor einem Vergleich mit der übrigen Wirtschaft. Legen Sie fünf oder zehn Automobilfirmen zusammen, dann kann der daraus entstandene Großkonzern noch immer die fünf oder zehn verschiedenen Modelle herstellen, die vorher gebaut wurden. Legen Sie aber fünf Zeitungsverlage zu einem zusammen, dann geht dadurch die Vielfalt der Informationen und der Meinungsäußerungen verloren.

Arndt

Die wirtschaftliche Konzentration hat, wenn man von ihren negativen Wirkungen absieht, den positiven Effekt, den technischen Fortschritt zu ermöglichen und damit auch die Kosten herabzusetzen. Sie haben sich gerade, Herr Becker, gegen eine künstliche Aufrechterhaltung überholter Betriebsstrukturen eingesetzt. Ich bin trotzdem sicher, daß Sie damit nicht sagen wollten, daß dies auch ohne weiteres im Pressesektor gilt. Die Frage, vor der wir stehen, lautet doch: Was halten wir im Bereich der Tagespresse für wichtiger, Kostensenkungen oder Pressefreiheit?

Becker

Ist in diesem Zusammenhang eigentlich die Regionalpresse in sich sozusagen ein Symbol der Pressefreiheit, oder gibt es eine Pressefreiheit ohne kleine Regionalpresse?

Obwohl hier kritisiert wurde, wir sollten nicht so theoretisch reden, läßt sich diese Frage ohne Theorie wohl nicht beantworten.

Sänger

Jede Zeitung, die innerhalb der Regionalpresse verloren geht, ist ein Verlust an freier Presse.

Becker

Nun hat Herr Arndt einen ganzen Katalog von therapeutischen Möglichkeiten genannt. Darunter befanden sich auch steuerliche Maßnahmen. Sehen Sie darin eigentlich sehr viele effektive Möglichkeiten?

Lehr

Was getan werden kann, hat Herr Arndt in seinen Leitsätzen am Ende seines Referates bereits angeführt. Diese Anregungen decken sich nach meiner Erinnerung teilweise mit Vorschlägen, wie sie Staatssekretär Ernst kürzlich im Bundestag vorgetragen hat. Ich könnte mir vorstellen, daß einige dieser Vorschläge durchaus den Beifall der Zeitungsverleger, und zwar der großen wie der kleinen Verleger, finden, etwa die Steuerprferenzen, die Gebührensenkung im Postzeitungsdienst und ähnliches. Dabei sei am Rande vermerkt, daß auch hier im Verhältnis zur Post die Rundfunkanstalten bereits mittelbar einen Beitrag zugunsten der Presse leisten. Denn während nach Angaben der Post ihre Unkosten im Postzeitungsdienst bei weitem nicht gedeckt sind, können die Rundfunkanstalten ziemlich überzeugend nachweisen, daß sie an die Post zuviel zahlen müssen. Dabei geht es jeweils um Millionenbeträge.

Aber die Presse muß auch aus eigener Kraft Maßnahmen ergreifen, die ihre Sorgen beheben können. Insoweit gibt es ja bereits konkrete Vorstellungen innerhalb der Presse selbst. Bei einer Verwirklichung dieser Pläne wäre es wohl kaum zu einem "Zeitungssterben" in dem Ausmaße gekommen, wie wir es erlebt haben.

Hinsichtlich der Pressekonzentration sollte ein entscheidender Beitrag des Gesetzgebers - Herr Arndt hat es bereits ausgeführt - darin bestehen, daß er an der publizistischen Gewaltenteilung: privatwirtschaftlich organisierte Presse einerseits, öffentlich-rechtlich organisierter Rundfunk andererseits, wie sie in Deutschland inzwischen traditionell ist, festhält und sie nicht aufgibt, wie das heute in der Diskussion erneut von Herrn Blumenfeld gefordert worden ist.

Pohmer

Welche Mittel können wir vorschlagen, damit die Vielfalt der Presse erhalten bleibt? Eine Mißbrauchsaufsicht reicht nach meiner Meinung nicht aus; denn sie hat sich überall da nicht bewährt, wo es um wirtschaftliche Macht geht, weil der Mißbrauch nachgewiesen werden muß. Das wissen wir beispielsweise aus dem Wettbewerbsrecht. Kartelle sind Zusammenschlüsse, die wirtschaftliche Macht zum Vorteil ihrer Mitglieder erlangen wollen. Wie soll man den Mißbrauch solcher Institutionen nachweisen?

Böddeker

Es geht doch heute abend um den Mißbrauch der Pressemacht. Wenn Sie jetzt sagen, Herr Pohmer, man könne ihn nicht nachweisen, verlassen Sie sich dann auf Ihr Gefühl?

Pohmer

Weil man den Mißbrauch im Zweifelsfalle nur unter großen Schwierigkeiten oder gar nicht nachweisen kann, muß man der wirtschaftlichen Macht prinzipiell skeptisch gegenüberstehen. Das gilt besonders im Bereich der Presse, weil deren Konzentration die Möglichkeit bietet, die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen oder sogar zu steuern. Ich behaupte nicht, daß die Macht immer mißbraucht wird; aber sie verführt dazu, und deshalb geschieht es oft. Der Mißbrauch der Macht ist jedoch - wie gesagt praktisch kaum nachweisbar und mithin in einem Rechtsstaat nur selten justitiabel. Aus diesem Grunde gelingt es nicht, einmal erlangter Macht im erforderlichen Ausmaß Schranken zu setzen.

Wie kann man nun den Konzentrationsprozeß aufhalten? Herr Arndt hat eine Anzahl von Möglichkeiten genannt. Unter diesen halte ich das Mittel der Besteuerung aus vielen Gründen für fragwürdig. Bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer hat der Gesetzgeber ohnehin viel zu großzügig mit Abschreibungsmöglichkeiten operiert. Das ist nach meiner Meinung aus zwei Gründen verfehlt: Erstens erfolgt die Begünstigung nach der Höhe des Grenzsteuersatzes; der Große wird also stärker begünstigt als der Kleine. Dies ist schon im allgemeinen verteilungspolitisch unerwünscht, im Falle der Konzentrationsbekämpfung jedoch geradezu widersinnig. Zweitens handelt es sich bei Steuervergünstigungen um "unsichtbare Subventionen". Wenn man überhaupt subventioniert, dann sollte man es offen durch Gewährung von Zuschüssen tun.

Arning

Sonderabschreibungen sind doch keine Subventionen!

Pohmer

Aber selbstverständlich! Denken Sie doch an den Zinsvorteil! Oder sind Zinsen für Sie kein Vorteil?

Arning

Der Zinsvorteil besteht lediglich zwei oder drei Jahre. Das ist nur eine Verschiebung.

Pohmer

Diese Verschiebung geht aber beispielsweise im Falle des Paragraphen 6b über fünfzig Jahre. Sie sollten einmal nachrechnen, welche Ersparnisse derartige Zinsvorteile vermitteln, über das Ergebnis würden Sie sich wundern; denn es sind keine Bagatellbeträge. Es liegt im Interesse der Begünstigten, daß man diese Vorteile bisher nie genau quantifiziert hat. Eine direkte Prämierung wäre in vielen Fällen weit "billiger".

Ich bin demzufolge für eine direkte, offene und ehrliche Subventionierung. Allerdings muß ein Weg gefunden werden, der die Freiheit der Presse nicht einschränkt. Sie darf nicht vom Staat als Geldgeber abhängig werden. Wer indessen Steuerfreiheiten akzeptiert, wird auch direkte

Subventionen annehmen können. Diese würden freilich ihren Zweck verfehlen, wenn man sie etwa von Inhalt oder Form der politischen Nachrichtengebung abhängig machen wollte.

Bechtle

Bundesregierung und Parlament sind aufgerufen, unseren Zeitungen die gleichen Bedingungen einzuräumen, wie sie in den anderen EWG-Ländern bereits gegeben sind. In Deutschland, in der Schweiz und in Österreich bestehen für die Presse nicht die gleichen steuerlichen Möglichkeiten, wie sie in anderen Nachbarstaaten gewährt werden. Wir leiden unter Wettbewerbsverzerrungen, auch im Verhältnis zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten, wenn man einmal nur ihre Werbetätigkeit der Prüfung unterzieht. Auch dies gefährdet die Existenz der Zeitungen. Aus Selbsterhaltungstrieb denken die Verleger darüber nach, wie diese Wettbewerbsverzerrungen bereinigt werden könnten. Als Verleger stehen wir mit unserer Existenz und mit dem Privateigentum im vollen Risiko. Das ist bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht der Fall, die sich dazu noch in wachsendem Umfang privatwirtschaftlich betätigen.

Man kann darüber theoretisieren, ob den deutschen Tageszeitungen der Status einer Stiftung gegeben werden oder ob eine intellektuelle Mitbestimmung wie kürzlich von Prof. Nell-Breuning angedeutet Platz greifen soll, nämlich in einer Zurückdrängung der Verfügungsgewalt des Verlegers auf den rein geschäftlichen Teil und in der Verabsolutierung der redaktionellen Arbeit. Man sollte nicht in perfektionistischer Besessenheit verallgemeinern und dabei in Betracht ziehen, das Zeitungsmachen den Entscheidungen eines Kollektivs zu überantworten. Was würde denn damit geändert? Die Funktion des Verlegers würde lediglich dem Chefredakteur zufallen, während die einzelnen Redakteure mit ihren Fähigkeiten und ihrem Eigenwillen so oder so im Spiel blieben.

Neben der typisch deutschen Eigenart, alles perfektionieren und reglementieren zu wollen, herrscht bei uns auch ein erhebliches Mißtrauen gegenüber dem Eigentumsbegriff vor. In unserer freien Industriegesellschaft darf der einzelne in bezug auf den Eigentumsbegriff alle damit verbundenen Rechte und Vorzüge in Anspruch nehmen. Warum wird dieser Begriff nun ausgerechnet auf dem Gebiet der Presse in Frage gestellt?

Karl Jaspers hat schon im Jahre 1931 den Bildungsauftrag der Presse dahingehend definiert, daß die Zeitung als Idee eine großartige Möglichkeit bietet, die Bildung der Massen zu verbessern. Ich möchte Sie fragen, welches denn die negativen Erscheinungen sind, die die deutsche Presse in unserem Gesellschaftsbild hervorgerufen hat. Wir sind eine offene und freie Gesellschaft und haben uns behauptet. Ein Wohlstand ist verbürgt, und die Mündigkeit des Staatsbürgers ist gegeben. Ist denn die deutsche Tagespresse schlechter als die der anderen Länder? Ich glaube, unsere Zeitungen haben ein hohes Niveau, und wir vollziehen den Bildungsauftrag im Rahmen des Artikels 5 des Grundgesetzes auf vorzügliche Weise. Warum muß also ein einzelner des Machtmißbrauchs bezichtigt und die Berechtigung des Eigentums an Presseorganen in Zweifel gezogen werden?

Die Presse ist eine Emanation aus der Gesellschaft heraus, und wir sollten dankbar dafür sein, daß es Bürger gibt, die sich aufgrund ihrer Freiheit mit ihrer Existenz dafür einsetzen, Informationen zu verbreiten und Meinungen zu publizieren. Im künstlerischen Bereich ist das selbstverständlich. Ich sehe in dem Institut "Zeitung" eine der letzten Zitadellen individueller Bildungsleistung, die man gerade in der Massengesellschaft nicht in Zweifel ziehen darf. Redakteur und Verleger sind im Spannungsfeld zwischen Macht und Verantwortung auf ihren jeweiligen Codex angewiesen. Beide müssen in Ausübung gegenseitiger Toleranz - auch gegenüber der Öffentlichkeit - mit ihrem Risiko und ihrem Werk bestehen können.

Becker

Sie wenden sich auch gegen eine Gesetzgebung im Hinblick auf die Konzentration?

Bechtle

Natürlich muß die Konzentration irgendwo eine Begrenzung finden, damit eine Vielfalt von Meinungen durch die Existenz vieler Organe erhalten wird. Ich hielte es für undenkbar, daß sich unsere Gesellschaft die gesamte Meinungsbildung nur von einem einzigen, von zwei oder auch drei Großkonzernen in Form der Tagespresse gestalten lassen könnte.

von Friedeburg

Würden Sie, Herr Bechtle, die von Herrn Jaspers im Jahre 1931 gegebene Definition auch noch auf die "Bild"-Zeitung anwenden?

Mit der Vorstellung von einer Zeitung, wie Sie sie hier sehr idealistisch beschwören, werden wir nicht weiterkommen. Sie gestehen zu, daß Sie gegen eine starke Konzentration eingestellt sind. Das trifft aber in der Wurzel auch das Problem des Eigentumsbegriffes. Wird dieser Begriff in den Vordergrund gestellt, kann kein Konzern daran gehindert werden, alle anderen Zeitungen aufzukaufen. Die Konzernbildung ist also vom Begriff des Eigentums her nicht zu begrenzen.

Arndt

Sie zogen einen sehr interessanten Vergleich zur Kunst, Herr Bechtle. Nun wird ja in der Bundesrepublik die Kunst stark subventioniert. Wir haben Staatstheater, und man gibt Zuschüsse an Privattheater, es werden Kunstpreise verteilt und so weiter. Würden Sie eine ähnliche Subventionierung bei der Presse selbst unter Berücksichtigung ihrer politischen und kulturpolitischen Aufgaben ablehnen?

Bechtle

Ich würde jede Form einer direkten Subvention ablehnen, die die Presse in eine Abhängigkeit der Geldgeber versetzt. Es bleibt nur der indirekte Weg.

Pohmer

Aber Abschreibungserleichterungen und Steuerermäßigungen sind doch auch nichts anderes als Subventionen.

Bechtle

Die Gesellschaft muß etwas dafür opfern, wenn sie sich eine freie Presse leisten will. Die Bezugspreise sind politische Preise. Wären wir in ihrer Gestaltung völlig ungebunden, würde die Presse neben der Absicherung durch Anzeigenerlöse keiner Hilfe bedürfen.

Becker

Wo liegt nach Ihrer Meinung die Grenze, wenn die unbeschränkte Verfügungsmacht über das Eigentum zur Totalkonzentration führt? Darauf zielte die Bemerkung von Herrn von Friedeburg ab.

Bechtle

Ich halte eine Totalkonzentration einfach nicht für möglich, denn schon jetzt erheben sich dagegen erhebliche Widerstände sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Parlament.

Preuss

Das sind politische Begrenzungen, Herr Bechtle.

von Friedeburg

Wir suchen nach der Begrenzung vom Eigentum her. Ihre Sorgen als mittlerer Verleger sind doch darauf zurückzuführen, daß Ihnen größere Verleger, die über mehr Eigentum verfügen, Schwierigkeiten bereiten.

Bechtle

Daher kommen beispielsweise meine Sorgen nicht, Herr von Friedeburg. Wir haben einen abgegrenzten Verbreitungsbereich. In Eßlingen wurde der Raum zurückgewonnen, den die Stuttgarter Zeitungen nach dem Krieg als Lizenzpresse beherrschten. Wir stehen in einem Leistungswettbewerb. Gegenüber größeren und mächtigeren Verlagen kommt es darauf an, wie der Kontakt zur Leserschaft kultiviert wird, so daß der Leser seiner Zeitung Vertrauen schenkt. Die "Kontrolle der Kontrolleure" übt die Öffentlichkeit aus. Sie entscheidet darüber, ob eine Zeitung gelesen wird oder nicht.

Reich

Ich möchte alle Äußerungen unterstreichen, die davor warnen, von einer stärkeren Kodifizierung der Pressefreiheit allzuviel zu erwarten, weil es sich hier um einen Bereich handelt, der zu stark von Ermessensfragen durchsetzt ist. Was heißt zum Beispiel wirtschaftliche Unabhängigkeit? Ich habe als Schmalspurkolumnist eines kleinen Blattes begonnen, das nie aus den roten Zahlen herauskam. Man hat mich aber in meiner Meinungsfreiheit nie beschränkt, weil dieses Unternehmen von Industriellen

und von einer Druckerei getragen wurde, die den Idealismus aufbrachten, eine kleine Zeitung zu unterhalten, in der sich junge Publizisten entwickeln konnten. Andererseits habe ich Kollegen, die in wirtschaftlich gut situierten Zeitungsunternehmen tätig sind, jedoch einen Unternehmer über sich haben, der gelegentlich unter dem Föhn leidet und seine Launen von der Redaktion verwirklicht sehen will. Die "Neue Zürcher Zeitung" ist in dieser Beziehung ein Glücksfall. Ihr Geheimnis liegt einfach darin, daß der Verlag im Jahre 1868 mit der Zielsetzung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, eine möglichst gute Zeitung zu machen. So steht es im Statut. Deshalb werden alle Überschüsse zum Ausbau des Stabes verwendet.

Was heißt ferner "freie Wahl des Arbeitsplatzes"? Wir haben 490 Zeitungen in der Schweiz, und demnach hätte ich theoretisch 489 andere Möglichkeiten. Es würde mir aber praktisch sehr schwerfallen, eine echte Alternative zu meiner gegenwärtigen Stellung zu finden. Mit der Zahl allein ist es also nicht getan. Allgemein betrachtet, liegt aber wohl doch in der größeren Zahl ein Vorteil, denn es ist für alle die Kollegen, die an den 489 anderen Zeitungen arbeiten, ein gewisser Trost, noch 489 andere Möglichkeiten zu haben. Das ist ein Element der Meinungsfreiheit und ein Anreiz zur Risikobereitschaft.

Hinsichtlich der Zahl der Konzerne muß ich unterstreichen, was Herr Sänger sagte. Grundsätzlich läßt sich der Unterschied zwischen Totalitarismus und Demokratie mit dem Schritt von eins zu zwei symbolisieren. Eine einzige Partei ist schlecht; mit zwei Parteien aber kann eine demokratische Ordnung bereits funktionieren. Doch die Parteien sind nicht mit den Zeitungskonzernen vergleichbar, denn die Parteien haben schon in sich die Struktur eines ständigen Interessenausgleichs, der bei den rein monopolistisch geführten Konzernen nicht gewährleistet ist. Das ist ein entscheidender Unterschied.

Becker

Dabei ist die Frage, ob ein Konzern, der bestimmte Publizitätsformen zu beachten und unter Umständen auch gewisse Organisationsformen hat, nicht bereits in sich einen solchen Ausgleich darstellen könnte.

Reich

Die Quelle des Unbehagens liegt in der Bundesrepublik doch wohl darin, daß es im Gegensatz zu England nur einen Großkonzern gibt. Bei zwei oder drei solcher Konzerne wäre grundsätzlich ein Kraftfeld echter Konkurrenz vorhanden.

Um noch einmal auf die Situation der Regionalpresse zurückzukommen, läßt sich ihre Problematik durch zwei gegenläufige Marktmechanismen kennzeichnen. Der eine verläuft nach meiner Ansicht günstig für die Regionalpresse. Diese hat vom Leserbedürfnis her eine echte Chance, denn alles, was wir mit dem Begriff der Heimatlichkeit, ungeachtet des erledigten Nationalismus, ansprechen, wird von der Regionalpresse wahrscheinlich besser befriedigt als von der überregionalen Presse und den Massenmedien Rundfunk und Fernsehen. Ein Beweis dafür sind die steigenden Auflagen dieser Blätter. Das Leserbedürfnis kann aber nur durch eine Verbesserung der Qualität der Regionalzeitungen befriedigt werden. Da der Leser nur eine begrenzte Kapazität besitzt, hat eine regionale Zeitung um so größere Chancen, je besser sie Transparenz zu vermitteln vermag. Es ist eines der Hauptprobleme für die Informationsmittel, den riesigen Informationsanfall für den einzelnen so zu gestalten, daß er ihn noch einigermaßen bewältigen kann. Das macht eine formale Qualitätssteigerung notwendig.

Diese Qualitätssteigerung aber - und damit komme ich zum zweiten Marktmechanismus - kann wegen der Kostenschere zwischen technischem Aufwand und Ertrag auch durch das Anwachsen der Abonnentenzahl nicht gedeckt werden. Einmal sind die technischen Neuerungen zu teuer; zum anderen ist nach unseren Beobachtungen das Anzeigengeschäft zumindest relativ rückläufig. Das zeigt sich dank der Konjunktur vielleicht nicht in absoluten Zahlen, aber die Inserenten weichen auf die überregionalen Blätter, auf Fernsehen und Rundfunk aus. Wahrscheinlich handeln sie falsch dabei, denn es wurde festgestellt, daß das einzelne Exemplar einer lokalen oder regionalen Zeitung meist von einer größeren Anzahl Leser gelesen wird als das einzelne Exemplar der großen Zeitungen. Infolgedessen kann eine kleine Zeitung für den Inserenten attraktiver sein, als sie, oberflächlich betrachtet, aufgrund der Auflageziffer sein müßte.

Das Problem besteht nun darin, diese Marktmechanismen einander anzunähern, wenn nicht kongruent zu gestalten. Die Frage, wie das geschehen soll, stellt sich auch in der Schweiz. Eine Lösung wird wohl nur durch die Schaffung bestimmter Privilegien möglich sein. In der Schweiz gibt es bisher lediglich das Privileg, daß die Post von den Zeitungen keine kostendeckenden Tarife fordert.

Doch bestehen weitere Möglichkeiten einer indirekten Unterstützung des Pressewesens, ohne daß es zu einer eigentlichen Subventionierung kommen müßte.

Arndt

Unsere Postgebühren enthalten eine Subvention. Diese müßte aber noch größer sein, um wirkungsvoll zu werden.

Reich

Dann war ausgiebig von Meinungsfreiheit die Rede. Glücklicherweise hat es vorhin schon einmal ein Deutscher gesagt, aber ich will es als ein "typischer Vertreter des Volkes der Besserwisser" - wie ich einmal in einem anderen gastlichen Kreise in der Bundesrepublik bezeichnet worden bin - sozusagen schulterklopfend wiederholen: Nehmen Sie diese Begriffe um Gottes Willen nicht so absolut. Meinungsfreiheit ist nicht Narrenfreiheit. Der Publizist steht nicht unter Denkmalschutz. Er steht in der öffentlichen Verantwortung. Und vor allem muß er die Meinungsfreiheit auch seinen Kritikern zugestehen.

Koch

Im Gegensatz zur Schweiz hat die Demokratie in der Bundesrepublik noch keine Tradition. Daher besteht bei uns die Gefahr des Mißbrauchs der Macht, und wir konnten bisher erst wenig Übung darin entfalten, diesen Mißbrauch zu verhindern. Deshalb ist dieses Thema bei uns so explosiv. Der Mißbrauch der Macht kann dadurch eingeschränkt werden, daß man die Macht dividiert und sie nicht zu groß werden läßt. Herr Reich sprach vorhin davon, daß der Föderalismus den Machtmißbrauch einschränke, und ich würde dieses Prinzip des Pluralismus gern auch auf die Presse angewendet sehen.

Wenn jede dritte Zeitung in unserem Lande aus ein und demselben Hause kommt, das noch so edel sein und die besten Absichten verfolgen mag, so ist das für mich beängstigend - vielleicht auch noch für einige andere. Man kann daher in unserem Staat, in dem es einen common sense nicht gibt, nichts anderes tun als nach dem Kadi, dem Gesetzgeber, rufen. Der Bundestag müßte in dieser Angelegenheit handeln. Wenn man nur endlich einmal ein Kriterium dafür finden würde, wann denn das Maß voll ist! Ich bin der Überzeugung, daß das Maß übervoll ist. Ein justitiables Kriterium für diese Überzeugung liegt noch nicht vor. Vergleichsweise meine ich, man müßte zwischen zehn Biersorten und nicht nur zwischen dreien wählen können. Und bei der Presse ist die Auswahl schließlich wichtiger als beim Bier.

Die Marktbeherrschung durch den Springerkonzern ist übermäßig. Auf die Gefahr hin, zu simplifizieren, möchte ich sagen: Kein Verleger sollte mehr als allerhöchstens fünfundzwanzig Prozent der Presse eines Landes drucken.

Es müßte auch etwas in der Richtung geschehen, daß rechtlich eine Offenlegung des Besitzes in all seinen Verflechtungen erzwungen werden kann, damit nicht ein heimlicher Einfluß auf mittlere Verlage - etwa durch Druckaufträge oder ähnliches - ausgeübt werden kann. Damit will ich nicht den Mann Axel Springer dämonisieren. Von der Person ist das völlig unabhängig. Man muß aber immer die schwierigen und gefährdeten Versuche der Demokratie bei uns im Auge haben und an die Zukunft denken. Konzernherren leben nicht ewig. Wir wissen nicht, was für Menschen ihre Erben sein werden. Vielleicht sind sie noch missionarischer, vielleicht empfinden sie noch chauvinistischer.

Bei uns ist dieses Thema, wie Herr Galliner sagte, etwas ernster als in England, Frankreich oder in der Schweiz. Dort laufen solche Entwicklungen nicht derartig schnell in die Richtung meinungsmanipulierender Monopole - andernfalls stoßen sie auf eine wache öffentliche Kritik oder auf den Gesetzgeber.

Böddeker

Der Quantität nach ist es richtig, daß nahezu jede dritte verkaufte Tageszeitung aus dem Hause Springer kommt. Das bedeutet aber keineswegs, daß sich jeder dritte Deutsche ausschließlich an einer Zeitung des Hauses Springer orientiert. Wie Dolf Sternberger in Kiel deutlich machte, informiert sich der Deutsche nebeneinander aus Kaufzeitungen, aus Fernsehen und Rundfunk, aus Illustrierten und aus Heimatzeitungen. Da ist also bereits ein Gleichgewicht der Kräfte vorhanden, so daß von einer Gefahr, wie Herr Koch sie aufzeigt, nicht im entferntesten die Rede sein kann.

Schuster

Ich finde es richtig, daß Sie mißtrauisch sind, Herr Koch. Ich bin es auch, und ich halte ebenfalls den Föderalismus für gesund. Ich wundere mich nur über Ihr geringes Mißtrauen gegenüber dem "Kadi", der Gesetzgebung und der Obrigkeit in diesem Falle. Ich glaube, Sie erwarten von dieser Seite etwas zu viel.

Koch

Was haben wir denn aber sonst? Wir haben den Bundestag und das Bundesverfassungsgericht, sonst nichts. So weit ist es doch bereits. Glauben Sie, Appelle nützen? Wir können diskutieren, protestieren, informieren - das heißt reden. Handeln muß der Gesetzgeber.

Schuster

Dennoch überfordern Sie diese Institutionen.

Geiger

Wir haben jetzt vor allem von Konzentration und Meinungsfreiheit in ihrer Bedeutung für den Journalisten, den Verleger und den Leser gesprochen. Mir scheint aber der Zusammenhang zwischen Konzentration und Meinungsfreiheit auf der einen und dem Prozeß der Bildung der öffentlichen Meinung auf der anderen Seite sehr viel wesentlicher zu sein. Dieser Prozeß der Meinungsbildung ist etwas anderes und mehr als nur die Auswirkung der Konzentration beim einzelnen Leser, Journalisten oder Verleger.

Was ist eigentlich öffentliche Meinung und wie wird sie gebildet? Der Meinungsbildungsprozeß in der Öffentlichkeit wird durch die Konzentration berührt, weil sich die Fülle der Nuancen verändert und die Facettierung der möglichen Meinungen eingeschränkt wird. Das müßte bei diesem Problem im Vordergrund stehen. Unter diesem Gesichtspunkt kommt es gar nicht darauf an, ob die regionalen oder lokalen Zeitungen eine besondere Mission haben. Sie werden nicht geschützt, weil sie besser sind als die größeren Blätter, sondern weil sie einen Reichtum und eine Facettierung der öffentlichen Artikulierungen zu irgendeinem Problem oder zur Fülle der Probleme ermöglichen. Jede Einschränkung dieser umfassenden Freiheit ist eine Gefahr für den "offenen" Meinungsbildungsprozeß.

Arndt

Nach einer so langen Diskussion ist ein Schlußwort schwierig, teils weil so viele Gedanken vorgetragen, teils weil entscheidende Gesichtspunkte überhaupt nicht behandelt worden sind. Lassen Sie mich vor allem festhalten, was verschiedentlich in dieser Diskussion unterstrichen wurde, daß nämlich in der Presse dank ihren kulturellen und politischen Aufgaben der wirtschaftliche Wettbewerb nicht das einzige Kriterium bilden darf, sondern in irgendeiner Weise gestaltet werden muß, weil er hier negative Folgen hat. Wenn wir von kulturellen und politischen Aufgaben der Presse sprechen, können wir auch nicht den Standpunkt vertreten, daß der Konsument allein entscheidet. Vielmehr sollen auch Erziehungsfunktionen ausgeübt werden. Herr Bechtle führte die Kunst als Beispiel an, die sich ja auch nicht allein nach dem Markt orientiert. Wir hätten sonst praktisch nur Volksschwänke, Operetten und Revuen, aber weder Opern noch ernsthafte Theaterstücke. Wir sollten uns weiterhin darüber im klaren sein, was hier wiederholt anklang, daß wir die Qualitäten nicht verbessern können. Es lassen sich lediglich negative Wirkungen beseitigen; die Journalisten zu erziehen und die Presse zu verbessern ist nicht unsere Aufgabe. Wohl aber können wir - wie es Herr Geiger erwähnte - die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Pressefreiheit erhalten bleibt.

Dazu möchte ich abschließend sowohl als Professor wie auch als Journalist, der ich ja auch ab und zu bin, meiner Meinung dahingehend Ausdruck geben, daß es keine Lex Springer geben darf, sondern nur ein allgemeines Gesetz, das die Pressefreiheit erhält. Dabei sollte man prüfen, welche Vorteile die Konzentration der Presse bringt und ob die Vorteile des technischen Fortschritts hier die gleiche Bedeutung besitzen wie in der übrigen Wirtschaft. Ist es wirklich so wichtig, den Farbdruck und moderne Vervielfältigungsverfahren einzuführen? Ist es nicht zweckmäßiger, einen Ausgleich der Chancen, zum Beispiel durch eine entsprechende Änderung unserer Steuergesetze, zu schaffen?

In diesem Punkt bin ich nicht ganz der Meinung von Herrn Pohmer. Ich sprach von vornherein nur von differenzierten Subventionen, die einen Ausgleich zwischen den Großen und den Schwachen herbeiführen, um den kleineren Verlegern die Existenzmöglichkeit zu erhalten. Ich bin ferner der Meinung, daß zu überlegen ist, ob man nicht bei weiteren Aufkäufen im Pressebereich eine Genehmigungspflicht einführen sollte, um einen den besonderen kulturellen und politischen Aufgaben der Presse - vielleicht gerade noch - entsprechenden Zustand zu erhalten. Gerade angesichts dieser

politischen und kulturellen Aufgaben, die in unserer Gesellschaft von der Presse erfüllt werden sollen, kann man im Bereich des Zeitungswesens die wirtschaftliche Konzentration nicht einfach laufen lassen, sondern muß sie gestalten. Hierzu gehört auch ein Durchsichtigmachen der Pressekonzentration durch Hearings und dergleichen. Man darf nicht allein von der gegenwärtigen Situation ausgehen, selbst wenn man der Meinung sein sollte, daß zur Zeit die Dinge noch nicht so schlecht liegen. Schreitet die Konzentration weiter so fort wie in den letzten Jahren und Monaten, dann kommt es bald zu der Möglichkeit einer zentral gelenkten Beeinflussung des Prozesses der Meinungsbildung. Das will niemand von uns. Wir malen nicht den Teufel an die Wand, wenn wir abschließend festhalten, daß das Problem ernst ist und daß bei uns die Gefahren der Pressekonzentration aktuell sind. Ich teile daher die Meinung von Herrn Sänger und Herrn Koch, daß vom Bundestag eingegriffen werden muß. Meines Erachtens ist das Parlament nicht nur berechtigt, sondern in Erfüllung des Grundgesetzes sogar verpflichtet, endlich etwas zu unternehmen.

Die innere Pressefreiheit gemäß Artikel 5 des Grundgesetzes in der Auslegung von Herrn Ridder und auch des Bundesverfassungsgerichts muß aufrechterhalten bleiben. Deshalb sollten im Bereich der Presse besondere Gesetze - dabei denke ich nicht nur an Staatsgesetze - gelten, die im Interesse der Erhaltung der Pressefreiheit zwar nicht einen Naturschutzpark, wohl aber eine Art von Freiheitsschutzpark schaffen.

Becker

Meine Herren, ich danke Ihnen für die Geduld, mit der Sie sich an dieser schwierigen Aufgabe beteiligt haben. Die besondere Zusammensetzung dieses Kreises ermöglichte eine Gegenüberstellung der verschiedenen Standpunkte, wie sie in Fragen der Pressekonzentration bei uns vertreten werden.

Es ist uns wohl allen deutlich geworden, daß die Verantwortung der öffentlichen Kommunikation ein in der verfassungsrechtlichen Entwicklung in der Bundesrepublik noch nicht hinreichend artikuliertes Element ist. In der Realität scheinen weder das gewisse Mißtrauen noch die Hoffnung auf das freie Spiel der Kräfte zu genügen. So kann ein Gespräch wie das unsrige heute abend wohl doch vor allem die Auswirkung haben, daß die daran Beteiligten diese Fragen weiter durchdenken.

Wir erlebten gerade im Falle Krupp, daß sich eine massive Konzentration wirtschaftlicher Macht zu bestimmten Folgerungen gezwungen sah. Und auch hier stellte sich die Frage nach der öffentlichen Verantwortung. Ich halte es für den Kern des heutigen Abends, daß er dazu beigetragen hat, diese öffentliche Verantwortung zu klären. Dazu gehört aber auch die innere Diskussion - genau wie wir sie innerhalb der Parteien brauchen - im Rahmen der Organisationen, denen in diesem von Herrn Arndt geschilderten Konzentrationsprozeß eine besondere Macht zufällt.

Körper

Am Ende dieses Gesprächs möchte ich Ihnen allen für Ihre Diskussionsbeiträge danken.

Zeitungen sind als gewerblich-privat-kapitalistische Unternehmen organisiert. Daraus ergeben sich Folgerungen, mit denen wir uns in kontroversen Positionen befaßten. Die unbestrittene wirtschaftliche Kernsituation überschattete das von uns diskutierte Problem. Wir haben uns gefragt, welche genau zu verdeutlichenden gesellschaftlichen Kontrollen und Hilfen angesichts der zunehmenden Konzentration der Presse vorgesehen werden müssen, um die für unsere demokratische Verfassung notwendige Informationsfreiheit zu sichern.

Bei einem Gespräch wie diesem kommt es nicht darauf an, einen vollständigen Problemkatalog aufzustellen. Es ist wesentlicher, in einem solchen Kreis zu erfahren, aus welchen Quellen das spürbare Unbehagen stammt und wo die spezifischen Probleme und Gefahren zu liegen scheinen. Uns allen ging es doch darum, wie die Vielfalt der Presse im Interesse des Gleichgewichts unserer Gesellschaft erhalten werden kann.

Die wirksamste Form der Kontrolle scheint mir die durch die Öffentlichkeit zu sein; sie hängt schließlich mit der besonderen Verpflichtung der Presse gegenüber der Öffentlichkeit zusammen. Ob Stiftungen mit Kontrollfunktionen in bezug auf Zeitungen sinnvoll sind, ob sie das bewirken können, was wir von ihnen erwarten, also möglichst uneingeschränkte Zugänge zur Information und zur freien Meinungsbildung, wäre an vorhandenen instruktiven Beispielen zu überprüfen. Das Wirtschaftsprinzip wird immer als Prinzip der Wirtschaft auftreten; es kann zunächst nichts anderes bewirken, wenn es sich nicht selbst mißverstehen will.

Deswegen lohnt es sich aber doch, gerade in unserem Zusammenhang auf das generelle Problem hinzuweisen, das in der Verfügung über wirtschaftliche Macht durch private Unternehmer zu liegen

scheint, und zwar insofern, als ein Machtmißbrauch auf Kosten gesamtgesellschaftlicher Interessen möglich ist.

Um diesen möglichen Mißbrauch einzuengen, lassen Sie mich eine Empfehlung aussprechen: Als Unternehmer, der sich in seiner Branche nicht nur in Deutschland, sondern auch auf dem Weltmarkt nahezu eine Monopolstellung aufbauen konnte, weiß ich, daß eine solche Marktposition nur durch die Ausnützung der sich bietenden Marktchancen errungen werden konnte. Für einen derartigen wirtschaftlichen Erfolg ist die elastische Produktionsanpassung an die Bedürfnisse des Marktes erforderlich. Diese Anpassung setzt die Initiative und Risikobereitschaft der Unternehmen voraus, die ich als *conditio sine qua non* für unser System ansehe. Jede grundsätzliche Einengung dieses ökonomischen Initiativspielraumes hätte notwendig den Verlust gerade jener Kräfte zur Folge, die für die wirtschaftliche Entfaltung und damit für den Wohlstand in unserer Gesellschaft Voraussetzung sind.

Daraus folgt, daß der in wirtschaftliches und technisches Neuland vorstoßende Unternehmer in seinen Initiativmöglichkeiten nicht beschränkt werden sollte. Ich würde es für einen entscheidenden Fehler halten, wenn man diesen Bereich der unternehmerischen Neuschöpfung durch Vergesellschaftung ausschaltet. Sofern jedoch ein Unternehmen zu einem bedeutenden Faktor in der Gesellschaft herangewachsen ist, scheint mir der Einfluß von öffentlichen Kontrollmöglichkeiten notwendig. Eine Einschaltung derartiger Kontrollmöglichkeiten bietet sich sinnvoll am besten zu dem Zeitpunkt an, wenn die Frage nach dem Nachfolger für den Pionierunternehmer gestellt wird.

Wer garantiert, daß in der dynastischen Erbfolge der neue Mann die ihm übertragene wirtschaftliche Macht auch zum Nutzen der Gesellschaft handhabt? Da eine solche Garantie nicht gegeben ist, liegt eine Übertragung der Kapitalwerte des Unternehmens an eine Stiftung mit öffentlicher Kontrolle im Sinne unserer unternehmerischen, sozialökonomischen Verpflichtung und damit im gesellschaftlichen Interesse. Das in der Besetzung klein zu haltende, aber durch die Auswahl der Mitglieder qualifizierte Stiftungskuratorium sollte dem neuen, möglichst vom Vorgänger noch vorgeschlagenen Mann an der Spitze durchaus uneingeschränkte unternehmerische Vollmachten einräumen und sich nur auf Kontrollfunktionen beschränken. Es muß ihn aber auch - und das ist entscheidend;-, wenn er versagt, sei es im ökonomischen, aber auch im gesellschaftlichen Bereich, nach Hause schicken und einen Nachfolger bestellen können.

Eine solche Maßnahme, wie ich sie bereits vor Jahren für meine Unternehmungen durchführte, bietet weitgehend die Chance dafür, daß die Machtbefugnisse des Staates aus dem noch freien Teil der Wirtschaft herausgehalten werden und daß das freie Spiel der Initiativen für das in den Markt hineinwachsende Unternehmertum erhalten bleibt. Meine Überlegungen, das möchte ich nachdrücklich betonen, beziehen sich grundsätzlich nur auf solches Eigentum, das von gesellschaftlicher Relevanz ist. Nur dieses sollte in die Form einer Stiftung und die damit gebotenen Kontrollmöglichkeiten überführt werden.

Da die von mir vorgeschlagene Stiftung nur als Kapitalträger ohne Einschränkung der Handlungsaktivität der Unternehmensführung tätig werden soll, womit die wesentlichsten Schwächen der bisher in der Bundesrepublik bekannten Stiftungen eingeengt werden, sei meine Empfehlung auch an die Adresse derjenigen Konzentrationsträger gerichtet, die mit ihren vom Grundgesetz gebotenen Aufstiegsmöglichkeiten den Raum für das freie Spiel der verschiedenartigen Überzeugungen und Meinungen durch Konzentrationsprozesse nachhaltig bestimmen können und die damit einen entscheidenden Einfluß auf den Fortbestand unserer Demokratie haben.

Mein besonderer Dank für den heutigen Abend gilt unserem Referenten, Herrn Professor Arndt, der uns die Grundlagen für dieses Gespräch gegeben hat. Nicht zuletzt aber danke ich in Ihrer aller Namen unserem Diskussionsleiter, Herrn Professor Becker, der uns über so viele Gesprächshürden hinwegführte, ohne die Gangarten der Diskussionsteilnehmer zu beeinflussen.